Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 117 Januar 2005 2,50 Euro



Mitglieder der „Intellektuellen-Initiative für Frieden" haben sich am 10. November von Ankara und Istanbul aus mit zwei Bussen in das Herz Kurdistans nach Amed (Diyarbakir) begeben. Bei ihrer Ankunft am 11. November wurden sie von Zehntausenden empfangen.

- **Bürgerforum zur Beobachtung des EU-Türkei-Verfahrens eröffnet**
- **Türkische Armee tötet 12-jährigen Jungen und seinen Vater Der schmutzige Krieg kehrt zurück**

In dieser Ausgabe berichten wir über:

Kurdistan Report Nr. 117
Januar 2005

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), E. Erle, S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich, M. D. Göksungur

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
(6 Exempl. inkl. Porto)
20,- Euro (Deutschland)
25,- Euro (Europa)

Einzelexempl. 2,50 Euro

Dänemark	20 dkr.
Großbritannien	2 bp.
Norwegen	20 nkr.
Schweden	20 skr.
Schweiz	4 sfr.

Titelbild:
Intellektuelleninitiative in Amed

Rückseite:
Gedenkfeier im Maxmur-Camp

Umschlaglayout:
Annett Bender

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Eva Juhnke bei ihrer Ankunft in Hamburg. Foto: Archiv



“Initiative der Intelektuellen für den Frieden” auf dem Weg von Istanbul nach Diyarbakir Foto: DIHA



Demonstration in Kiziltepe gegen den Mord an Ugur Kaymaz und seinem Vater: “Die Antiterrorsektion verbreitet den totalen Terror” Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

lassen Sie uns das neue Jahr mit einer positiven Nachricht beginnen: Wir begrüßen Eva Juhnke in der Freiheit. 1993 schloss sie sich der kurdischen Guerilla an und wurde 1997 in Südkurdistan von der türkischen Armee gefangen genommen. Nach ihrer Verurteilung zu 15 Jahren Haft wegen PKK-Mitgliedschaft und sieben Jahren in türkischen Gefängnissen wurde sie nun am 2. Dezember in die Bundesrepublik abgeschoben. In einem ersten Interview mit der *jungen Welt* gab sie zwar ihrer Freude über ihre Freilassung Ausdruck, erinnerte aber gleichzeitig an die vielen anderen Gefangenen, die weiterhin dem türkischen Gefängnisregime ausgesetzt sind. Deren Lage habe sich im Zuge der jüngsten Reformprojekte durchaus nicht grundlegend gebessert – eine Generalamnestie muss her!

Damit sind wir auch schon beim Schwerpunktthema dieser Report-Ausgabe: den vielfältigen Aktivitäten und Reaktionen, mit denen die ProtagonistInnen des EU-Beitrittsprozesses Ankaras die EU-Entscheidung beeinflussen wollen. Während hierzulande ein Gemisch von Terrorhysterie, nationalistischem Wahn und religiöser Panikmache den Hintergrund für die Wahrnehmung der Beitrittsdebatte in der Öffentlichkeit bildet, verschärft sich die Situation in Kurdistan.

Die türkische Armee weitet ihre Militäroperationen gegen die kurdische Guerilla im Norden aus, und auch in Südkurdistan nehmen die „Morde unbekannter Täter“ und die Angriffe zur Destabilisierung des Iraks zu. Die Repression und der Terror gegen ZivilistInnen im Norden lassen die Erinnerungen an die Zeiten des schmutzigen Krieges wieder wach werden. In diesem Heft finden Sie Berichte über von Sicherheitskräften ermordete Zivilisten, die staatlichen Maßnahmen gegen Abdullah Öcalan und die öffentliche Kriminalisierungskampagne gegen dessen AnwältInnen.

Die Stimmen gegen den Krieg und die alltägliche Unterdrückung erstarken, die Forderungen für einen zweiseitigen Waffenstillstand werden lauter. Das gewachsene Selbstbewusstsein der kurdischen und demokratischen Zivilgesellschaft trägt Früchte und wird praktisch – Friedenskräfte organisieren sich. In der Türkei und auch in Europa gründeten sich Initiativen unter prominenter Beteiligung und tragen ihre konkreten Vorschläge zur Demokratisierung vor. Gleichzeitig fand im November in den Räumen des Brüsseler Europaparlaments eine internationale Konferenz zur Kurdistanfrage statt und skizzierte deren möglichen Lösungsprozess. Kurdische Frauen stellten ihre eigenen spezifischen Forderungen als menschen- und verfassungsrechtliche Mindestkriterien vor.

Über all diese Aktivitäten berichten wir. Die grundsätzlichen Bedingungen für eine Lösung der kurdischen Frage in der Türkei haben sich nicht geändert. Ihre Ausgestaltung wird nur konkreter. Die kurdische Mitbestimmung im Beitrittsprozess wird eingefordert und entspricht ihrer gewachsenen Bedeutung und praktischen Verantwortungsübernahme. Gefordert ist weiterhin die Gegenseite.

In diesem Sinne mit solidarischen Grüßen

Ihre Redaktion

Brüssel und Ankara allein sind unzureichend

Der Weg führt über Diyarbakir

Nilüfer Koç, Dezember 2004

Die Diskussionen um den EU-Beitritt der Türkei bestimmen gegenwärtig nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft der Türkei und Kurdistans. Aber auch die EU. Für die Bevölkerung in der Türkei spielt der wirtschaftliche Aspekt eine herausragende Bedeutung. Mit der Ernennung eines Beitrittsdatums auf dem EU-Gipfel am 17. Dezember in Brüssel erhoffen sich viele Menschen ein besseres Leben. So werden sämtliche politischen und gesellschaftlichen Prozesse mit den europäischen Standards verglichen. So zum Beispiel wird in den Nachrichten über die Wettervorhersage die Bevölkerung von Istanbul darauf hingewiesen, dass sie während des Winters Winterreifen für ihre Pkws besorgen sollte, da es den europäischen Standards entsprechen würde. Ein in der Türkei bekannter Künstler, der seine Freundin geschlagen haben soll, wird mit dem Hinweis auf die EU-Beitrittskriterien kritisiert. Demnach dürfen türkische Ehemänner ihre Frauen nicht mehr schlagen und unterdrücken. Der EU-Mitgliedschaftsprozess bestimmt den Alltag, Träume und Wünsche für Millionen. Einfach eine bessere Türkei.

Für die Kurdinnen und Kurden hat der politische Aspekt Priorität. Selbstverständlich ist der wirtschaftliche Faktor kein unwesentlicher. Die KurdInnen wollen keinen Krieg, keine Negierung ihrer kulturellen und nationalen Identität, keine Unterdrückung mehr. Die kurdischen Frauen wollen keine Dorfschützer, keine Spezialeinheiten, von denen sie belästigt oder gar vergewaltigt werden. Sie wollen keine Ärzte und Krankenschwestern, die sie zwangsweise sterilisieren. Die kurdischen Zwangsflüchtlinge wollen zurück in ihre Dörfer. Kurdische StudentInnen wollen Unterricht in kurdischer Sprache. Zusammengefasst: Die KurdInnen wollen ihre bisherige tragische Geschichte ändern. Der EU-Mitgliedschaftsprozess der Türkei ist eine Chance. Doch sind die KurdInnen dieses Mal, da ihre Existenz verbunden mit der kurdischen Frage wieder einmal auf der Agenda internationaler Politik steht, viel vorsichtiger. Vorsicht sollte auch sein, denn alles, was auf der öffentlichen Bühne reflektiert wird, entspricht nicht den ganzen Tatsachen und Entwicklungen in der Regie.



Nilüfer Koç — Foto: Özgür Politika

Die Türkei hat für den Beitrittsprozess sehr viele Gesetzesreformen zur Demokratisierung des Landes durchgeführt. Die Realität allerdings spricht immer noch eine andere Sprache. Einem neuen Gesetz zufolge sollte Kurdisch in privaten Institutionen gelehrt werden können. Doch machen praktische Erlasse durch regionale staatliche Stellen dies fast unmöglich. Auch wenn die AKP-Regierung unter Ministerpräsident Tayyip Erdogan ihre ganze diplomatische und politische Kraft in den Weg nach Brüssel investiert, so ist sie nach wie vor bemüht einen wunden Punkt der Republik Türkei nicht anzutasten: Eine Lösung ohne die Berücksichtigung der kurdischen Forderungen. Hier gibt es auch Rückendeckung von der EU, da auch die EU nicht genug „Mut" findet das gewisse Problem beim Namen zu nennen. Der EU-Erweiterungsbericht vom 6. Oktober über den Fortschritt in der Türkei macht zwar Hinweise auf die kurdische Frage, doch sehr indirekt. Wie soll die Türkei demokratisiert werden, wenn ihr grundlegendes Demokratiedefizit sich über ihre Kurdenpolitik definiert? Sowohl die Türkei als auch die EU

haben eine grobe Vorstellung über die KurdInnen. Es werden deren VertreterInnen bevorzugt, die keine politische Identität und Vorstellung haben. Es sollen möglichst auch unorganisierte KurdInnen sein, denn politisch organisierte könnten ein Partner im bisherigen Ankara-Brüssel-Dialog werden. Bislang ist es gelungen, Diyarbakir symbolisch als politisches Zentrum der KurdInnen aus den Verhandlungen herauszuhalten. Auch wenn zahlreiche europäische VertreterInnen Diyarbakir aufsuchen, so z. B. der Präsident des Europaparlamentes Josep Borrell Fontelles als zweite Station seiner Reise oder die deutsche Delegation ebenfalls, so bleibt dies eine politisch freundliche Geste. Die Grünen-Politikerin Claudia Roth besuchte sogar die Kleinstadt Sirnak. Jene Stadt, die unter dem Krieg mit am meisten gelitten hatte. Frau Roth wollte das deutsche Gewissen über die vergangene Mitschuld an der deutsch-türkischen Waffenbrüderschaft beruhigen und den KurdInnen versichern, dass dieses Mal Geräte made in Germany nicht schädlich sein werden.

Eine kritische Frage und damit auch der eigentliche Knackpunkt für uns in der gesamten EU-und Türkei-Debatte ist, ob und wie die KurdInnen als gleichberechtigte PartnerInnen einbezogen werden. Dafür müssen die beiden federführenden Protagonistinnen zunächst zwanzig Millionen KurdInnen beim Namen nennen. Ohne diese keine Lösung. Ohne diese ist auch kein dauerhafter Frieden möglich. Denn ganz im Schatten der gesamten EU-Diskussion ist eine gefährliche Entwicklung im Gange. Die EU führt die stärkste kurdische Bewegung Kongra-Gel immer noch auf der berüchtigten Liste terroristischer Organisationen. Die Niederlande, die den jetzigen EU-Vorsitz innehaben, setzen neun Tage vor dem entscheidenden Gipfeltreffen die PKK auf die Liste terroristischer Organisationen. Russlands Präsident Putin begreift die europäische und türkische KurdInnenpolitik und versucht seine Beziehung zu Ankara über die Aufnahme der PKK in die eigene Liste aufzubessern.

Auch dies geschieht etwa eine Woche vor dem EU-Gipfel: Türkische Sicherheitskräfte beginnen erneut Zivilisten durch extralegale Hinrichtungen zu ermorden. So wie in Mardin-Kiziltepe der 12-jährige Ugur Kaymaz und sein Vater Ahmet Kaymaz oder der kurdische Hirte Fevzi Can in Semdinli vor drei Wochen. Antiterroreinheiten durchsuchen überfallartig die Räumlichen der AnwältInnen des kurdischen Volksführers Abdullah Öcalan. Viele weitere Beispiele könnten aufgezählt werden. Deutlich wird, dass KurdInnen immer noch als Instrumente internationaler Politik fungieren sollen. Die türkischen Sicherheitskräfte greifen ZivilistInnen an, durchsuchen Institutionen, um den Kongra-Gel zu provozieren. Die Generäle glauben, über die EU-Mitgliedschaft ihre bisherige Macht als traditionelle Hüter und Erben der Republik zu verlieren. Die KurdInnen und der Kongra-Gel sollen zu unüberlegtem Handeln provoziert werden, um damit erneut den Boden für Auseinandersetzungen zu bereiten. Die Niederlande im EU-Vorsitz nehmen die PKK in solch einer kritischen Zeit zum ersten Mal auf die Terrorliste. Es ist eine deutliche Botschaft an politisch denkende KurdInnen. Sowohl die EU als auch die Türkei werden allerdings eine große Enttäuschung erleben, wenn sie glauben, KurdInnen als kopflose Instrumente benutzen zu können. Schließlich haben diese sich in dem 30-jährigen Befreiungskampf gegen die viertstärkste NATO-Armee der Türkei behaupten können. Ferner haben sie trotz wirtschaftlicher, diplomatischer, militärischer und politischer Unterstützung der Türkei durch Europa, vor allem der Bundesrepublik, die kurdische Frage europäisiert und internationalisiert. In Deutschland haben die KurdInnen sich trotz des elfjährigen PKK-Verbots entwickeln und organisieren können.

Sie wollen keine Instrumente mehr sein, sondern beim Namen genannt und als gleichberechtigte Partner mit Brüssel und Ankara über ihre Zukunft mitbestimmen. Sie haben einen Kopf, der nicht nur für ihr eigenes Interesse, sondern auch das Interesse aller Menschen in der Türkei denkt. Um ihre Forderungen noch einmal zu bekräftigen werden am 11. Dezember die europäischen KurdInnen in Brüssel und am 12. Dezember die KurdInnen in Diyarbakir Großkundgebungen durchführen. Das Motto der Kundgebungen wird lauten: Kurden wollen Dialog, Frieden, Identität und Freiheit. Sie wollen den Weg, den sie eröffnet haben, auch weitergehen. Schließlich war es die PKK, die kurze Zeit vor dem EU-Gipfel in Helsinki im Dezember 1999 den bewaffneten Kampf einstellte, um den Weg Ankaras nach Brüssel zu ebnen. Allerdings mit der nach wie vor gültigen Forderung, Diyarbakir gleichberechtigt zu behandeln. Deshalb: Brüssel und Ankara allein reichen nicht aus. Der Weg führt über Diyarbakir. ♦


Demonstration im Dezember 2004 in Brüssel: „Kurden wollen Dialog, Frieden, Identität und Freiheit"
Foto: MHA

Mustafa Karasu zur aktuellen Situation

Die kurdische Frage muss demokratisch gelöst werden

Özgür Politika, November 2004

Dies ist die gekürzte Version eines am 24. und 25. November in der türkischsprachigen Tageszeitung ÖZGÜR POLITIKA veröffentlichten Interviews mit Mustafa Karasu. Mustafa Karasu ist Mitglied im Wissenschafts- und Kunstkomitee des KONGRA-GEL.

Im EU-Bericht zur Türkei heißt es, das kurdische Volk erhielte den Status einer Minderheit. Jedoch beharren die KurdInnen darauf, sie seien keine Minderheit, sondern ursprünglich Gründungselement [der türkischen Republik]. Diese Diskussionen halten in der Türkei wie auch in Europa immer noch an. Was fordert Europa für die KurdInnen? Wie gestaltet sich die Kurdistanpolitik Europas?

Zunächst einmal kann man nicht behaupten, Europa hätte die kurdische Frage offen diskutiert. Sollte Europa sich ihr wirklich demokratisch annähern und auf das kurdische Volk dieselben Kriterien anwenden wie auf andere Nationen auch, dann müsste der Türkei als EU-Beitrittskandidatin gesagt werden: „Erkennt die KurdInnen als Volk an, sichert ihnen die Wahrung ihrer Identität, Sprache und Kultur verfassungsrechtlich zu, was ihr grundlegendes demokratisches Recht ist.” Es ist nicht richtig, Unklarheiten zur kurdischen Frage durch Wortspielereien zu verschleiern. Denn dieses Thema wurde sowieso seit 100 Jahren unter den Tisch gekehrt. Man tat so, als gäbe es diese Frage gar nicht. Wir halten es für falsch, dass die EU manche Sachverhalte auf eine politisch versteckte Weise ausdrückt.



Mustafa Karasu Foto: Özgür Politika

Alle sind sich darüber im Klaren, dass die Türkei stets alle Aussagen ihren eigenen Interessen entsprechend interpretiert. Sami Selcuk, ehemaliger Vorsitzender des Kassationsgerichtshofs, drückte diese Vorgehensweise der Türkei so aus: „In der Türkei interpretiert der Staat universelle Begriffe im Eigeninteresse. Das kann man nicht machen. Es ist keine wissenschaftliche Annäherungsweise.” Wahrscheinlich ist Europa sich dessen bewusst.

Dann liegt das Problem nicht im Gegensatz „Minderheit vs. Gründungselement“?

Nein. Das Problem liegt in der immer noch andauernden Verleugnung des Kurdischen in der Türkei. Der Grund für eine derartige Diskussionsweise dieses Themas liegt nicht darin, dass man nichts mit dem Begriff „Minderheit“ anzufangen weiß. Die Reaktion kam, weil die Akzeptanz dieses Minderheitenbegriffs der Akzeptanz einer Unterscheidung gleichkommt.

Die KurdInnen sehen sich zu Recht nicht als Minderheit. Sie sind eines der ältesten Völker im Mittleren Osten. Auch ihre Bevölkerungszahl kann nicht in Hunderttausenden ausgedrückt werden. Weiterhin besitzen sie im sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ein gewisses Gewicht und wollen deshalb auch nicht in irgendeinem Land in Zehntausendern oder Hunderttausendern begriffen werden. Wir wissen, warum die Türkei den Begriff „Minderheit“ abgelehnt hat.

Warum wird er abgelehnt?

Wenn der Minderheitenbegriff schon abgelehnt wird, dann geschieht dasselbe natürlich auch mit dem Begriff „Gründungselement“. Das kurdische Volk muss seine gesamten demokratischen Rechte, sein Recht auf Organisierung einfordern. In dieser Sache muss es entschlossen sein. Es darf nicht akzeptieren, als Minderheit begriffen zu werden, egal, was die Türkei und Europa unter den Bezeichnungen verstehen wollen. Europa nennt die Gemeinschaften Minderheiten, deren Rechte nicht zugestanden werden. Deshalb könnte man meinen, wir hätten hierbei keine Vorbehalte. Europa definiert den Begriff für diejenigen, deren Rechte von der Mehrheit nicht anerkannt werden. In dieser Hinsicht ist die Anerkennung der KurdInnen als „Minderheit ohne Rechte“ eine weitere Stufe bei der Registrierung der Verleugnung durch die Türkei. Dies ist positiv zu bewerten. Wir lehnen das auch gar nicht ab, und wir untersuchen und diskutieren es auch nicht weiter. Uns ist wichtig, dass die EU die kurdi-

schen Rechte klar und deutlich benennt und dies auch von einer Türkei, die Mitglied werden soll, einfordert. Es geht darum, dass die Türkei, ohne weiter abzulenken, den KurdInnen ihre Rechte zugesteht. Diese Rechte können nicht durch irgendein Abkommen verweigert werden. Wenn die Rechte eines Volkes in einem Abkommen nicht anerkannt werden, zeigt dies nur, wie beschämend und unmenschlich solch ein Abkommen ist.

Egal, ob von Europa, der Türkei oder einem anderen Land ausgehend: Jede noch so kleine Bewegung muss weiter vorangetrieben werden. Jedoch müssen unzureichende Herangehensweisen auch in jedem Fall kritisiert werden. Nur manches Positive zu sehen könnte das Auge für gravierende Negativentwicklungen blenden. Dieser Fehler aus der Vergangenheit sollte sich nicht wiederholen. Deshalb kann beispielsweise ein ständiger Ausschuss oder ein Komitee gegründet werden, wo die Politik der EU und die der Türkei gegenüber den KurdInnen in einer Anfangsphase bewertet und dementsprechend politische Handlungsstränge und Positionen entwickelt werden. Solch eine Arbeitsgruppe könnte realistisch und effektiv agieren.

Wird im Zusammenhang mit der Anerkennung von EU-Beitrittsverhandlungen eine neue Politik verfolgt? Inwieweit wird dabei die Freiheit der KurdInnen erfasst?

Es ist klar, dass die Leugnung der kurdischen Frage, Identität und Existenz für die EU, Deutschland oder Frankreich, oder auch Russland, China oder die USA kein Thema ist. Die Verleugnung betrifft eher die Staaten, unter deren Hegemonie die KurdInnen leben. Und in dieser Hinsicht besitzt die Türkei die strengste Haltung. Deshalb kann man natürlich nicht sagen, Deutschland oder Europa würden die Leugnung durch die Türkei akzeptieren oder es gäbe solch eine Politik. Jedoch verteidigen sie nicht die kurdischen Rechte, was sie für andere Völker tun würden, wenn wirtschaftlicher und politischer Nutzen gewahrt werden soll. Oder es geschieht zumindest nur sehr begrenzt. Im europäischen Rahmen wird aber gefordert, dass die Unterdrückung der kurdischen kulturellen Existenz aufgehoben oder wenigstens gelockert wird. Wir können sagen, dass sie die Aufhebung besonderen Drucks verlangen. Früher wurde dies eher diplomatisch zum Ausdruck gebracht. Jetzt geht es jedoch um die Mitgliedschaft der Türkei und da werden solche Dinge schriftlich und offiziell vorgetragen.

In der Vergangenheit gab es ähnliche Beschlüsse des Europäischen Parlaments und anderer Institutionen, doch ohne materiellen Wert und Sanktionskraft. Weil es jetzt um die EU-Mitgliedschaft geht, wird durch offizielle Dokumente angeordnet, sich an Kriterien zu halten. Wenn auch nur in begrenztem Rahmen, so fallen die für die KurdInnen anvisierten Vorhaben unter die Kategorie der für eine Mitgliedschaft notwendig zu erfüllenden Bedingungen. In dieser Hinsicht gibt es natürlich auch bedeutende Neuerungen. Allerdings entspricht das Niveau dieses eingeforderten Wandels nicht den demokratischen Prinzipien, die Europa verteidigt. Es handelt sich hier um eine zwiespältige Haltung. Die grundlegendsten demokratischen Rechte des kurdischen Volkes werden wirtschaftlichem und politischem Profit geopfert.

Die opportunistische Annäherung Europas an die Türkei weckt bei den KurdInnen, wenn es um ihre Frage geht, berechtigte Zweifel. Diese Herangehensweise treibt die Türkei insgesamt nicht dazu, die kurdische Frage zu lösen, sie ist nicht effektiv genug, um die Türkei wirklich zur Lösung des Problems zu veranlassen. Man hat immer noch nicht die Praxis überwunden, nur begrenzte Schritte zu fordern. Dies lässt die Frage aufkommen, wie groß tatsächlich das europäische Interesse daran ist, dass eine Türkei, welche die kurdische Frage löst, in naher Zukunft EU-Mitglied wird.

Kann es noch vor dem 17. Dezember zu einem Waffenstillstand kommen? Zivilgesellschaftliche Organisationen und andere Kreise rufen dazu auf. Wie bewerten Sie diese Forderungen?

Es kann nur zu einem neuen Waffenstillstand kommen, wenn sich die Situation und die Bedingungen von denen vor dem 1. Juni unterscheiden. Vor allem muss sich die politische Annäherung an eine Lösung der kurdischen Frage in der Türkei ändern. Wir sind nicht der Meinung, dass sich die Haltung



Friedensdemonstration in Diyarbakir: „Isoliert die Operationen, nicht den Frieden" Foto: DIHA

der Türkei innerhalb der fünf Jahre unseres einseitigen Waffenstillstands geändert hat. Die AKP-Regierung hat keine neue Idee für die Lösung des Problems. Die Beschlüsse zu Fernsehsendungen auf Kurdisch und Sprachkursen stammen noch aus der Zeit Ecevits. Die AKP hat auch verspätet gehandelt, es wäre auch früher gegangen. Was bisher geschehen ist, zeigt keinen Wandel in ihrer Politik. Im Gegenteil sollen die türkische und internationale Öffentlichkeit getäuscht werden. In der Praxis gibt es einige Lockerungen, aber nicht in der Geisteshaltung. Die Entwicklungen in der Praxis sollen dazu benutzt werden, die Verleugnung auf andere Art aufrechtzuerhalten. Sonst gibt es keine Neuerung. Dagegen werden heute noch entschlossener Pläne zur Beseitigung der kurdischen Freiheitsbewegung geschmiedet und noch aktiver ausgeführt.

Unser Waffenstillstand hielt fünf Jahre an. Bis zu einem gewissen Grad hat er seine Rolle auch gespielt, aber zum Schluss wurde er nur noch ausgenutzt. Aus diesem Grund ist klar, dass die Türkei nicht anders auf einen weiteren Waffenstillstand reagieren würde. Ein neues Waffenstillstandsangebot würde die kurdische Frage nicht positiv beeinflussen, sondern die Türkei noch weiter in ihrer Politik der Leugnung und Zerstörung bestärken. Wenn die Türkei bis zum 17. Dezember keine dafür notwendigen Schritte unternimmt, wird es von uns aus auch keinen neuen einseitigen Waffenstillstand geben.

Wir wollen, dass die kurdische Frage gerecht und demokratisch gelöst wird. Wir beharren auch nicht darauf, dass sie sich mit uns an einen Tisch setzen. Die Verleugnung soll ein Ende finden, Sprache, Identität und Kultur des kurdischen Volkes sollen offiziell und verfassungsrechtlich garantiert, die Organisationsfreiheit gewährleistet werden. Das ist für uns ausreichend. Wir wollen auch nicht neue Probleme schaffen. Alle wissen, dass wir in dieser Hinsicht Verständnis zeigen. Aber niemand kann von uns erwarten, dass wir von unserem Existenzrecht und unserem Recht auf Selbstverteidigung absehen, solange die Verleugnung anhält. Denn die kurdische Frage ist nicht gleichzusetzen mit irgendeinem ethnischen Problem. Unsere Menschen werden verleugnet. Sogar unsere Existenz wird abgelehnt. Die Grundlage unserer legitimen Verteidigung liegt eben in dieser Politik der Verleugnung und der Ablehnung unserer Existenz.

Wie lauten die Bedingungen der kurdischen Guerilla, ihre Waffen niederzulegen?

Wir haben die Bedingungen dafür oder für einen beiderseitigen Waffenstillstand oft genannt. Jedoch herrscht in einigen kurdischen Kreisen die Meinung: „Die Türkei wird EU-Mitglied. Lasst uns das unterstützen, denn wenn sie erst einmal Mitglied ist, löst sich die kurdische Frage schon von selbst." Einer anderen Position genügen begrenzte demokratische Schritte wie kurdische Fernsehsendungen. Oder die Anpassungsgesetze werden als ausreichend angesehen. Diese Sichtweise vertritt den Standpunkt, das Problem liege in der praktischen Anwendung von Gesetzen. Hierbei handelt es sich um eine fehlerhafte und unzureichende Annäherung an die Umgestaltung, an Demokratie und an den demokratischen Kampf. Manche Kreise denken, die Demokratisierung sei weit entwickelt und die Phase nach dem 1. Juni stelle ein Hindernis dar. Damit wird der gesamte Kampf unserer Bewegung als Last vor einer Lösung gesehen. Solche Haltungen sind geprägt von Kampflosigkeit und sind zugleich auch gefährlich. Sich ausschließlich auf die EU-Phase zu verlassen oder mit dem Argument „In der Türkei entwickelt sich die Demokratie" eine Demokratie ohne KurdInnen anzustreben ist sehr riskant.

Es heißt, beim Aufbau der Demokratie in der Türkei würde die kurdische Frage auch gelöst werden. Wir bestehen darauf, dass sich der Demokratisierungsprozess nicht entwickeln wird, solange die kurdische Frage nicht gelöst wird. Kriterium für die Demokratisierung in der Türkei ist die Annäherung an die kurdische Frage. Es wird so getan, als wenn mit den wenigen Maßnahmen alles erledigt sei. Das ist nichts anderes als Blendwerk. Wenn ein Problem existiert und gelöst werden soll, dann müssen die Protagonisten dieses Problems als Ansprechpartner akzeptiert werden. Dass die kurdische Frage in Nordkurdistan überhaupt ans Tageslicht gerückt wurde, ist Resultat des 30-jährigen nationalen, demokratischen Kampfes, und zwar unter der Führung von Abdullah Öcalan. Diese Bewegung repräsentiert die Willenskraft des kurdischen Volkes, dessen Menschen haben Abdullah Öcalan zum kurdischen Anführer erklärt. Die Ansprechadresse für die Lösung liegt klar auf der Hand. An diesem Punkt muss gefragt werden, ob die AKP-Regierung und der türkische Staat den wahren Ansprechpartner für die Lösung der kurdischen Frage auch als solchen sehen oder nicht. Das sollte grundlegendstes Kriterium für die Herangehensweise sein, für die Haltung gegenüber unserem Vorsitzenden und für die Annäherung an die Lösungslinie zur kurdischen Frage. Die Aufgabenstellung ist offensichtlich. Aber u. a. die Isolation unseres Vorsitzenden [*s. auch S. 32 ff.*], die weit reichenden Operationen zur Vernichtung der Guerilla und zuletzt der Vorfall in Kiziltepe [*s. Bericht auf S. 24 ff*] zeigen, dass der Druck und die Angriffe auf uns immer noch andauern.

Man muss bedenken, dass weder Frieden noch Demokratie sich entfalten werden, bevor die kurdische Bevölkerung nicht ihre natürlichsten Identitätsrechte erhält. Niemand sollte sich über die geschminkte Demokratie der AKP täuschen. Es kann keine kurdInnenlose Demokratie in der Türkei geben. All diese Annäherungen sind gefährlich. Wenn eine Lösung wirklich gewollt ist, dann wird sie nur über die Ansprechpartner des Problems möglich. Und wer dies ist, liegt auf der Hand.

Wenn kein guter Wille in Richtung Lösung gezeigt und weiterhin versucht wird, das Potential unseres Kampfes mit schmutzigen Methoden zu demontieren und unsere Bewegung zu schwächen, wird das gefährliche Resultate mit sich bringen. Besteht man darauf, kann keine Rede davon sein, die Waffen niederzulegen. Dann wird es im nächsten Jahr zu einem noch gewaltigeren Krieg kommen und die Türkei wird so in ein komplettes Chaos gestürzt. Ist das nicht gewollt, dann sollten diese Praktiken alsbald aufgegeben werden. ♦

Bilanz der Volksverteidigungskräfte Juni–Oktober 2004

Noch ist Zeit für einen bilateralen Waffenstillstand

MHA – Mesopotamische Nachrichtenagentur, 2.11.2004

Das Presse- und Mitteilungszentrum der Volksverteidigungskräfte (HPG) veröffentlichte eine Bilanz der Gefechte, die in den Monaten Juni bis incl. Oktober 2004 stattfanden. In diesem Zeitraum wurden seitens der türkischen Armee 204 Operationen und seitens der iranischen Sicherheitskräfte 5 Operationen gegen die Kräfte der HPG durchgeführt. 70 Operationen wurden in Botan, 43 in Amed, 37 in Dersim, 22 in Erzurum, 20 in Serhat, 12 in Zagros, 3 in Xakurke und 2 in Amanos durchgeführt. Dabei kam es zu 203 Gefechten, wobei die Ergebnisse von 132 Auseinandersetzungen bekannt wurden.

In den Gefechten verloren die türkische und iranische Armee insgesamt 411 Angehörige. Während von der türkischen Armee 27 Offiziere, 345 Soldaten, 15 Polizisten, 5 Dorfschützer, d. h. insgesamt 392 Personen ums Leben kamen, verlor die iranische Armee 19 Soldaten. Im Zuge der Gefechte beschlagnahmten die HPG-Kräfte ein schweres Maschinengewehr (BKC), ein G-3-Gewehr, vier M-16-Gewehre, einen Detektor und eine kugelsichere Weste. Außerdem wurden 38 Militärfahrzeuge zerstört.

Auf Seiten der Volksverteidigungskräfte kamen 66 Menschen ums Leben.

Die Türkei und die EU sind Schuld am Chaos!

In ihrer Erklärung forderte das Presse- und Mitteilungszentrum der HPG zugleich die Türkei und die Europäische Union (EU) auf, ihren Beitrag zu einer Lösung der kurdischen Frage zu leisten. Falls die EU und die Türkei mit ihren Beschlüssen auf dem Gipfeltreffen am 17. Dezember 2004 eine Lösung der kurdischen Frage mit demokratischen und politischen Mitteln nicht zur Grundlage nehmen sollten, bedeute dies ein Beharren auf ihrer Verleugnungspolitik, hieß es in der HPG-Erklärung. „Ein derartiger Beschluss wiederum würde bedeuten, dass der Türkei die Erlaubnis zur militärischen Unterdrückung der kurdischen Frage erteilt würde. Unter derartigen Bedingungen werden sich die HPG gezwungen sehen, sich selbst und die Bevölkerung mit einem bewaffneten Aufstand zu verteidigen", lautete die Ermahnung.

Während in der HPG-Erklärung dargelegt wurde, dass „für das mögliche Entstehen von Gewalt und Chaos der türkische Staat und die EU verantwortlich sein werden", wurde zugleich festgestellt, dass noch Zeit für einen bilateralen Waffenstillstand und einen Dialog bestünde. Die Botschaft lautete: „Wenn ein Ansprechpartner gesucht wird, braucht er nicht an anderer Stelle gesucht zu werden, der einzige Ansprechpartner ist der Vorsitzende Abdullah Öcalan." Indem betont wurde, dass es wichtig sei Schlussfolgerungen aus der 6-monatigen Bilanz zu ziehen, hieß es in der Erklärung der HPG: „Solange noch Möglichkeiten für eine vernünftige Lösung der kurdischen Frage bestehen, laden wir alle ein, sich logisch und mit gesundem Menschenverstand an die Frage anzunähren."

Das von Öcalan geschaffene positive Klima ist ins Gegenteil verkehrt worden

In der Erklärung wurde daran erinnert, dass Abdullah Öcalan am 1. September 1998 einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen hatte, um den politischen Weg zur Lösung der kurdischen Frage freizumachen und Friedensbedingungen herzustellen.



Demonstration gegen den Krieg in Van: „Das Dorfschützersystem und die Banden der Regierung müssen angeklagt werden" „Nicht mit dem Krieg, mit dem Frieden wird gesiegt" Foto: DIHA

Während des 15-jährigen Krieges war eine Pattsituation entstanden, bei der es in militärischer Hinsicht keinen Besiegten gegeben hatte. Weiterhin wurde festgestellt, dass die Guerilla am 2. August 1999 die überwiegende Mehrheit ihrer Kräfte in die Gebiete der legitimen Selbstverteidigung in Südkurdistan zurückgezogen habe, obwohl der einseitige Waffenstillstand mit dem internationalen Komplott [*der Verschleppung Öcalans in die Türkei*] beantwortet worden war.

Auch wurde betont, dass außerhalb der Linie der legitimen Selbstverteidigung und dem Recht auf Vergeltungsaktionen in dieser sechsjährigen Phase keine einzige Gewaltaktion gegen Einrichtungen des türkischen Staates und der türkischen Armee durchgeführt wurde. Hierbei wurde bemerkt, dass die ökonomische Erholung, die politische Stabilität und positive Atmosphäre in der Türkei Ergebnisse der Anstrengungen Abdullah Öcalans und der Freiheitsbewegung seien.

Außerdem wurde darauf aufmerksam gemacht, dass seit der Rückzugsphase [*1999*] 500 GuerillakämpferInnen ihr Leben verloren hatten. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Türkei versucht habe, von der Gelegenheit zu profitieren. „Die großen Anstrengungen und aufopferungsvolle Haltung des Vorsitzenden und der Guerillakräfte sind als Schwäche aufgefasst worden. Wobei die Wirklichkeit genau das Gegenteil war", hieß es. Nach dem 11. September sei das Konzept der USA darauf ausgerichtet gewesen, die Guerillakräfte zur Zielscheibe zu machen. Dies habe die positive politische Atmosphäre in der Türkei und in Kurdistan ins Gegenteil verkehrt.

Die AKP betrieb eine trügerische Politik

In der Erklärung wurde betont, dass Abdullah Öcalan der AKP-Regierung bei ihrem Amtsantritt am 3. November 2000 eine neue Chance für eine demokratische und politische Lösung der kurdischen Frage gegeben hatte. Diesbezüglich hieß es: „Jedoch war die Herangehensweise der AKP, das Problem zum Normalzustand zu machen und zu ignorieren. Sie verfolgte das Ziel, ihre eigene Position zu stärken, indem sie die türkischen Streitkräfte gegen die Kräfte der HPG kämpfen ließ und hierdurch schwächen wollte. Eine trügerische Politik wurde zur Grundlage genommen."

Bezüglich der anti-kurdischen Maßnahmen der AKP-Regierung wurde in der HPG-Erklärung folgendes bemerkt: „Die Isolationspolitik gegen den Vorsitzenden wurde verschärft. Die Übergriffe auf das Volk wurden vermehrt. Vernichtungsoperationen gegen die HPG-Kräfte wurden intensiviert. Im Frühjahr 2004 führte der türkische Staat die Angriffe auf die Kräfte der HPG, mit Duldung von USA und EU sowie durch ein andauerndes Bündnis mit Syrien und dem Iran zu einem Höhepunkt. Um die kurdische Frage zu umgehen, machte die Türkei den europäischen Staaten im Bereich der Wirtschaft immer wieder neue Zugeständnisse. Abgesehen von einigen Retuschen unternahm sie keinen einzigen ernsthaften Schritt. In Anlehnung an die Ergebnisse der Lokalwahlen vom 28. März 2003 nutzte sie diese Gelegenheit, um einen politischen Kurs der Härte zu fahren."

Dem einseitigen Waffenstillstand wurde die Grundlage entzogen

Die HPG erläuterten, dass der türkische Staat dem einseitigen Waffenstillstand, der seitens der HPG seit 6 Jahren aufrechterhalten wurde, jegliche Grundlage entzogen habe: „Es ist bedeutungslos geworden, den einseitigen Waffenstillstand in der Praxis fortzusetzen. Davon abgesehen, dass der Waffenstillstand zu einem bilateralen werden könnte, ist sogar die Grundlage für einen einseitigen Waffenstillstand ausgetrocknet worden. Es wurde sich weder zu einem Dialog und Frieden hin bewegt noch konnte der Gebrauch dieser Begriffe ertragen werden."

Die HPG lenkten die Aufmerksamkeit darauf, dass die Phase vom 1. Juni 2004 nach der Beendigung des einseitigen Waffenstillstands kein Kriegsbeschluss sei, sondern eine verstärkte Position der legitimen Selbstverteidigung gegen die Vernichtungsoperationen und gegen die Fortsetzung einer subtilen Form der Verleugnungspolitik. In ihrer Erklärung lautete es: „Mit dem Beschluss vom 1. Juni wurde die Dosierung der angewandten Gewalt auf einem begrenzten, engen und kontrollierten Niveau gehalten. Die HPG hätten den Umfang der Gewalt ausweiten können. Nicht aus Schwäche, sondern weil es nicht für richtig gehalten wurde und weil die Gewalt nicht außer Kontrolle geraten sollte, wurde hiervon abgesehen. Während die HPG in dieser mit dem 1. Juni beginnenden, sechsmonatigen Phase sich nicht außerhalb internationalen Rechtes und des Genfer Abkommens bewegt haben, haben im Gegensatz hierzu die Kräfte des türkischen Militärs die Regeln internationalen Rechtes und des Genfer Abkommens gebrochen und die Leichen unserer gefallenen GuerillakämpferInnen grausam geschändet."

Der Staatsterrorismus schreit zum Himmel

Parallel zu den Angriffen auf die HPG stieg auch der Staatsterror gegen die Zivilbevölkerung. In der Erklärung wurden diesbezüglich die Ermordung eines Vaters und seines 12-jährigen Sohnes in Kiziltepe [*s.S. 24 ff.*] sowie die Hinrichtung eines Hirten in Semdinli erwähnt. Diese durch Soldaten verübten Verbrechen versuche man nun den Guerillakräften anzuhängen, hieß es.

Ferner wurde in der HPG-Erklärung festgestellt, dass die türkische Armee in den fortdauernden Operationen mit ihrer Erfolglosigkeit in eine tiefe Krise geraten sei. Entgegen den Verlautbarungen, die Guerilla sei geschwächt, könne nicht noch einmal den bewaffneten Widerstand aufnehmen, die Zeit des Guerillakampfes sei vorbei haben die HPG in den letzten Monaten allen vor Augen gehalten, dass mit einer erneuerten und modernisierten Guerillakraft sowie mit einer richtigen Organisierung der Kräfte die legitime Selbstverteidigung in den Bergen Kurdistans entwickelt werden kann. ♦

Initiative der Intellektuellen für den Frieden gegründet

Initiativen für Frieden und Dialog

Ahmet Dere

Frieden ist ein Menschheitsbedürfnis und muss von allen, die für ein menschenwürdiges Leben eintreten, verteidigt werden. Nicht nur in Kriegsgebieten, sondern überall auf dieser Welt besteht der Wunsch nach einem friedlichen Leben. Manches Mal wird die Forderung nach Frieden auch an Orten laut, an denen kein Krieg herrscht, und entsprechende Aktivität entwickelt. Aber naturgemäß ist die Friedenssehnsucht in Kriegsgebieten am stärksten.

In Kurdistan, einer Region mit endlosen Kriegen, herrscht seit dreißig Jahren ein erbarmungsloser, systematischer Krieg. Das kurdische Volk, seit Jahrhunderten jeglicher Menschenrechte beraubt, ist gezwungen, seit den achtziger Jahren für seine Rechte zu kämpfen. In diesem Krieg haben bis jetzt mehr als 30 000 Menschen ihr Leben verloren, Zehntausende mussten Jahre im Gefängnis verbringen, Tausende Dörfer wurden zerstört, Hunderttausende mussten flüchten. Obwohl die kurdische Bevölkerung den Krieg ablehnt und den Frieden ersehnt, war sie zum Kampf gezwungen. Trotz allem hat die kurdische Freiheitsbewegung 1993, 1995, 1998 und 1999 jeweils Waffenstillstände ausgerufen und ausdrücklich ihren Friedenswillen bekundet. Doch leider wurde den Menschen trotz all ihrer Friedensbemühungen vom türkischen Staat und dessen Unterstützern der Krieg aufgezwungen und keine Alternative gelassen. Die zwanzigjährige Kriegsphase war unumgänglich.

Wir erleben eine Phase, in der trotz weltweiter Kriege intensive Friedensbemühungen entwickelt und Konflikte nicht mit Gewalt, sondern mit demokratischen Mitteln gelöst werden. In einer solchen Phase kommt der Europäischen Union, deren Grundstein nach dem Zweiten Weltkrieg gelegt wurde und die heute 25 Staaten umfasst, eine gewichtige demokratische Aufgabe zu. Die verschiedenen Institutionen dieser Union und die demokratischen, zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Mitgliedsstaaten sehen sich der Erfüllung ihrer historischen Mission gegenüber. Zu einer Zeit, in der die Türkei die Mitgliedschaft in der Europäischen Union anstrebt, steht die demokratische Lösung der kurdischen Frage als Mission noch aus. Die demokratische Lösung der kurdischen Frage – vor dem Beginn der Verhandlungen zwischen Türkei und EU – sollte sowohl von der EU als auch von der Türkei als große Chance gesehen werden.

Zivilgesellschaftliche Organisationen, Intellektuelle und zahlreiche Persönlichkeiten aus der Türkei, die einen EU-Beitritt der Türkei befürworten, haben auf einer Versammlung am 18. Oktober 2004 die Initiative „Intellektuelle für den Frieden“ gegründet. Diese Initiative, der FriedensaktivistInnen wie Akin Birdal, stellvertretender Vorsitzender der Internationalen Menschenrechtsföderation, vorstehen, hat sich zur Erfüllung einer historischen Mission auf den Weg



Die Friedensinitiative auf der Konferenz in Diyarbakir: „Erheben wir unser Stimmen für den Frieden – die Waffen sollen schweigen, das Blutvergießen soll enden“ Foto: DIHA

gemacht. Die Wirkungskraft und die Bedeutung dieser Initiative, die sich ausweiten und breite Teile der Gesellschaft erreichen wird, werden in der nächsten Zeit zunehmend wachsen.

Das kurdische Volk, das immer für den Frieden Stellung bezieht, schätzt die Arbeit solcher Initiativen. Die Mitglieder der Friedens-Initiative haben sich am 10. November von Ankara und Istanbul aus mit zwei Bussen in das Herz Kurdistans, nach Amed (Diyarbakir), begeben. Bei ihrer Ankunft am 11. November wurden sie dort von Zehntausenden Menschen empfangen. Diese Initiative verstärkt seit ihrer Gründung – trotz einiger Behinderungsversuche des türkischen Staates – ihre Anstrengungen für einen kurdisch-türkischen Dialog mit zahlreichen Aktivitäten in Kurdistan und in der Türkei. In diesem Zusammenhang wurde am 19. November in Ankara eine Friedenskonferenz abgehalten. Auch wenn es sich dabei um keine Initiative handelt, der die öffentliche Aufmerksamkeit der türkischen Administration zukommt, so zeichnet sich bereits durch zahlreiche Kreise in der Türkei und in Europa Unterstützung ab.

In Europa existieren gewisse Bemühungen, um einen Dialog zwischen kurdischer Bevölkerung und türkischem Staat zu entwickeln und dem Frieden den Weg zu ebnen. Diese von FreundInnen des kurdischen Volkes und FriedensaktivistInnen gestartete Initiative ist unter der Beteiligung internationaler Persönlichkeiten zu einer bedeutenden Kraft geworden. Bis jetzt haben sich der Philosoph Noam Chomsky, die französischen Nationalversammlungsabgeordneten Jean-Claude Lefort, Frédéric Dutoit, François Bred, die Senatorin Nicole Borvo, der Gewerkschaftler José Bové, der Départements-Vizepräsident Joël Dutto, der Bischof und Friedensaktivist Jacques Gaillot u.v.a. aus Frankreich, Deutschland, Italien und anderen europäischen Staaten angeschlossen. Weitere werden folgen. Damit wird die Initiative sich weiter ausbreiten. Am 24. November sind die Mitglieder dieser Gruppe in die Türkei geflogen, um zusammen mit Angehörigen der dortigen Intellektuelleninitiative Gespräche mit zuständigen Regierungskreisen zu führen. Auch wenn die Türkei kein Interesse zeigt, so muss sie dieser Initiative doch Beachtung schenken. Wir gehen davon aus, dass diese Friedens- und Dialogbemühungen intensiviert werden und durchaus positive Ergebnisse erzielt werden können.



Start der Friedensinitiative in Istanbul auf ihrem Weg nach Diyarbakir Foto: DIHA

Es ist ein Manko, dass die europäischen Intellektuellen und PolitikerInnen den kurdischen Freiheitsforderungen nicht die erforderliche Aufmerksamkeit entgegengebracht haben. Es fällt uns schwer, dem Schweigen unserer europäischen NachbarInnen gegenüber dem zeitgemäßen und demokratischen Kampf des kurdischen Volkes die nötige Bedeutung beizumessen. Vor allem in diesem Jahrhundert muss das fehlende Interesse europäischer intellektueller, künstlerischer und demokratischer Kreise gegenüber den kurdischen Forderungen nach Freiheit als ernstes historisches Versäumnis bewertet werden.

In Europa, wo heute mehr als eine Million Kurdinnen und Kurden leben, vor allem in Deutschland, ist eine aktivere Friedensarbeit erforderlich. Diesbezüglich sind nicht nur die FreundInnen des kurdischen Volkes und DemokratInnen gefordert, sondern auch die hier lebenden kurdischen Intellektuellen. Können die bisherigen Versäumnisse noch aufgeholt werden, wird dies in Zukunft nicht mehr so leicht fallen. Mit einer angemessenen gewissenhaften Herangehensweise ist ein erfolgreicheres Verständnis möglich.

Sowohl die Menschen aus Europa, insbesondere Deutschland, als auch alle KurdInnen in Europa sehen sich in dieser Phase in einer historischen Verantwortung. In einer Zeit mit stärkerem Rückhalt werden wir als kurdisches Volk die Geschehnisse aufmerksam registrieren und auch nicht versäumen, das Notwendige zu unternehmen. Wir wissen die ehrlichen Bemühungen all unserer Freundinnen und Freunde mehr als je zuvor zu schätzen und fordern sie auf, die Friedensinitiative in dieser wichtigen Phase ihrer Arbeit zu unterstützen.

Das Wissen um die Unerlässlichkeit des Friedens ist unser aller Aufgabe, damit die Zukunft für die Menschheit lebenswerter wird. ♦

24.11.2004

Intellektuellen-Initiative für den Frieden

Es ist der Frieden, der das Leben fruchtbar macht

Rede von Akin Birdal auf der Pressekonferenz, 10. November 2004

Wir, die Unterzeichnenden, rufen zur Beendigung jeglicher Art von Gewalt und bewaffneten Auseinandersetzungen in der Türkei und zur Schaffung eines demokratischen und friedlichen Klimas in der Türkei auf.

Werte VertreterInnen der Presse,

die gemeinsame Sorge über die derzeitige Entwicklung des Konflikts in der Türkei hat uns, die Unterzeichnenden mit verschiedenem Hintergrund, zusammengebracht.

Wir rufen Sie dazu auf, uns dabei zu unterstützen, unsere Gedanken und Gefühle in der Öffentlichkeit zu verbreiten und darüber Initiative und den starken Willen zu zeigen, diesen Prozess zu unterstützen.

Unser einziges Anliegen ist es, die Türkei als ein demokratisches Land sehen zu können, in dem der Frieden herrscht und das Leben für alle lebenswert ist. Die Voraussetzung für ein gleiches, freies und geschwisterliches Leben der Völker der Türkei ist eine wirkliche Demokratie und ein Frieden, der vom Willen des Volkes bestimmt ist. Das kann nur dann erreicht werden, wenn ein Klima des Friedens geschaffen wird, das die gemeinsamen Hoffnungen und Erwartungen der Völker der Türkei erfüllt. Wir sehen es als unsere unausweichliche Verantwortung und Verpflichtung an, eine aktive Rolle dabei zu spielen, auf die Möglichkeiten hinzuweisen, die diese Perspektive zur Realität machen können.

Es ist der Frieden, der das Leben in einer Gesellschaft fruchtbar und erstrebenswert macht. Die Demokratie ist eine etablierte zivile Gesellschaftsordnung, in der die Vorherrschaft des Rechts, basierend auf der vollständigen Anerkennung der Menschenrechte, bestimmend ist. Ein Klima der bewaffneten Auseinandersetzungen verurteilt nicht nur die Bestrebungen für Frieden und Demokratie zu Erfolglosigkeit, es hilft auch autoritären und unterdrückerischen Regimen dabei, im Namen von „Demokratie“ und „Frieden“ an die Macht zu kommen und sich dort festzusetzen.

Werte VertreterInnen der Presse,

ein klares Verständnis der Faktoren und Entwicklungen, die das Bedürfnis nach Frieden und Demokratie dringlicher denn je machen, wird die Umsetzung einer Lösung erleichtern. Ein Problem kann nicht gelöst werden, bis es von allen realisiert und bis der starke







Die Friedensinitiative auf ihrem Weg nach Diyarbakir „Erheben wir für unsere Stimme für den Frieden. Lasst die Waffen schweigen“ Fotos: DIHA

Wille manifestiert worden ist, eine Lösung zu entwickeln, anstatt die Frage denjenigen zu überlassen, die sogar die Existenz des Problems verleugnen.

Somit ist die ungelöste kurdische Frage einer der Hauptgründe für das Scheitern bei der Lösung der anderen Probleme der Türkei. Wir erinnern uns deutlich an den hohen Preis, den der Versuch gekostet hat, die Frage mit Gewalt und Auseinandersetzungen anstatt mit demokratischen und friedlichen Mitteln zu lösen.

Der einseitige Waffenstillstand, der etwa sechs Jahre lang ausgerufen und aufrechterhalten wurde, hat sich als ungeeignet erwiesen, die Frage auf solch eine demokratische und friedliche Weise zu lösen, da weder die herrschenden Kreise noch andere Akteure der Zivilgesellschaft den wahren Wert erkennen konnten, den dieser Prozess bot. Selbst in der Periode des einseitigen Waffenstillstands verloren 500 Menschen ihr Leben.

Werte VertreterInnen der Presse,

die Ereignisse in einem Teil der Türkei werden selbst von jenen nicht wahrgenommen, die regelmäßig 5–6 Zeitungen lesen und die Nachrichten auf verschiedenen Fernsehkanälen verfolgen. Militäroperationen in der Region dauern an und weiten sich täglich aus. Immer mehr Kämpfe brechen aus und jeden Tag sterben Menschen. Die Räumung von Dörfern hat wieder begonnen. Die Verletzung der persönlichen Sicherheit und Freiheit inklusive der systematischen Folter sind eine noch immer übliche Praxis. Wälder werden abgebrannt und die darin lebenden Tiere sterben. Ungeachtet der rechtlichen Veränderungen werden Reisende von Sicherheitskräften angehalten und durchsucht; Treffen werden von der Polizei gefilmt. Wenn sie auf die Tatsache hingewiesen werden, dass diese Praxis nach der

Aus der Liste der UnterstützerInnen der Initiative für den Frieden:

Adamos Adamou (MdEP); Vittorio Emanuele Agnoletto (MdEP); Angelika Beer (MdEP); Jean Behin (Parlamentarier, Belgien); Norbert Blüm (ehemal. Arbeits- u. Sozialminister BRD); Hans Branscheidt (ehemal. Vorsitzender Medico International); André Brie (MdEP); Richard Corbett (MdEP); Delil Dilanar (Musiker); Selim Ferat (Soziologe); Ilda Figueiredo (MdEP, stellvertretende Vorsitzende Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke); Heinz Fischer (Staatspräsident Österreich); Vera Flasarová (MdEP); Hélène Flautre (MdEP, Vorsitzende Unterkommission Menschenrechte); Conny Fredriksson (Sozialistische Internationale Mittelostkomitee Arbeitsgruppe Kurdistan); Geoberto Gil (Kulturminister Brasilien, Musiker); Neena Gill (MdEP); Günter Grass (Schriftsteller, Nobel-/Friedenspreisträger); Bianca Jagger (UN-Kulturbotschafterin); Margot Käßmann (Landesbischöfin der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers); Jaromír Kohlícek (MdEP); Ole Krarup (MdEP); Joost Lagendijk (MdEP, Vorsitzender Delegation EU-Türkei); Diamanto Manolakou (MdEP); Helmuth Markov (MdEP); Jirí Mastálka (MdEP); Edith Mastenbroek (MdEP); Erik Meijer (MdEP); Willy Meyer Pleite (MdEP); Claude Moraes (MdEP); Luisa Morgantini (MdEP); Roberto Musacchio (MdEP); Gianna Nannini (Musikerin, Italien); Athanasios Pafilis (MdEP); Dimitrios Papadimoulis (MdEP); Tobias Pflüger (MdEP); Miguel Portas (MdEP); Denzil Potgieter (Oberstes Gericht Südafrika); Miloslav Ransdorf (MdEP, stellvertretender Vorsitzender Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke); Vladimír Remek (MdEP); Sérgio Ribeiro (MdEP); Gerhard Richter (Künstler, BRD/USA); Jürgen Roth (Schriftsteller, BRD); Jon Rud (internat. Jurist. Berater, Norwegen, Euro-Med-Menschenrechtsnetzwerk, Kurdistan-Arbeitsgruppe); Valerie Mercer Rud (Spanien, Euro-Med-Menschenrechtsnetzwerk, Kurdistan-Arbeitsgruppe); Prof. Dr. Raimund Rütten (Romanist); Esko Seppänen (MdEP); Jonas Sjöstedt (MdEP); Imam Gasson Soloman (Parlamentsabgeordneter Südafrika, ANC); Art Spiegelmann (Cartoonist, New York); Hans-C. Graf Sponeck (ehemal. UN-Sonderbeauftragter im Irak); Daniel Stroz (MdEP); Eva-Britt Svensson (MdEP, stellvertretende Vorsitzende Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke); Prof. Christoph Türcke (Philosoph, Leipzig); Francis Wurtz (MdEP, Vorsitzender Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke); Jean Ziegler (UN-Sonderbotschafter, Genf); Gabriele Zimmer (MdEP) (...)

Wer diese Initiative unterstützen möchte, wende sich bitte an die Kontaktadressen:

neuen Gesetzgebung verboten ist, wird eine offizielle staatsanwaltschaftliche Erlaubnis vorgelegt.

Ein Gebiet von 1 400 Quadratkilometern ist mit etwa einer Million Landminen verseucht. Der Gebrauch von Landminen sollte sofort eingestellt werden. Die Gebiete, in denen Landminen liegen, sollten bekannt gegeben und der Entschluss, diese zu entfernen, sofort umgesetzt werden.

Werte VertreterInnen der Presse,

die Beilegung des kurdischen Konflikts und die Wiederherstellung des Friedens sind Schlüsselelemente für die Erfüllung der Anforderungen des EU-Fortschrittsberichts vom 6. Oktober 2004 und für den Beitrittsprozess, der am 17. Dezember beginnen wird, d. h. an dem Tag, an dem die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen werden. Es wäre folgenschwer und besorgniserregend, wenn die EU und die Türkei diesen Teil nicht anerkennen sollten.

Wir, die Unterzeichnenden, werden nicht die Schritte aufzählen, die zur Lösung der kurdischen Frage unternommen werden sollten. Viele Individuen und Organisationen sprechen seit Jahren darüber, wie dies erreicht werden kann. Der Ausweg aus der kurdischen Frage, die das Leben des Landes in vielerlei Hinsicht paralysiert, ist offensichtlich genug. Wir rufen stattdessen zur unverzüglichen Einstellung der militärischen Operationen und Kämpfe auf, da wir glauben, dass es unmöglich ist, ein Problem in einem Klima von Gewalt und bewaffneter Auseinandersetzung zu lösen. Das Erste, was getan werden sollte, ist, die Bedingungen der bewaffneten Auseinadersetzungen durch Frieden zu ersetzen. Die Waffen sollten schweigen. Hindernisse bei der Wiederherstellung eines normalen gesellschaftlichen Lebens sollten beseitigt werden. Niemand sollte etwas gegen den Frieden haben. Die Türkei befindet sich nicht an einem Totpunkt. Die bewaffnete Auseinandersetzung ist nicht der einzige Ausweg.

Wir, die Unterzeichnenden, rufen die europäischen Länder auf, die Waffenverkäufe an die Türkei zu beenden. Wir rufen dazu auf, die Militäroperationen einzustellen und die bewaffneten Auseinandersetzungen zu beenden. Wir werden uns mit allen in Verbindung setzen, die dazu beitragen können. Damit jene in den Bergen, in den Gefängnissen und im Ausland in ein demokratisches ziviles Leben zurückkehren können, werden wir jede notwendige Anstrengung und jeden Schritt unternehmen, um Lösungen für die kurdische Frage zu entwickeln, die Frieden und Geschwisterlichkeit zwischen den Völkern bringen. Wir laden alle ein, die für die Demokratisierung der Türkei und für Frieden und Geschwisterlichkeit einstehen, sich zu beteiligen. ♦

Im Namen der Intellektuellen-Initiative für den Frieden:

Akin Birdal
Vizepräsident der FIDH (Europäische Föderation zum Schutz der Menschenrechte)
Ali Öncü
Sprecher der Demokratieplattform Diyarbakir
Ayhan Bilgen
Präsident von Mazlum-Der
Bilge Contepe
Ehemalige Vorsitzende der ehemaligen Grünen-Partei
Candan Yildiz
Journalist
Celal Baslangiç
Journalist
Ercan Karakas
ehemaliger Abgeordneter, ehemaliger Kulturminister, Vorsitzender von SODEV (Sozialdemokratie-Stiftung)
Fazilet Çulha
Autor
Feleknas Uca
MdEP
Güler Kazmaci
Journalist
Gülten Kaya
Filmproduzent
Hüsnü Öndü
Rechtsanwalt, ehemaliger Präsident des türkischen Menschenrechtsvereins IHD
Inci Hekimoglu
Journalist
Kazim Genç
Pir-Sultan-Abdal-Kulturvereinigung, Vorsitzender
Mahmut Seren
Präsident der Gewerkschaft Genel-Is
Mehmet Bekaroglu
Physiker, ehemaliger Abgeordneter
Mehmet Kivrak
Ökonom
Mihri Belli
Politiker, Autor
Nevin Cangür
Drehbuchautor
Nimet Tanrikulu
Präsident des Vereins der Tunceli's in Istanbul
Oktay Konyar
Sprecher der Bürgerinitiative Bergama
Selahattin Demirtas
Sprecher der Demokratieplattform Diyarbakir
Sevim Belli
Physiker, Autor
Tarik Ziya Ekinci
ehemaliger Abgeordneter für die Türkische Arbeiterpartei
Vedat Türkali
Autor
Yusuf Alatas
Präsident des türkischen Menschenrechtsvereins IHD

Kontakt:
Feleknas Uca:
Tel: 0049 172 44 93 345
E-mail: feleknasuca@web.de
Celal Baslangiç:
Tel: 0532 216 71 72
E-mail: cbaslangic@radikal.com.tr
Akin Birdal:
Tel: 0532 241 01 29
E-mail: akincemdal@yahoo.com

Diese Initiative wird gemeinsam durchgeführt von der „Initiative der Intellektuellen für Frieden“ und der „Demokratieplattform Diyarbakir“

Bürgerforum zur Beobachtung des EU-Türkei-Verfahrens eröffnet

Kurdistan schreitet voran nach Europa

Internationale Konferenz „Die EU, die Türkei und die Kurden", 22.-23. November 2004, Europäisches Parlament – Brüssel

EINFÜHRUNG ZUR ABSCHLUSSERKLÄRUNG

Die internationale Konferenz über die EU, die Türkei und die Kurden hat führende Menschenrechtsinstitutionen, politische Parteien, Akademiker, Schriftsteller und Rechtsexperten sowie prominente türkische und kurdische Intellektuelle aus Europa, den USA, Afrika und dem Mittleren Osten zusammengebracht.

Die Konferenz wurde abgehalten um Ideen auszutauschen und eine konstruktive Antwort auf die bevorstehende Entscheidung des EU-Gipfels am 17. Dezember 2004 über Verhandlungen mit der Türkei zu formulieren. Diese Verhandlungen werden sowohl für die Kurden als auch für die Türken von historischer Bedeutung sein, indem sie die erste Gelegenheit darstellen, die kurdische Frage in einem breiteren, globalen Kontext zu betrachten, seit die Türkei Mitglied des Europarates wurde.

Die Europäische Kommission veröffentlichte ihren Bericht am 6. Oktober 2004. Dieser Bericht beabsichtigte, die politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen, sprachlichen und juristischen Reformen zu umreißen, welche die türkische Regierung vollzogen hatte. Die Kommission hat nun ihre Einschätzung veröffentlicht, inwieweit die Türkei diese Reformen ausreichend umgesetzt hat, um sich den Beitrittsstatus zu sichern.

Es war dieser Report, der den Anlass gab die Konferenz auszurichten, weil Mitglieder europäischer, türkischer und kurdischer Gemeinden der Ansicht waren, dass er es versäumt hatte, die Situation der Kurden, einschließlich des Wiederauflebens der Konflikte in den kurdischen Gebieten im Südosten, zu benennen.

Die Beitrittsverhandlungen werden einen beispiellosen politischen Raum eröffnen, um Druck für eine weit reichende Justizreform aufzubauen und das Elend der Kurden in der Türkei ans Tageslicht zu bringen.

Die Konferenz anerkennt und unterstützt die Reformen, soweit sie von der türkischen Regierung eingehalten werden. Der fortgesetzte Dialog für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage ist fundamentaler Bestandteil der Kopenhagen-Kriterien. Die Konferenz erkennt, dass der Beitritt ein positiver Schritt zur Umsetzung von Demokratie, Menschenrechten und einer dauerhaften friedlichen Lösung für die Türkei ist.

Die Türkei und der Beitritt

Die Türkei bewarb sich 1957 um eine assoziierte Mitgliedschaft in der EWG und unterzeichnete 1963 ein Assoziationsabkommen, welches ihr die Möglichkeit zur Vollmitgliedschaft eröffnete. Ein Antrag auf Vollmitgliedschaft wurde 1987 abgelehnt, als der Konflikt in den kurdischen Gebieten zum Flächenbrand wurde. Seitdem hat die Entspannung der Lage in den späten 1990er Jahren als Resultat eines einseitigen Waffenstillstandes (in Kombination mit der Entscheidung des Europäischen Rates von 1993, den „assoziierten Ländern"/"Schwellenländern" eine Chance zur Mitgliedschaft einzuräumen) 1999 geholfen, die Kandidatur der Türkei voranzubringen.

Nach einigen Jahren der Berichte und der Mediation bezüglich der Beitrittspartnerschaft der Türkei beschlossen führende europäische Persönlichkeiten, dass die Türkei den von ihnen geforderten Standards gerecht geworden sei und die Beitrittsverhandlungen beginnen könnten. Der bevorstehende Beitritt der Türkei ist einigen als potentieller „Brückenbau" zwischen Europa und der muslimischen Welt sehr willkommen. Dennoch ist eines der wesentlichsten Hindernisse für einen Beitritt die Menschenrechtssituation in der Türkei.

Die Kurden und der Beitritt

Die Zahl der Kurden in der Türkei beträgt zwischen 15 und 20 Millionen – bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 63 Millionen. Sie repräsentieren über drei Prozent der Einwohner der Europäischen Union, eine beachtliche Bevölkerungsgruppe. Die Kurden sind in der Mehrzahl Unterstützer einer EU-Mitgliedschaft der Türkei.

Für sie bedeutet ein Beitritt die Möglichkeit, Jahrzehnte der Unterdrückung und Misshandlung zu beenden, und bietet ihnen eine nie da gewesene Chance sicherzustellen, dass ihre Identität anerkannt und respektiert wird. Er sollte auch den Weg für einen erweiterten Dialog über die Beendigung des bewaffneten Konflikts bereiten. Dennoch verbleiben Bedenken, dass der politische Wille, die Türkei in die Europäische Union zu holen, eine Bewertung konterkariert, inwieweit die Türkei den Kopenhagener Kriterien gerecht wird oder nicht.

Es verbleiben weit verbreitete Bedenken, dass der Beitrittsprozess auf

Kosten der Menschenrechte und des Erreichens einer dauerhaften Lösung der kurdischen Frage beschleunigt werden könnte.

Die Assyrer, andere Minderheiten und der Beitritt

Die Frage der Menschen- und Minderheitenrechte würde die Assyrer und andere Minderheiten in der Türkei in ähnlicher Weise betreffen. Diese Konferenz betrachtet die Not dieser Minderheiten als ihre Angelegenheit und verdeutlicht, dass die endgültige Lösung gleichermaßen für die anderen Minderheiten innerhalb der Türkei anwendbar sein muss.

Die EU und der Beitritt

Am 17. Dezember werden die EU-Repräsentanten entscheiden, ob formelle Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eröffnet werden und, wenn ja, unter welchen Bedingungen diese vonstatten gehen sollen.

Entscheidungen über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen basieren formell auf der Erfüllung der Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft, die nach dem Treffen des Europäischen Rates in Kopenhagen 1993 benannt wurden. Neben anderen Voraussetzungen setzen die Kopenhagener Kriterien die Verbundenheit mit demokratischen Werten, mit Rechtsstaatlichkeit, mit Menschenrechten und den Respekt gegenüber und den Schutz von Minderheiten voraus.

Die Kommission hat jährlich Berichte vorgelegt, die den Fortschritt der Türkei bei der Erfüllung dieser Kriterien dokumentieren. Am 6. Oktober hat die Kommission abschließend die Eröffnung von Beitrittsgesprächen empfohlen und es war ein Ergebnis dieser Entwicklungen, dass diese Konferenz einberufen wurde, um von den führenden Köpfen der europäischen, türkischen und kurdischen Zivilgesellschaft Antworten auf die Empfehlungen der Europäischen Kommission zu bekommen.

Nachdem die Delegierten angehört und ihre Einwände einbezogen wurden, hat diese Konferenz einstimmig beschlossen, die folgenden Erklärungen anzunehmen, die den Aufnahmeprozess betreffen, und Handlungsaufrufe an die gastgebenden Organisatoren zu verabschieden.

Abschlusserklärung

Die Konferenz gibt die folgende Erklärung ab:

1. Die Konferenz ist der Überzeugung, dass die kurz bevorstehende Entscheidung des Europäischen Rates im Dezember 2004 eine der wahrscheinlich wichtigsten Entscheidungen der Europäischen Union sein wird. Die Entscheidung, die offiziellen Beitragsverhandlungen mit der Türkei zu beginnen, wird das Leben der Türken, Kurden und Europäer für immer grundlegend ändern. In Kürze: Der Beitrittsprozess wird den zukünftigen Charakter der Europäischen Union und der Türkei im 21. Jahrhundert bestimmen und den Status und die Rechte der Kurden in der Türkei.

2. Die Konferenz erkennt die jüngsten Reformpakete der türkischen Regierung an, aber drängt die Regierung, diese Reformen vollständig umzusetzen und den Prozess der grundlegenden Reformen auch nach Beginn der Beitrittsgespräche fortzuführen.

3. Die Konferenz erklärt weiterhin ihre bedingte Unterstützung für die Empfehlung der Kommission vom 6. Oktober 2004 an den Europäischen Rat zum Kurs der nächsten Jahre.

4. Insbesondere unterstützt die Konferenz mit Einschränkungen den Drei-Pfeiler-Grundsatz der Europäischen Kommission bezüglich weiterer Gespräche, vorausgesetzt, dass dieser Grundsatz die Entwicklung konkreter Vorschläge bezüglich der internen Anerkennung und des Respekts für die Rechte der Kurdinnen und Kurden, wie vom internationalen und nationalen Recht vorgesehen, beinhaltet.
Dieses muss eine grundlegende Reform der Verfassung in der Türkei beinhalten, und die Existenz und die Rechte der Kurden müssen in jeder neuen türkischen Verfassung beinhaltet sein.

5. Die Konferenz erklärt, dass die Lösung des kurdischen Konfliktes für die Errichtung einer stabilen, demokratischen und friedlichen Türkei, die für die Europäische Union beitrittsfähig ist, zentral ist.
Wahre demokratische Reformen werden nur geschehen, wenn die Türkei weitere politische Reformen im Bereich der staatlichen Institutionen durchführt und die Verbundenheit mit dem ethnischen Nationalismus beendet, welcher die Wurzel des Konfliktes und der fortwährenden Instabilität der Türkei ist.

6. Diese Konferenz erklärt deshalb, dass das kurdische Volk und seine Vertreter eine grundlegende Rolle im Beitrittsprozess spielen müssen und eine vollwertig teilnehmende Rolle in der EU und in der Türkei bei der Diskussion um die Zukunft der Türkei spielen müssen, wenn es um die demokratische Entwicklung und um die Verfassung geht.

7. Deshalb ruft die Konferenz die türkische Regierung auf, alle internationalen Regeln bezüglich der Menschen- und Minderheitenrechte, die von der Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert werden, zu befolgen und besonders die Rechte, die die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit betreffen, zu beachten, damit eine solche demokratische Debatte stattfinden kann.
In dieser Hinsicht ruft die Konferenz weiterhin die Türkei auf, die Existenz der Kurden in der Verfassung anzuerkennen und die Europäische Konvention zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarates zu ratifizieren. Die Konferenz ist der Überzeugung, dass die Europäische Kommission beide Maßnahmen als Bedingungen für den EU-Beitritt der Türkei festlegen sollte.

8. Die Konferenz ruft weiterhin die Europäische Kommission auf, aktiv die eigenen organisatorischen Möglichkeiten zu nutzen, um eine demokratische Plattform zur Verfügung zu stellen, auf der die verfassungsgebenden Elemente

der Türkei, eingeschlossen das kurdische Volk, unbehindert in einen Dialog eintreten können und mit der Regierung über mögliche Reformen der Verfassung und ein Ende der ethnischen Feindseligkeiten diskutieren können.
In dieser Hinsicht fordert die Konferenz die Europäische Kommission auf, öffentlich die eigene Position zur Frage politischer Reformen und der Lösung der kurdischen Frage im Lichte der Stellungnahme von 1998 darzustellen, in der es heißt: „Eine zivile und nicht militärische Lösung muss für die Situation in der Süd-Ost-Türkei gefunden werden, besonders, da viele Verletzungen ziviler und politischer Rechte, die in diesem Land beobachtet werden, auf die eine oder andere Weise mit dieser Frage verbunden sind."

9. Die Konferenz ruft alle politischen Parteien und Individuen, die die Kurden in der Region repräsentieren, auf, eine Erklärung in Bezug auf ihre Position bezüglich des EU-Beitritts und der Initiativen, die von dieser Konferenz vorgeschlagen werden, abzugeben.
Besonders ruft die Konferenz alle militärisch am kurdischen Konflikt beteiligten Parteien auf, ob sie nun in der Türkei sind oder im Nordirak, die militärischen Feindseligkeiten zu beenden und sich zu friedlichen Formen der Konfliktlösung zu bekennen, um der EU, der Türkei und den Kurden zu helfen, eine demokratische Plattform zu entwerfen und zu etablieren, um einen Dialog zwischen allen teilnehmenden Parteien und den Menschen der Türkei und, wenn betroffen, des Nord-Irak (Südkurdistans) zu beginnen.

10. Die Konferenz ruft weiterhin die Führenden der EU auf, ihre Möglichkeiten intensiv zu nutzen, die Feindseligkeiten zwischen den Parteien zu beenden und auf einer internationalen Konferenz die legitimen politischen und demokratischen Vertreter der Kurden mit der türkischen Regierung zusammenzubringen um die kurdische Frage zu lösen, vorausgesetzt, dass keine der Parteien an irgendwelchen militärischen Feindseligkeiten beteiligt ist und dass sie sich zu einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage bekannt haben.
Zu diesem Zweck drängt die Konferenz die EU und die Türkei, ernsthaft über eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen im Rahmen eines Prozesses der Wahrheitsfindung und Aussöhnung nachzudenken.

Die Konferenz fordert Folgendes:

11. Die Organisatoren dieser Konferenz sollen die weitest mögliche Verbreitung dieser Resolution sicherstellen und dass spezifische Vorschläge der Türkei, der Europäischen Union und anderen relevanten Institutionen unterbreitet werden.

12. Es soll eine ständige Bürgerkommission zum Beitrittsprozess der Türkei in die EU eingerichtet werden. Diese Kommission soll aus führenden europäischen, türkischen und kurdischen gewählten Politikern, NGOs, Akademikern und Menschenrechts- und Umweltaktivisten bestehen.
Zweck dieser Kommission ist es, das Verhalten der Europäischen Kommission bei der Sicherstellung der Einhaltung der Beitrittskriterien, wie im Beitrittsabkommen festgelegt, durch die Türkei zu begleiten und regelmäßig zu überprüfen.

13. Weiterhin soll, wenn es so von der Bürgerkommission empfohlen wird, eine Anzahl relevanter ständiger Komitees unter der Aufsicht der Kommission entstehen, die sich mit der Vielzahl der Themen befassen, die sich aus dem Beitrittsprozess ergeben. Man sollte in Betracht ziehen, die folgenden speziellen Komitees zu gründen:
(a) Ein kurdisches Komitee mit einem Mandat zur Befassung mit der kurdischen Frage, das eine demokratische Plattform für den Dialog zwischen den verfassungsgebenden Organen und den Völkern der Türkei anbietet.
(b) Ein Komitee des Europarates, das die Erfüllung der Urteile des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes durch die Türkei überwacht und verfolgt, ob die Türkei wichtige und noch ausstehende Konventionen des Europarates ratifiziert hat.
(c) Ein Verfassungskomitee, das konkrete gesetzgebende und verfassungsformende Maßnahmen ausarbeiten soll, die überholte politische Verbote und Praktiken in der Türkei, die die demokratischen Reformen behindern, abbauen sollen. Diese Maßnahmen würden der Europäischen Kommission zur Zustimmung vorgelegt.
(d) Ein legal gewähltes Komitee, dass alle existierenden internationalen Instrumente der Menschenrechte und alle erreichbaren Gegenmittel anwenden soll, um mögliche Nichtbefolgung des Beitrittsvertrages oder anderer wichtiger internationaler Gesetze oder Regeln entweder durch die Türkei oder durch die Europäische Union juristisch zu verfolgen.

14. Ein Leitungsgremium soll eingerichtet werden, das für die Mitglieder der Bürgerkommission und ihrer ständigen Komitees verantwortlich sein soll.

15. Es soll eine Reihe von jährlichen Konferenzen geben, die sowohl im Europäischen Parlament stattfinden als auch in den relevanten Regionen, um die jährlichen Berichte der Bürgerkommission zur Beobachtung des Beitrittsprozesses der Türkei zur EU öffentlich zu machen.

Diese internationale Konferenz endet mit einem Appell an alle Delegierten und die Vertreter der europäischen, türkischen und kurdischen Zivilgesellschaft, die Erklärungen und Aktionsvorschläge dieser Konferenz sowie die anderer Initiativen, die kürzlich in der Türkei veröffentlicht wurden, zu verbreiten und Individuen oder Organisationen zu benennen, die eine herausragende Rolle in der Bürgerkommission zum EU-Beitritt der Türkei spielen können. ♦

Mark Muller, Kerim Yildiz, Kariane Westrheim, Hans Branscheidt

Auf dem Weg nach Europa und in eine demokratische Türkei

Kurdische Perspektiven

Hans Branscheidt zur internationalen Konferenz "The EU, Turkey and the Kurds"

Basierend auf der Bejahung der konstitutiven Kopenhagener Kriterien präsentierte sich die internationale Brüsseler Konferenz im Zeichen eines verstärkten und durch die Konferenz bestätigten neuen kurdischen Selbstbewußtseins.

Nicht als statistisch fixiertes Objekt im Sinne eines bloßen Minderheitenstatus argumentierten anwesende kurdische Repräsentanten, sondern ausgehend von der Realität eines 20 Millionen umfassenden Publikums, das als Gründungs- und Gestaltungssubjekt sowohl einer veränderten Türkei als auch des erweiterten Europas relevant ist.

Internationale Expertise, qualifizierte Ressourcepersonen, Staatsrechtler und vor allem Mitglieder der diversen EU-Institutionen selber standen zwei Tage lang zur Verfügung, um nach ausführlicher, offener und letztlich übereinstimmender Diskussion eine „Final Resolution" zu verabschieden. Diese steht nun der Europäischen Kommission, der türkisch-europäischen Parlamentarier-Gruppe sowie nationalen Regierungen zur Verfügung, um das weitere procedere aktiv und partizipatorisch gestalten zu helfen, das nach dem 17. Dezember 2004 seinen Anfang nehmen wird. Anders gesagt: Die internationale Konferenz verlieh dem kurdischen Begehren Ausdruck und Mandat, unmittelbar selber am weiteren monitoring beteiligt zu sein: nicht am Rande oder auf Distanz, sondern als verbindlich beteiligter Partner in einem fest institutionalisierten Rahmen.

Die entsprechende Offerte wurde von allen Teilnehmern der Konferenz in einem weitestgehend übereinstimmenden Tenor formuliert:

„Wir entwickeln und präsentieren praktikable politische Wege und technische Möglichkeiten, damit in dieser historischen Stunde der bevorstehenden Erweiterung Europas durch das potentielle Mitgliedsland Türkei die kurdische Frage zum integrierten und relevanten Teil der anstehenden Verhandlungen wird. Es muß nun auch eine Form definiert werden, über die sich die kurdische Gesellschaft am Verhandlungsgeschehen beteiligt. Verfahrensvorschläge werden entwickelt und geeignete Personen benannt, die ab sofort den monitoring-Prozeß – der nun bis ca. 2014 die Verhandlungen Türkei/EU bestimmt – im Sinne einer institutionellen Formalisierung begleiten. Kurdistan begreift sich in diesem Kontext als Gestaltungspartner, der eine qualifizierte Gleichberechtigung reklamiert, nämlich eine angemessene Berücksichtigung der Bedeutung der eigenen Millionenpopulation im erweiterten Europa."

Solche Bekundungen, die mit großer Zustimmung im Mittelpunkt der Konferenz standen, bedeuten historisch den Auftakt der prozessualen Anerkennung der kurdischen Seite am Gesamtgeschehen der Anbindung der Türkei an die Europäische Union. Unter Betonung der Bedeutung und Notwendigkeit der Beachtung und Lösung der „Kurdischen Frage".

Unrealistisch ist das nicht! – Schon von ihrer professionellen inhaltlichen Anlage und vor allem der Prominenz der Beteiligten her wurde die Brüsseler Konferenz ihrem geschichtlichen Anspruch gerecht. Bishop (emeritus) Desmond Tutu hatte die Schirmherrschaft übernommen. Hochrangige Vertreter des südafrikanischen Parlaments (Imam Gassan Solomon) und des Obersten Gerichts der RSA (Denzil Potgieter) boten die wesentliche Expertise ihres Landes als Hilfestellung an, die sich auch aus den Erfahrungen der „Truth Commission" am Kap herleitet. Als sensationell kann bezeichnet werden, daß vom ersten bis zum letzten Konferenz-Tag an die Vertreterin der für den Anbindungsprozeß federführenden EU enlargement commission, Frau Clara Albrecht, die Dinge aufmerksam verfolgte und mit Rat und Tat zur Verfügung stand. Sprach man mit ihr, dann hörte man, dass die EU-Kommission auf kurdische Vorschläge wartet und auch bereit ist, die vorgeschlagenen Namen von Persönlichkeiten für das kurdische monitoring interessiert zu prüfen. Betrifft dies die Seite der EU-Kommission, so war nicht minder bedeutsam das hilfreich-aktive Engagement von Joost Lagendijk (MdEP), verantwortlicher Rapporteur der gemeinsamen euro-türkischen Parlamentarier-gruppe. Kommission wie Parlament waren somit gemeinsam vertreten und forderten die kurdische Seite auf, qualifizierte Partizipationskonzepte zu präsentieren.

Das geschah dann auch, in interessanter, reichhaltiger und vielversprechender Form, adäquat dargelegt durch die Erwägungen und Beiträge von Persönlichkeiten wie Hélène Flautre (Vorsitzende des Sub-Committee of Human Rights im EU-Parlament), durch Jon Ruud (Präsident des Euro-Mediterrean Human Rights Networks), von Conni Fredriksson (Sozialistische Internationale), Peter Galbraith (US-Diplomat), Angelika Beer (MdEP, Deutschland) und Feleknas Uca (MdEP, Deutschland) wie auch durch Kerim Yildiz und Barri-

ster Mark Muller (KHRP, London) und nicht zuletzt auch durch kurdische Repräsentanten wie Hatip Dicle, Akin Birdal und Ali Yigit.

Es bedeutet eine gute, eine glückliche Stunde für die kurdische Emanzipationsbewegung, dass diese Persönlichkeiten und weitere zu kooptierende Ressourcepersonen nun auch namentlich gegenüber den EU-Institutionen benannt werden können als jene, die zukünftig unter dem Namen „Civic Forum“ für das Verhandlungsgeschehen dauerhaft zur Verfügung stehen.

Welche beachtlichen Veränderungen auch klimatischer Natur hier zu verzeichnen waren, ergab sich sinnlich-konkret für den Beobachter allein aus der Erinnerung daran, dass die erste Internationale Konferenz zu Kurdistan im Jahre 1993, ebenfalls in Brüssel, noch im Zeichen von Mißdeutung und auch regelrechter Repression gestanden hatte. Die Internationale Konferenz 2004 fand nicht mehr in einem belgischen Hotel statt, sondern in den Räumen des Europäischen Parlaments selber. Über das hauseigene Kommunikationssystem wurden alle Konferenzbeiträge in Permanenz an sämtliche Abgeordneten übertragen, denen unmittelbar auch die Konferenz-Papiere und Resolutionen in Textform zugeleitet wurden.

Kurdistan wird nun gehört werden, wird anerkannter Teil und Partner des weiteren Geschehens sein können. Es darf ohne Übertreibung behauptet werden, daß damit ein neues Kapitel in der Geschichte der Kurden und ihres Verlangens auf Freiheit aufgeschlagen wurden.

Das aber erfordert nun auch qualifizierte kurdische und internationale Präsenz und Artikulation. Die vorgestellte „Final Resolution“, auf deren Basis das gleichzeitig ausgewählte „Civic Forum“ tätig werden wird, formuliert daher die Ansprüche und Erwartungen eines selbstbewussten Kurdistans gegenüber der Türkei und Europa.

(…)

Es kommt nun allerdings darauf an, die günstige geschichtliche Passage, die sich aus den aktuellen Beitrittsverhandlungen ergibt, als den Weg zu begreifen und zu beschreiten, der zur endlichen Anerkennung einer kurdischen Realität in der Geschichte führt. ♦

Hans Branscheidt
Civic Forum

Die Beschlüsse und Resolutionen der Brüsseler Konferenz können ungekürzt über den KNK Berlin bezogen werden.



Die Brüsseler Konferenz Fotos: Özgür Politika

Ansichten kurdischer Frauen zum Beitritt der Türkei zur Europäischen Union

Wir stehen zu dem Beitritt einer Türkei, welche ...

Dossier November 2004

Zum 17. Dezember 2004 wird die Entscheidung zur Aufnahme der Verhandlungen mit der Türkei seitens der Europäischen Union erwartet.

So wie insgesamt als kurdisches Volk und im Besonderen als kurdische Frauen, welche durch die Lasten des 15-jährigen Krieges besonders betroffen sind, unterstützen wir den Beitritt der Türkei in die EU.

Wir stehen zu dem Beitritt einer Türkei, welche die nationale Identität des kurdischen Volkes anerkennt, den immer noch andauernden Krieg beendet und eine friedliche Atmosphäre sicherstellt.

Wie bekannt sein dürfte, ist auf der kurdischen Seite seit sechs Jahren eine Linie zu beobachten, welche in der Lage ist, die kurdische Frage mit demokratischen und friedlichen Mitteln zu lösen.

Selbstverständlich unterstützt das kurdische Volk und auch die kurdische Frau diese friedliche Lösung.

Man kann sagen, dass die KurdInnen insgesamt dem Wunsch nach Frieden nahe stehen.

Die Aufrichtigkeit und Ernsthaftigkeit der Türkei an diesem Punkt muss allerdings hinterfragt werden.

Auch wenn die Türkei in der letzten Zeit wichtige gesetzliche Veränderungen bezüglich der Demokratisierung verabschiedet hat, so dauern doch in der Praxis die alte Repression und das System der Verleugnung der Völker der Türkei an. Die verfassungsmäßigen Rechte des kurdischen Volkes sind noch nicht anerkannt und in der Praxis existieren die Verbote und die Repression in Bezug auf Sprache, Identität und Kultur weiter.

Weshalb weisen wir darauf hin?

Weil, obwohl die kurdische Frage eine politische und kulturelle Frage ist, die Türkei die kurdische Frage bis heute als eine militärische und eine Frage der Sicherheit betrachtet.

Weshalb wird dieses Problem auf diese Weise angegangen?

Weil die aufgrund der Struktur des türkischen Staates existierende Mentalität eine vereinheitlichende Struktur besitzt. Eine Mentalität der einen Sprache, einer Nation, einer Religion, einer Fahne und dies, obwohl es keine Versuche zur Spaltung der Türkei seitens der KurdInnen gibt.

Für uns drückt sich darin das patriarchale Verständnis von Herrschaft selber aus.

Eine solche vereinheitlichende Grundstruktur wird natürlich niemals Verschiedenheiten mit einschließen wollen. Dies ist der Grund für die bis heute nicht umgesetzten offiziell verabschiedeten Gesetzesänderungen und auch die Quelle der immer noch andauernden Lösungslosigkeit in der Türkei.

So gibt es z. B. in der Türkei eine massive Repression gegen legale kurdische Institutionen, die friedliche politische Arbeit der KurdInnen wird behindert. Der Prozess gegen 120 kurdische und türkische Frauen, welche im letzten Jahr in der Stadt Bingöl einen „Friedenstisch" für Frieden und Dialog aufgebaut haben, dauert noch immer an.

Noch immer sind Tausende kurdischer PolitikerInnen im Gefängnis und physischer sowie psychischer Folter ausgesetzt. Herr Abdullah Öcalan befindet sich weiterhin unter Isolationsbedingungen als einziger Gefangener auf einer Gefängnisinsel.

Kurdische weibliche Gefangene werden in der Polizeihaft und in den Gefängnissen weiterhin Opfer von sexueller Folter und Vergewaltigung. Kurdische Frauen sind seitens staatlicher Sicherheitskräfte jeder Art von körperlicher und seelischer Gewalt ausgesetzt.

In den kurdischen Gebieten wird staatlicherseits eine Sterilisationspolitik gegen kurdische Frauen betrieben, die zur Unfruchtbarkeit Tausender Frauen führte. Auch die über 4 000 zwangsgeräumten Dörfer in den kurdischen Gebieten wurden nicht wieder aufgebaut.

Nicht einmal die Erlaubnis zur Rückkehr in die Dörfer wird den KurdInnen erteilt. Und das allerwichtigste, der kurdischen Identität, Muttersprache und Kultur wurden keine verfassungsrechtlichen Sicherheiten gewährt. Es ist offensichtlich, dass die Quelle der politischen, ökonomischen und sozialen Probleme in der Türkei der Verleugnungslogik geschuldet ist.

Die Türkei ist als laizistische Republik bekannt, aber die zurzeit regierende Partei ist die einen moderaten Islam vertretende AKP. Ist es nicht widersprüchlich, dass eine Regierung, die sich selber als laizistische, demokratische und rechtsstaatliche Regierung bezeichnet, in die Ausweise aller islamischen und nichtislamischen StaatsbürgerInnen „Angehöriger der islamischen Religion" schreibt?

Wendet ein Rechtsstaat immer noch Jungfräulichkeitskontrollen gegen junge Frauen an?

Formell ist die türkische Regierung eine rechtsstaatliche, also demokratische

Regierung, aber in der Praxis vertritt sie Religiosität und Unitarismus. Und diese Mentalität ist die Grundlage der Probleme.

Eine Türkei, welche eine solche, die Probleme nicht lösende Verleugnungspolitik betreibt, trägt mit ihrem Beitritt all diese Probleme in die EU hinein.

Wir als kurdische Frauen sind für den Beitritt der Türkei in die EU, aber wir möchten nicht versäumen, die Wichtigkeit der Rolle der EU für die Lösung dieser Probleme, allen voran der kurdischen Frage, zu betonen.

Wir als kurdische Frauen werden unseren Kampf für die Demokratisierung der Türkei fortführen. Die Türkei muss jedoch zur Erreichung der Kriterien der EU ihre doppelgesichtige Maske ablegen und sich der gewünschten demokratischen Ordnung aufrichtig annähern.

Diese Aufrichtigkeit zeigt sich in der verfassungsmäßigen Sicherung der kurdischen Identität, Sprache und Kultur.

Ebenso muss eine Atmosphäre des Friedens geschaffen werden, die über die Beendigung des Krieges in der Türkei und die Entlassung der politischen Gefangenen verläuft.

Frühestens danach ist die Türkei wahrhaft respektvoll gegenüber Demokratie, Freiheiten, Laizismus, Menschen- und Frauenrechten und ein Land, welches zum Eintritt in die EU bereit ist.

Lösungsvorschläge betreffend des EU-Beitritts der Türkei:

Damit die Türkei die Stellung eines demokratischen Staates erlangt, die BürgerInnen ein bequemeres Leben erlangen, in Frieden und Geschwisterlichkeit zusammenleben und sich in dieser Lage auf den Beitritt in die Europäische Union vorbereiten können, sollten folgende Punkte ernst genommen werden:

♦ Eine dauerhafte Lösung hinsichtlich der kurdischen Frage und die Anerkennung der kurdischen Identität.

♦ Wenn man es aus dem Blickwinkel des Sprichwortes „Die Frau ist das Spiegelbild der Gesellschaft” betrachtet, muss sich die Anschauung des türkischen Staates in Bezug auf die Frau grundsätzlich ändern.

♦ Die Ansicht, sie wäre nur das zweitrangige Geschlecht, die Tabus und Verbote gegenüber Frauen, ihre Ausbeutung und Ausgrenzung und die religiöse und sexistische Gewalt gegen sie müssen aufhören.

♦ Durch gesellschaftliche Erziehung muss die Haltung der Menschen zu Freiheit und Gleichberechtigung wiederhergestellt werden.

♦ Wir denken, dass ein Staat, der sich hinreichend für die Rechte der Frauen einsetzt, sich auch für die Lösung der kurdischen Frage einsetzen wird, denn die Nichtanerkennung der Frauenrechte bedeutet die Nichtanerkennung der Rechte der Kurdinnen und Kurden.

Diesbezüglich unsere allgemeinen Forderungen:

1. Die Europäische Union sollte mit ihrer neutralen Stellung in Bezug auf einen beidseitigen Waffenstillstand hinsichtlich der kurdischen Frage als Richter eine Lösung finden.

Frauen schicken tausende Anträge an das Europaparlament

In Colemerg (Hakkari) kamen tausende Frauen für die Kampagne „Die kurdischen Frauen wollen, dass ihre Identität in der Europäischen Union anerkannt wird“ vor dem DEHAP-Gebäude zusammen. Die Frauen gaben eine Erklärung ab und gingen im Anschluss zum Hauptpostamt um Anträge an das Europaparlament und die Türkeikommission zu verschicken. In Sirnax kamen Frauen ebenfalls am DEHAP-Gebäude zusammen, und riefen mit dem gleichen Ziel Parolen für Öcalan, klatschten und trillerten auf dem Weg zum Postamt. Im Anschluss schickten die Frauen 6500 Anträge aus Sirnax, Silopi und Cizre an die zuständigen Einrichtungen.

In Riha (Urfa) kamen Frauen unter dem Motto „Wir wollen keinen Frieden ohne Öcalan, die Frau, das Leben, die Freiheit“ zusammen und schickten 5000 Anträge an die Türkeikommission des Europaparlamentes.

Frauen aus Colemerg brechen nach Ankara auf

Die DEHAP-Frauen auf dem Weg nach Ankara wurden Dienstagnacht in Dîlok verabschiedet. Am nächsten Tag wurden sie in Adana mit einem Transparent mit der Aufschrift „Ich bin eine kurdische Frau, ich will mit meiner eigenen Identität Mitglied der Europäischen Union werden“ begrüßt. Bei der Begrüßungsfeier waren auch VertreterInnen zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen anwesend. Im Anschluss brachen die Frauen nach Ankara auf. Die Delegation erreichte am Abend Ankara und übergab ihre Forderungen in Form eines Dossiers an die Vertreter des türkischen Parlaments und die Mitglieder des Europaparlaments.

Quelle: Roj-TV, 08.12.2004

2. Die kurdische Identität, Kultur und Sprache müssen anerkannt und in die Verfassung einbezogen werden.

3. Anstatt des Reuegesetzes, welches die Ehre des Menschen verletzt, sollte sowohl für Herrn Abdullah Öcalan als auch für alle politischen Gefangenen eine Generalamnestie ausgerufen werden.

4. Die Behinderungen und Verbote kurdischer Organisationen müssen aufgehoben werden. Die Möglichkeit, freie Politik zu machen, muss gegeben werden.

5. Die militärischen Operationen in den kurdischen Gebieten müssen aufhören.

6. Die militärische Struktur in den kurdischen Gebieten muss geändert werden.

7. Die Aufhebung des Dorfschützersystems muss erfolgen.

8. Die seitens des türkischen Staates verbrannten Dörfer müssen erneut aufgebaut werden; den zwangsvertriebenen DörflerInnen muss Schadensersatz geleistet werden, um eine Rückkehr in ihre Dörfer zu ermöglichen.

9. Es muss gewährleistet werden, dass das kurdische Volk und die Minderheiten in der Türkei ebenso wie das türkische Volk Gebrauch von ihren Rechten machen können.

10. Die Bezeichnung „dem Islam angehörig" in den Personalien der türkischen StaatsbürgerInnen muss entfernt werden. In dieser Hinsicht ist der Laizismus zu praktizieren.

Unsere Forderungen zur gesetzlichen Sicherung von Frauenrechten:

1. Im türkischen Strafgesetz im Teil „Verbrechen gegen Personen", Abschnitt „Verbrechen gegen das Leben", regelt der § 82, Abs. j das Verbrechen des vorsätzlichen Mordes an Menschen. Dem Motiv der „Tradition" muss explizit das Tatmotiv der „Ehre" hinzugefügt werden.

2. Die Vorschrift im § 29 des türkischen Strafgesetzbuches sieht im Rahmen der Grundsätze für Strafzumessung die Möglichkeit der Aufhebung oder Minderung der Strafe im Falle provozierter Taten vor. Hiervon müssen „Ehrenmorde" (aufgrund angeblich provozierenden Fehlverhaltens des Opfers) eindeutig ausgenommen werden.

3. „Jungfräulichkeitskontrollen" müssen gänzlich verboten werden. Die Vorschrift zur Genitaluntersuchung im türkischen Strafgesetzbuch muss insofern neu geregelt werden, dass darin Jungfräulichkeitsuntersuchungen eindeutig als verboten erklärt werden.

4. Die Vorschrift des § 104 des türkischen Strafgesetzbuches im Teil zur „geschlechtlichen Unberührbarkeit", welche die „erlaubten geschlechtlichen Beziehungen zu Jugendlichen zwischen 5–18 Jahren" behandelt, muss nach dem UN-Kinderrechtsübereinkommen und der Internationalen Deklaration der Menschenrechte geregelt werden.

5. Dem § 122 des türkischen Strafgesetzbuches müssen die „Freiheit der Wahl der geschlechtlichen Identität" sowie die „politischen, ökonomischen und sozialen" Rechte einer Person hinzugefügt werden.

6. Die in den §§ 99 und 100 des türkischen Strafgesetzbuches beschriebenen Abtreibungsfristen müssen von 10 auf 12 Wochen erhöht werden.

7. Der § 230 des türkischen Strafgesetzbuches legt das Strafmaß bezüglich „Verbrechen gegen die Familienordnung" fest, worunter auch „Polygamie, Scheinehe und religiöse Traditionen" fallen. Dieses muss zum Zwecke der Abschreckung deutlich erhöht werden.

8. Der Vorschrift des § 76 des türkischen Strafgesetzbuches („Verbrechen des Genozids") muss im Absatz d die „Sterilisation" hinzugefügt werden.

9. Dem im türkischen Strafgesetzbuch die „unzüchtigen Schriften und Darstellungen" regelnden § 226 muss eine Definition der Pornografie hinzugefügt und die Vorschrift unter Berücksichtigung der Freiheit der Meinung und der Kunst neu bestimmt werden.

10. Der Einbau islamischen Rechtes in die türkische Gesetzgebung muss aufgegeben und der Laizismus verteidigt werden. ♦

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. Düsseldorf
Anatolisches Frauenzentrum Duisburg
Dest-Dan – Frauenverein Berlin
Mesopotamien – Freier Frauenverein Hamburg
Roza – Frauenverein Darmstadt
Kurdischer Frauenverein Frankfurt
Zilan – Frauenverein Rotterdam
Helin – Frauenstiftung Den Haag
Kurdischer Frauenverein Amsterdam
Amara – Denge Jinan Arnheim
Helina Kurdan – Frauenverein Anwers
Kurdische Frauenunion Wien
Amara – Kurdischer Frauenverein Linz
Kurdischer Frauenverein Graz
Kurdischer Frauenintegrationsverein Göteborg

c/o Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Grupellostr. 27, 40210 Düsseldorf
Tel. +49 (0) 211 17 11 080
Fax: +49 (0) 211 17 11 078
E-mail: ceni_frauen@gmx.de
www.ceni-kurdistan.de

(redaktionell leicht bearbeitet)

Türkische Armee tötet 12-jährigen Jungen und seinen Vater

Der schmutzige Krieg kehrt zurück

Nûce 183, 26. November 2004

Bei einer Operation der türkischen Armee am 21. November 2004 hat die türkische Armee zwei Kurden erschossen. In der türkischen Presse war kurz darauf von zwei bei einem Gefecht getöteten Terroristen die Rede.
Inzwischen belegen jedoch die Aussagen von ZeugInnen sowie eine Untersuchung des Menschenrechtsvereins IHD [*siehe nächste Seite*], dass es sich bei den Toten um den 12-jährigen Ugur Kaymaz und dessen Vater Ahmet Kaymaz handelt und kein Gefecht stattgefunden hat – Vater und Sohn wurden Opfer einer außergerichtlichen Hinrichtung.

Dem Bericht des IHD zufolge starben Ugur und Ahmet Kaymaz am Sonntag vor ihrem Haus im Turgut-Özal-Viertel in Mardin-Kiziltepe. Die beiden seien unbewaffnet in das Kreuzfeuer der türkischen Armee geraten – ein Gefecht habe, wie ZeugInnen bestätigen, nicht stattgefunden. Auch wurden weder am Fahrzeug der Soldaten noch in der näheren Umgebung Einschüsse oder andere Spuren eines Gefechts gefunden. Dagegen sind bei der Obduktion 13 Gewehrkugeln im Körper von Ugur und 8 Kugeln in der Leiche seines Vaters gefunden worden. Der Inhaber eines benachbarten Geschäfts berichtete darüber hinaus, dass nach den tödlichen Schüssen ein Gewehr neben die Leiche des 12-jährigen Ugur gelegt wurde, um den Anschein eines Gefechts zu erwecken.

Demonstration gegen Staatsterror

Am Donnerstag nach der Ermordung versammelten sich tausende Menschen vor dem Haus der Familie Kaymaz, um der Toten zu gedenken und gegen den staatlichen Terrorismus und die anhaltenden Militäroperationen zu demonstrieren. Die DemonstrantInnen, unter ihnen der Bürgermeister von Kiziltepe, der Vorsitzende der DEHAP in Mardin, VertreterInnen von Gewerkschaften und anderer ziviler Organisationen und MitschülerInnen des ermordeten Jungen forderten den Rücktritt des Gouverneurs der Provinz Mardin und die Bestrafung der Täter. In Sprechchören hieß es: „Der Staat ist der Mörder – Der Gouverneur ist der Terrorist."



Demonstration gegen die Ermordung von dem 12-jährigen Ugur Kaymaz und seinem Vater Foto: DIHA

HPG verurteilen Angriff

Das Pressezentrum der *Volksverteidigungskräfte* (HPG) veröffentlichte eine Erklärung, in der es hieß, dass die militärischen Operationen der türkischen Armee gegen die *Volksverteidigungskräfte* erfolglos sind, sie jedoch bei ihren Operationen die Bevölkerung angreifen. In der Erklärung wurde die Hinrichtung von Ahmet Yilmaz und dessen 12-jährigem Sohn Ugur scharf verurteilt. Die HPG erklärten, diese Ereignisse zeigten, dass man die Methoden des schmutzigen Krieges der Vergangenheit wieder aus dem Grab hervorhole. Dieser Angriff, der gegen die Moral und das Recht verstoße, wurde in der türkischen Presse als „In einer Auseinandersetzung wurden zwei Terroristen getötet" verkauft.

Die HPG erklärten, dass die zwei Personen, die im Mardiner Stadtteil Turgut Özal erschossen wurden, nichts mit der Guerilla zu tun hätten. Der 12-jährige Ugur Kaymaz und sein Vater Ahmet Kaymaz wurden zum Ziel des Staatsterrors und zum Neubeginn des schmutzigen Krieges. „Die Kräfte der türkischen Armee haben zum Ziel, mit diesem schmutzigen Angriff die Öffentlichkeit zu betrügen und ihre Politik der Zerstörung und des Terrors gegen die Zivilbevölkerung zu verstecken." Die HPG rufen die Bevölkerung auf, Initiativen gegen diesen Angriff, der unschuldige Kinder und Zivilpersonen zum Ziel hat, zu ergreifen. ♦

Untersuchungsbericht des Menschenrechtsvereins IHD zum Vorwurf des Mordes an Ahmet Kaymaz und seinem zwölfjährigen Sohn Ugur Kaymaz im Landkreis Kiziltepe, Regierungsbezirk Mardin

Der Vorfall

Dem bei der IHD-Filiale in Mardin gestellten Antrag zufolge verloren Ahmet Kaymaz (30) und sein zwölfjähriger Sohn Ugur Kaymaz am 21. November gegen 17 Uhr im Stadtteil Turgut Özal im Landkreis Kiziltepe bei Mardin ihr Leben, weil Sicherheitskräfte auf sie geschossen hätten. Daher liege eine Verletzung des Rechts auf Leben vor und der IHD solle den Vorfall untersuchen. An einer daraufhin gebildeten Untersuchungsdelegation zum Tatort nahmen teil: der IHD-Vertreter für die Region Ost-Südost, Mihdi Perinçek, der IHD-Vorsitzende von Mardin, RA Hüseyin Cangir, der IHD-Vorsitzende von Diyarbakir, RA Selahattin Demirtas, IHD-Vorstandsmitglied von Diyarbakir, RA Irfan Eser, und der IHD-Sekretär in Mardin, RA Erdal Kuzu. Die Delegation reiste am 23.11.2004 nach Kiziltepe, um den Vorfall zu recherchieren. Einen Tag vorher beantragte sie beim Gouverneur von Mardin, Temel Koçaklar, dem Oberstleutnant von Kiziltepe, Engin Durmaz, und der Staatsanwältin von Kiziltepe, Özlem Pinar Haktanir Akkoç, Gesprächstermine. Nur die Staatsanwaltschaft von Kiziltepe beantwortete dieses Ersuchen positiv. Die Delegation führte Gespräche u.a. auch mit der Ehefrau und Mutter der Getöteten, Makbule Kaymaz, sowie mit Augenzeugen und nahm Untersuchungen am Ort des Geschehens vor.



Die Familie der Ermordeten mit Feleknas Uca Foto: DIHA

Im Folgenden Auszüge aus den Gesprächen:

Makbule Kaymaz (30 Jahre):

„Mein Ehemann Ahmet ist Lastwagenfahrer. Mit unserem eigenen Lastwagen führen wir Transporte durch. Mein Sohn Ugur wurde 1992 geboren, er ging in die 5. Klasse der Grundschule. Er begleitete ab und zu seinen Vater auf der Fahrt. Einen Tag nach dem Vorfall wollte mein Mann nach Iskenderun, um einen Transport durchzuführen. Daher bereitete er sich auf die Reise vor. Gegen 16.30 Uhr am Tag des Vorfalls hatten wir den Tisch gedeckt und das Essen serviert. Mein Mann war mit meinem Sohn damit beschäftigt, Decken und Matratzen zum Laster zu tragen. Beide trugen Hausschuhe. Anschließend wollten wir essen. Unser LKW parkte etwa 40–45 Meter von unserer Wohnung entfernt, an der Hauptstraße. Als mein Mann und sein Sohn nach draußen gegangen waren, um die Sachen hinzubringen, hörten wir kurze Zeit darauf Schüsse. Ich war mit meinen weiteren drei Kindern und meiner Schwiegermutter zu Hause. Wir hatten uns erschrocken und gingen über die Terrasse zur Terrasse unserer Nachbarn, die gleichzeitig unsere Verwandten sind. Von dort habe ich meinen Sohn Ugur vor dem LKW knien und den Kopf nach vorne beugen sehen (habe ihn an seiner weißen Hose erkannt). Die Schüsse wiederholten sich in gewissen Abständen. Nach einiger Zeit kam die Polizei, unsere Wohnung zu durchsuchen, und wir wurden zur Staatsanwaltschaft zum Verhör mitgenommen. Später habe ich erfahren, dass mein Sohn und mein Mann getötet worden waren.“

Ahmet Tekin (23 Jahre, Nachbar von Ahmet Kaymaz und Vertretungslehrer in der Schule von Ugur Kaymaz):

„Zum Zeitpunkt des Vorfalls war ich zu Hause. Wir hörten Schüsse, zuerst dachte ich, sie kämen von der Hochzeit, die in der Nähe stattfand. Doch später kam unsere Nachbarin Makbule in Panik in unsere Wohnung. Auch sie versuchte zu verstehen, was vor sich ging. Weil wir Angst hatten rauszugehen, haben wir nicht in Erfahrung bringen können, was los war. Etwa zwanzig Minuten lang wurde in Abständen geschossen. Später kam die Polizei in die Wohnung und hat sie durchsucht. Mich baten sie als Zeuge bei der Hausdurchsuchung anwesend zu sein. Die Staatsanwaltschaft war ebenfalls dort. Nach der Durchsuchung sind wir mit der Staatsanwaltschaft zum LKW gegangen. Vor dem Wagen lagen zwei Personen voller Blut. Eine dieser Personen haben sie mir gezeigt und gefragt, ob ich sie kenne. Als ich mich bückte, um sie mir von nahem anzusehen, erkannte ich

Ugur. Ich sagte, er heißt Ugur, geht in die 5. Klasse unserer Schule und ist mein Nachbar. Darauf waren die Polizisten ebenfalls entsetzt und fragten mich, ob ich mir sicher sei. Ich bejahte. Ugur lag vor dem LKW, auf seine rechte Seite gekippt, und seine rechte Hand lag auf einer Waffe in seiner Nähe. Anschließend haben sie mir die zweite Person gezeigt, die etwa einen Meter von der Fahrertür entfernt parallel zum LKW auf dem Rücken lag. Weil es inzwischen dunkel war, konnte ich sie nicht auf Anhieb erkennen. Ich habe die Polizisten gebeten mir Licht zu bringen. Dann konnte ich erkennen, dass die Person voller Blut mein Nachbar war. Ich erzählte der Polizei, dass es Ahmet sei, der Vater des Jungen. Die Staatsanwaltschaft fragte die Ambulanz, ob sie interveniert hätten. Die antworteten, dass sie nur dem Jungen den Puls kontrolliert haben, weiteres von der Polizei nicht gestattet wurde.“

Besir Özkiliç (25 Jahre, gab an in Kiziltepe zu wohnen):

„Ich arbeite als Fahrer für den LKW mit dem Kennzeichen [...]. Ahmet Kaymaz hingegen macht mit dem LKW mit dem Kennzeichen [...] Transporte. Wir haben gemeinsam viele Fahrten unternommen. Wir wollten am Montag gemeinsam nach Iskenderun, um Ware von der Firma Delta und Toros abzuholen und sie in den Irak zu bringen. Ein Mann namens Ali, ebenfalls wohnhaft in Kiziltepe, an dessen Nachnamen ich mich nicht erinnern kann, hatte dieses Geschäft arrangiert. Wir wollten uns am Montag, nachdem Ahmet seinen LKW kontrolliert hatte, auf den Weg machen.”

Weiter haben zwei Personen, die mit unserer Delegation gesprochen haben, aber ihre Namen nicht veröffentlicht haben wollen, berichtet, dass einige Tage vor dem Vorfall Polizisten in Zivil konspirativ Untersuchungen durchgeführt, einige Stellen observiert und geheime Videoaufnahmen gemacht hätten.

Özlem Pinar Haktanir Akkoç (Staatsanwaltschaft Kiziltepe):

„Am Samstag (20.11.2004) ist die Wohnung aufgrund einer Geheiminformation an die Sicherheitskräfte mit meinem Wissen observiert worden. Die Information besagte, dass sich in dieser Wohnung bewaffnete Mitglieder einer illegalen Organisation befänden, die sich auf eine bewaffnete Aktion vorbereiteten. Aufgrund der Annahme, dass in der Wohnung eine Familie mit Kindern sein könnte, ist keine Operation in dieser Wohnung durchgeführt worden. Die Observation, die auch am Sonntag anhielt, geschah ebenfalls mit meinem Wissen. Am Tag des Vorfalls gegen 16.30–17 Uhr wurde festgestellt, dass zwei Personen die besagte Wohnung verließen. Auf die Aufforderung der Sicherheitskräfte, sie sollten stehen bleiben, sei mit Schüssen geantwortet worden, es sei zu einer Schießerei gekommen, infolgedessen verloren die zwei Personen am Ort des Geschehens ihr Leben. An der Hauptstraße sollte zwischen 17.30 und 19 Uhr zu verschiedenen Zeiten ein Militärtransporter fahren. Wir gingen von der Annahme aus, dass diese Personen einen Angriff gegen diesen Militärtransport planten. Kurz nach dem Vorfall habe ich mich auch zum Tatort begeben. Die Ambulanz war ebenfalls dort anwesend. Bis zu meiner Ankunft ist kein Beweismaterial angerührt worden. Unter meiner Leitung wurden alle Beweise gesammelt, der Tatort fotografiert und gefilmt und die Leichen zur Autopsie ins Krankenhaus gebracht. In Zusammenhang mit diesem Vorfall ermitteln wir in drei Richtungen. Erstens bezüglich der Organisationszugehörigkeit von Ahmet Kaymaz, zweitens der Organisationszugehörigkeit der Ehefrau von Ahmet Kaymaz, Makbule, drittens, ob die Sicherheitskräfte ihre Befugnis des Waffengebrauchs überschritten haben oder nicht. Alle drei Untersuchungen werden rechtmäßig und gründlich durchgeführt. (...)“



Gleich nach dem Mord demonstriert die Bevölkerung von Kiziltepe Foto: DIHA



Beobachtungen und Feststellungen unserer Delegation

- Der Vorfall ereignete sich 40-45 Meter von der Wohnung der Getöteten entfernt, am Rande der Landstraße Kiziltepe-Mardin. Der LKW parkte am Straßenrand. Vor der Wohnung befindet sich ein leeres Grundstück, etwa drei Hektar groß. Daher ist sehr leicht von der Wohnung aus die Straße oder von der Straße aus die Wohnung einzusehen. Die Wohnung liegt im zweiten Haus (Nr. 4) ab dem Beginn der Straße Nr. 2227.

- Weder am LKW noch an der Gartenmauer der Wohnung konnten Anhaltspunkte für eine bewaffnete Auseinandersetzung, wie z. B. Kugeln o. ä., gefunden werden.

♦ Bezüglich der Tatzeit: Es ist eine Zeit, zu der in Kiziltepe die Dunkelheit beginnt, aber keinerlei Straßenbeleuchtung zu sehen ist.

♦ Es konnte festgestellt werden, dass die Tür des LKWs nicht verschlossen war, sich auf seinem Sitz Kopfkissen, Decken und ein kleiner Koffer befanden.

♦ Weiter konnte festgestellt werden, dass der LKW-Tank voll war.

♦ Beim Tatort handelt es sich um einen breiten offenen Platz, so dass, wenn es gewollt ist, die Wahrscheinlichkeit groß ist, Festnahmen vornehmen zu können, ohne diesen Menschen Schaden zufügen zu müssen.

♦ Die Wohnung der Getöteten liegt nur 700–800 Meter von der Zentralgendarmeriestation entfernt.

♦ Es kann festgehalten werden, dass Ahmet Kaymaz mit seinem LKW Waren transportiert und Ugur Kaymaz die 5. Klasse der Dicle-Grundschule in Kiziltepe besucht hat, und zwar ebenfalls in der letzten Woche.

♦ Der Autopsiebericht besagt: Ugur Kaymaz hat insgesamt 13 Schusswunden, davon 4 in seiner linken und rechten Hand und 9 im Rückenbereich. 9 dieser Kugeln wurden aus einer Entfernung von weniger als 50 Metern abgefeuert. Am Körper von Ahmet Kaymaz konnten insgesamt 8 Schusswunden sichergestellt werden, davon 2 an linker Hand und Oberschenkel, im Brustbereich 4 und 2 am Rücken. Alle 8 Kugeln wurden in einem Abstand von unter 50 Metern abgeschossen. An beiden Leichen konnte Schießpulver sichergestellt werden.

♦ Nach dem Autopsiebefund sind die Schüsse aus einer bestimmten Position abgegeben worden; die unterschiedlichen Schusswunden sind eher darauf zurückzuführen, dass die Opfer ihre Position durch die Schüsse verändert haben.

Forderungen

1. Es ist anzunehmen, dass viel mehr Augenzeugen existieren. Daher ist es notwendig, die Bewohner der Häuser am Tatort durch die Garantierung ihrer Sicherheit zu Aussagen zu bewegen.

2. Alle Beamten des Sicherheitsdienstes, die diese Operation geleitet haben, sind umgehend vom Dienst zu suspendieren.

3. Zur Gewährleistung der Chance einer einwandfreien Klärung des Vorfalls sowie eines gerechten Prozesses zur Verurteilung der Verantwortlichen sollte gegen die Verantwortlichen unbedingt ein Verfahren eröffnet werden.

4. Während des Verfahrens muss die Sicherheit des Lebens der betroffenen Familie garantiert und eine Entschädigung geleistet werden.

Schlussfolgerung

Unsere Delegation ist infolge der Augenzeugenaussagen, der Aussagen der Familienmitglieder und der offiziellen Stellen sowie infolge der Ergebnisse der am Tatort durchgeführten Untersuchungen zu der Annahme gelangt, dass es sich bei den zwei Getöteten um Zivilisten gehandelt hat, dass die Annahme, diese Personen hätten von der Waffe Gebrauch gemacht, kaum haltbar ist, dass der Vorfall eine Hinrichtung sein kann, dass diese Menschen durch Fehlannahme der Polizei oder bewusst getötet worden sind. ♦

Mihdi Perinçek (IHD-Vorstandsmitglied und Vertreter für die Region Ost-Südost)
Selahattin Demirtas (IHD-Vorstandsmitglied und Vorsitzender des IHD Diyarbakir)
Hüseyin Cangir (IHD-Vorstandsmitglied und Vorsitzender des IHD Mardin)
Irfan Eser (Exekutivratsmitglied im IHD Diyarbakir)
Erdal Kuzu (Sekretär des IHD Mardin)

25.11.2004

Presseerklärung von Feleknas Uca, MdEP
Zur Tötung der 2 Kurden am 21. November in Mardin-Kiziltepe erklärt die PDS-Europaabgeordnete Feleknas Uca:
Während meines Türkei-Aufenthaltes am 21. November wurden erneut Kurden zum Opfer der Operationen der türkischen Armee. Ahmed Kaymaz und sein 12-jähriger Sohn Ugur wurden von Soldaten vor ihrem Haus in Mardin-Kiziltepe erschossen. Der Vater durch 8 Gewehrkugeln, der Sohn durch 13 Kugeln.
Der Gouverneur der Provinz Mardin berichtete in einer ersten Presseerklärung von der Tötung zweier „Terroristen", wobei sich mir die Frage stellt: „Wie kann ein 12-jähriger Junge ein Terrorist sein?" In einer zweiten Erklärung widersprach sich der Gouverneur selbst und stellte den Fall anders dar. Zeugenaussagen und der Bericht des Menschenrechtsvereins IHD belegen, dass beide Personen völlig unbewaffnet ins Kreuzfeuer geraten sind, dass es kein Gefecht gegeben hat und die Operation einer Hinrichtung gleichkam.
Es gab in der Familie Kaymaz bereits mehrere Tötungen durch türkische Soldaten, weil sich die Familienmitglieder weigerten, das türkische Dorfschützersystem anzunehmen. Das Dorfschützersystem in der Türkei ist inakzeptabel. Die Menschen werden oftmals gezwungen diesem System beizutreten. Es gibt ca. 50 000 Dorfschützer in der Türkei und immer wieder Berichte über kriminelle Vergehen im Dorfschützersystem. Dieses System muss abgeschafft werden!
Der Tod dieser beiden Menschen ist ein erneutes Beispiel für den Terror und das unmenschliche Vorgehen des türkischen Militärs. Die Bekundungen der Türkei zu Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sind nach wie vor nichts als Lippenbekenntnisse. Ich fordere die Türkei auf, endlich ihre Reformen umzusetzen, für Frieden zu sorgen und eine politische Lösung für die Kurdenfrage zu finden. Die militärischen Operationen im Kurdengebiet müssen sofort eingestellt werden. Des Weiteren erwarte ich von der Türkei, dass sie diesen Fall aufklärt, die Täter festnimmt und angemessen bestraft.
Feleknas Uca, MdEP, Celle, 31. November 2004

Auszug aus dem AnwältInnengepräch mit Abdullah Öcalan vom 10. November

Auch in der Türkei kann es verschiedene Nationen geben ...

In der türkischen Öffentlichkeit werden die Gespräche Öcalans mit seinen AnwältInnen mittlerweile breit zitiert, teils um die in der letzten Zeit verstärkte Hetzkampagne gegen die AnwältInnen und die Demokratiebewegung zu unterfüttern, teils erfolgt die Auseinandersetzung mit seinen Thesen und Ideen mittlerweile auch öffentlich in ernst zu nehmender Weise. Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist ein Interview, das der militärstrategische Analyst Paul McCarthy der Zeitung Özgür Politika gab. In der Ausgabe vom 19. November erläutert er detailliert das Konzept, mit dem die USA gegen die kurdische Befreiungsbewegung vorgeht. Die erste Stufe sei die Auslieferung Öcalans durch die USA an die Türkei gewesen. Die zweite Stufe bezwecke die Spaltung und die Schwächung der Unterstützung der Bevölkerung für die Organisation, während die dritte Stufe darauf ziele, Öcalans Ansehen in der Bevölkerung zu dezimieren, um ihn auf eine unbedeutende Figur zu reduzieren. „Dann wird er völlig von der Welt abgeschnitten", so McCarthy.

Dieser dritte Schritt beinhaltet ganz offensichtlich die Verzerrung und Entstellung von Öcalans Erklärungen und Thesen, wobei in den letzten Monaten insbesondere von kurdischen nationalistischen Kreisen lanciert wurde, Öcalan sei zum „Kemalisten" avanciert, was ihn offenbar zum Kapitulanten, Verräter und Feigling stempeln soll.

Während sich langsam in Europa und der Türkei die Erkenntnis durchsetzt, dass die wenigen positiven Entwicklungen, die in der Türkei in den letzten Jahren stattgefunden haben, letztlich auf die Friedensbemühungen Öcalans zurückgehen, der durch seinen Aufruf zum Waffenstillstand den Friedensprozess einleitete, geben die fanatischen Angriffe gerade der kurdischen Nationalisten zu denken. Wir hoffen, durch die auszugsweise Dokumentation der Gesprächsnotizen zu einem realistischen Bild der Lage beizutragen.

In den Monaten Oktober und November fanden lediglich drei Gespräche statt, am 20. und 27. Oktober und am 10. November, an allen anderen Tagen wurde die Überfahrt der AnwältInnen unterbunden. Besonders kurios war die „Begründung" am 24. November, als es hieß, die Witterungsverhältnisse seien schlecht, und an den möglichen Ausweichterminen 25. und 26. werde das Wetter auch nicht besser werden!

Wir dokumentieren Auszüge aus dem AnwältInnengepräch mit Abdullah Öcalan vom 10. November 2004

Über die Presseberichte

Einige Generäle veröffentlichten scharfe Erklärungen gegen Öcalan wie die, er leite seine Organisation bequemer als früher in Damaskus. Diese Militärs sorgten auch für verschärfte Angriffe gegen seine AnwältInnen. Öcalan stellte richtig:

„Ich habe meine Meinung gesagt, um dem Frieden zu dienen. Ich bin hier absolut nicht in der Lage, eine kämpfende, revolutionäre Organisation zu führen. Das ist unter den gegebenen Bedingungen völlig ausgeschlossen. Dies wäre auch nicht der Ort dafür."

„Die letzten Erklärungen, die in der Presse über mich standen, sind chauvinistische Ergüsse. Als ich noch in Syrien war, bekam ich Briefe vom Staat. Ich nehme an, sie kamen vom Generalstab. Darin hieß es: 'Sehr geehrter Herr Öcalan, wenn dieser Staat zusammenbricht, werden auch sie unter den Trümmern begraben.' Das fand ich eine korrekte Herangehensweise. In diesem Sinne finde ich auch meine Friedensbemühungen wichtig und habe sie immer fortgesetzt, auch heute tue ich das."

Kemalismus

Öcalan wiederholte seinen Anspruch, eine demokratische Linie zu vertreten, die eine zeitgemäße Antwort auf die Probleme der Türkei darstelle, ebenso wie Mustafa Kemal in den 1920ern für die damalige Zeit fortschrittliche Impulse brachte. Öcalan bezieht sich in seiner Einschätzung Mustafa Kemals besonders auf die Zeit vor den Aufständen 1925. Positiv an Mustafa Kemal sei sein Versuch, eine unabhängige, antiimperialistische Politik zu entwickeln und sich nicht den USA an den Hals zu werfen. Positiv sei auch die Radikalität, mit der Monarchie und Kalifat abgeschafft wurden, um die Republik zu gründen. Auch sei er zu Beginn nicht anti-kurdisch eingestellt, wie es die spätere, „kemalistische" Politik suggeriert, sondern habe auf ein strategisches Bündnis mit den Kurden gesetzt:

„Ich habe meine Meinung zu Kemalismus und Staat gesagt, und ich vertrete sie auch weiterhin ganz offen. Mit palliativen Maßnahmen und kleinen Retuschen lässt sich der Staat nicht reformieren, so kann man nicht zu einer Lösung kommen. In den 1920ern war die Gründung einer Republik eine radikale Lösung. So wie in den 1840ern die konstitutionelle Monarchie (Tanzimat) eine radikale Lösung war, so war es in den 1920ern die Republik. Heute dagegen

muss diese Republik in eine Demokratie transformiert werden, das ist meine Linie. Die Republik ist nach 80 Jahren ganz offensichtlich in der Klemme. Die Republik ist heruntergekommen, korrumpiert. Der Grund für die Klemme ist eine kranke Geisteshaltung.

Man manipuliert die Demokratie. Diejenigen, die heute behaupten, dass sie den Etatismus [*Vorrang des Staates, eines der Prinzipien Atatürks*] vertreten, stellen tatsächlich das größte Hindernis überhaupt für den Staat dar. Stattdessen muss man sich auf einer konsequent demokratischen Linie bewegen. Sonst drohen große Gefahren, sowohl im Innern als auch von außen. Wenn man heute [*Todestag Atatürks*] voller Respekt an Mustafa Kemal zurückdenkt, dann deswegen, weil er in den 1920ern eine radikale Lösung gebracht hat. In den 1930ern und 1940ern hat sich nicht die Demokratie entwickelt, sondern eine Oligarchie. Der Staat darf nicht auf Etatismus und Nationalismus beharren, sondern muss eine demokratische Linie verfolgen. Wenn die Republik auf eine religiöse und nationalistische Basis gestellt wird, werden die positiven Werte, auf denen sie beruht, verschlissen. Sie wird zur bloßen leeren Hülle. Dann besteht die Gefahr, dass sie zusammenbricht. Durch eine demokratische Transformation kann die Republik verhindern, dass sie auf eine leere Hülle reduziert wird. Der osmanische Staat war in den 1920ern so eine staatliche leere Hülle geworden, deswegen konnte Mustafa Kemal ihn mit einem Schlag beseitigen."

Drei Identitäten

Für höchste Aufregung in der politischen Landschaft der Türkei hat der Bericht einer beratenden Kommission des Ministerpräsidenten gesorgt, der sich hauptsächlich mit dem Status von so definierten „Minderheiten" und deren Definition befasste. Dieser Bericht löste eine breite Debatte über den Minderheitenbegriff aus. Die in der Debatte verwendeten Begriffe und Konzepte sind schwer ins Deutsche zu übertragen, da die Verwendung von Begriffen wie „Volk" und „Nation" im Türkischen und in der Türkei zum Teil erheblich vom Deutschen abweicht, die unterschiedlichen Nuancen sind teilweise kaum übersetzbar. Daher sind sie jeweils in Klammern im Original nachgestellt. Öcalan vertritt keinen ethnisch definierten Nationenbegriff, sondern einen eher territorial definierten. Er schlägt vor, von einer „Nation Türkei" zu sprechen, ähnlich der „American Nation", die verschiedene Ethnien umfassen kann.

Öcalan bewertete den Kommissionsbericht überwiegend positiv:

„Im Hinblick auf die kommende Transformation der Republik handelt es sich um einen wissenschaftlichen, zeitgemäßen Bericht, soweit ich das aus der Presse entnehmen kann. Ich denke, er kommt demokratischen Maßstäben nahe. Er ist ein Dokument, das konsequent die Tür für eine demokratische Weiterentwicklung und Transformation der Republik aufstößt. Ein Stück weit zeigt er auch einen Ausweg."

Seine eigenen Vorschläge weichen jedoch in einigen Punkten von denen des Berichts ab:

„Der Begriff der Zugehörigkeit zur Türkei [Türkiyelilik] unterscheidet sich von meinem Begriff. Die Diskussion über das Türkischsein, die Frage, wie viel türkisch und wie viel kurdisch man ist, führt in einen Sackgasse. Das möchte ich nicht diskutieren. Mein Lösungsvorschlag war ein anderer. Ich möchte in diesem Sinne einen Beitrag leisten. Man muss sich ansehen, wie Mustafa Kemal seinerzeit an die Sache heranging. Als die Republik gegründet wurde, wollten sie sie 'Türkische Republik' [Türkî Cumhuriyet] nennen, aber Mustafa Kemal lehnte das ab. Er setzte den Namen 'Republik Türkei' [Türkiye Cumhuriyeti] durch. Diesen Namen wollte er ganz bewusst, denn er betont den Aspekt der Staatsbürgerschaft [Vatandaslik, Mitbürgerschaft im geographischen Sinne]. Er wollte keine rassische [irk] Definition der Republik. Bei ihm gab es keinen rassischen Nationalismus. Er vertrat einen kulturellen Nationalismus. Für ihn hing die Staatsbürgerschaft nicht von der Zugehörigkeit zu einer Rasse [irk] oder Ethnie ab. Ohnehin sind Ethnie und Nation [millet, eigl. Nation im religiösen Sinne] Zugehörigkeitsformen. Für die Staatsbürgerschaft musste man nicht unbedingt türkisch sein.

Jetzt kann man natürlich fragen wie man den Ausdruck 'Wie glücklich der, der sich Türke nennt' [„Ne mutlu Türküm diyene"] interpretieren soll. Das rührt von der osmanischen Auffassung von 'begriffsstutzigen Türken' [idraksiz Türkler] her. Man hielt die in Anatolien lebenden Turkmenen für 'begriffsstutzige Türken' und zählte sie nicht zu den Staatsbürgern. Mustafa Kemal verwendete diesen Ausdruck also, um diese falsche Auffassung zu zerstreuen und das Selbstbewusstsein der Mitbürger zu fördern. Das tat er in einem Prozess der natürlichen Assimilation. Unter den damaligen Bedingungen überhöhte er also diese Mitbürger, damit sie sich nicht selbst verachten. Er benutzte diesen Ausdruck gegen eine feudale Auffassung. Dabei konnte keine Rede davon sein, dass man zu Leuten sagte: 'Verleugne deine eigenen Identität, werde zwangsweise Türke', wie es später geschah. In jenem Prozess einer natürlichen Assimilation gab es Kurden, die 'türkisiert' wurden [Türklesen Kürtler], genauso, wie es Türken gab, die 'kurdisiert' wurden [Kürtlesen Türkler].

Kommen wir also zum Nationsbegriff: Ich habe einen zeitgenössischen Nationenbegriff. Ich rede konkret über die Türkei. Ich glaube, dass der Begriff der 'Nation Türkei' [Türkiye ulusu, hier nichtethnischer Nationenbegriff, der sich nicht mit dem im Deutschen verwendeten deckt] eher zu einer Lösung führt als der Begriff einer 'Zugehörigkeit zur Türkei [Türkiyelilik]. Die Türkei redet vom französischen Modell, das ist richtig. 'Amerika' wird als geografischer Begriff verwendet, viele Nationen [ulus] leben dort. Der Ausdruck 'American nation' [Amerikan ulusu] umfasst sie alle. Wer in den USA lebt, gehört zur 'American nation'. In Großbritannien gibt es Schotten, Waliser, Iren. Sie alle bezeichnen sich als 'Britische Nation'. In der Schweiz leben vier Völker, es gibt verschiedene Kantone, aber letztlich gibt es eine Nation 'Schweiz'. Auch in der Türkei kann es verschiedene Nationen [ulus] geben, aber es sollte den Begriff der 'Nation Türkei' geben. Professor Baskin Oran sagt dazu: 'Wenn man sie mit Gewalt zusammenpresst, zerspringt sie, das vertieft die Spaltung.' Die Amtssprache der Türkei ist Tür-

kisch. Man sollte Türkisch lernen, aber man sollte auch die anderen Sprachen lernen. Man sollte diese anderen Sprachen auch im Bildungssystem und in der Presse benutzen. Es ist gefährlich zu sagen: 'Jedem Volk [millet] seinen eigenen Staat'. Für jede Ethnie, jede Nationalität einen Staat, eine Föderation, das vertieft die Spaltung. Das führt zu Ergebnissen wie in Tschetschenien und in Palästina.

Wir fördern die demokratische Ganzheit. Wir sagen: In der übergreifenden Identität des Staates können sich alle Kulturen ausdrücken. In der demokratischen Ganzheit haben alle Kulturen die Freiheit, sich auszudrücken. Die übergreifende Identität des Staates drückt eine Zugehörigkeit, die Staatsangehörigkeit aus. Auch die 'Nation Europa' ist so eine übergreifende Identität. 25 Staaten haben die europäische Verfassung unterzeichnet. Der Begriff 'Nation Europa' wurde ausgerufen. Europa ist eine übergreifende Identität. In der Türkei kann es so sein wie in Europa. Die verschiedenen Völker [millet] sind Bestandteil der 'Nation Türkei' [Türkiye ulusu]. Jedes Volk [millet] ist frei im Gebrauch seiner Sprache in Medien und Bildung, fördert seine Kultur.

Ich schlage eine Formel vor: Man geht von drei Identitäten aus. Die erste ist die Nation Europa [Avrupa ulusu], die zweite die Nation Türkei [Türkiye ulusu], die dritte die nationale [kavimsel] Eigenheit jeder ethnischen Identität. Dann kann man sagen: Ich gehöre zur Nation Europa, ich gehöre zur Nation Türkei, aber gleichzeitig bin ich Kurde, Türke oder Tscherkesse und so weiter. In Spanien ist das so. Einer ist Katalane, gehört zur Nation Spanien und ist Europäer. Das gibt es in ganz Europa. So kann es auch in der Türkei sein. Es gibt diese Parole: 'Ja zu Unterschieden, nein zur Abspaltung'. Das gefällt mir. Dieser Begriff kann die Türkei einen. Ich sage ebenfalls: 'Ja zu Unterschieden, nein zur Abspaltung'. Jede Subidentität kann ihre eigenen Symbole verwenden, ihre Sprache verwenden, Bildung betreiben. Es kann auch symbolische Identitäten geben."

Öcalan bezieht sich regelmäßig auf die Definition der KurdInnen als „Gründungselement" der Republik. Dieser Begriff ist in Zusammenhang mit dem „Minderheitenbegriff" häufig in der Debatte aufgetaucht. Der bekannte Kolumnist Fikret Bila beispielsweise unterstellt, der Begriff „Gründungselement" bezwecke eine zukünftige Abspaltung. Dagegen wendet sich Öcalan entschieden:

„Dazu gibt es eine Reihe von Äußerungen von mir. Die Vorläufer der Kurden – Proto-Kurden sozusagen – sind an der Entstehung von Sumer beteiligt gewesen. Das gleiche gilt für Anatolien, dort sind es die Hurriten, ebenfalls Vorläufer der Kurden. Sie teilen sich eine kulturelle Struktur mit den Urartäern, den Mitanni, den Hethitern. Diese Wechselwirkung gibt es seit jeher. Alle diese Kulturen haben ihren Ursprung im Zagros-Gebirge. Sie haben die mesopotamische Kultur nach Anatolien getragen. Das habe ich in meinen Büchern ausführlich dargestellt. Dieser Abschnitt umfasst 2000 Jahre. Danach gibt es das Bündnis der Kurden mit den Persern, den persischen Staat. Dann kommt der Islam. Es gibt ein Zusammengehen mit den Arabern unter den Omayyaden und den Abassiden. Das hält 500 Jahre an. Als die Türken nach Anatolien kommen, schließen die Kurden mit ihnen ein schicksalhaftes Bündnis. Die Stämme kämpfen Seite an Seite. Tausend Jahre lang hält diese Gemeinsamkeit. Es gibt auch Konflikte, aber sie schließen wieder Frieden. Danach kommen die Osmanen, auch mit ihnen setzt sich dieses Verhältnis fort.

Die Kurden haben für sich selber keinen Staat angestrebt. Sie haben sich

gemeinsam mit den Türken an den jeweiligen politischen Gebilden beteiligt. Das setzt sich auch in der Republik fort. Das ist meine Geschichtsauffassung. So steht es auch in meinen Büchern. Fikret Bila sieht das viel zu einseitig."

Den Staat nicht erobern, den Staat demokratisieren

Die Diskussion in der Türkei über die Bildung einer neuen, demokratischen Partei dauert an. Öcalan betont die Wichtigkeit dieser Partei und wendet sich gegen eine rein kurdische Organisierung:

„Die Bewegung für eine demokratische Gesellschaft ist enorm wichtig. Die Kurden sollten sich an dieser Bewegung intensiv beteiligen. Ich sehe diese Bewegung als ebenso bedeutsam an wie die Parteigründung in der konstitutionellen Phase und der republikanischen Phase, die 'Ittihat ve Terakki' und die Republikanische Volkspartei (CHP). Es ist nicht einfach nur irgendeine Partei. Dies ist die dritte Stufe. Sie nimmt die aufklärerische Seite der Republik auf und sorgt für ihre Weiterentwicklung nach zeitgenössischen Kriterien."

„Ich finde die Bildung einer Partei auf der Basis einer Nation falsch. Nationalistische Parteien und nationalistische Politik finde ich falsch. Wir wollen den Staat nicht erobern, wir wollen ihn demokratisieren. Es geht mir um die Gesellschaft, nicht um eine Nation. Diese Diskussionen sind überholt. Ich bin schon weiter. Ich habe den Nationalismus hinter mir gelassen und mache mir Gedanken über die Gesellschaft, die wir errichten wollen. Wir wollen doch eine demokratische Gesellschaft, nicht wahr? Das ist für uns das Entscheidende. Das ist auch der Punkt in meinen Büchern, den ich am deutlichsten hervorhebe.

Was für eine Partei ist für eine demokratische Gesellschaft vonnöten? In meinem Brief habe ich als Negativbeispiel den Begriff der Profitpartei verwendet, eine Partei, die vom Staat profitiert. Sie ist Zuträger für den Staat, macht Propaganda für den Staat, benimmt sich wie ein Beamter des Staates. Dadurch stagniert der Staat. Mein Parteibegriff ist das genaue Gegenteil. Er hat nichts mit Propaganda für den Staat, mit Profitieren vom Staat zu tun. Der Staat braucht niemanden, der für ihn Propaganda macht, er macht seine Propaganda schon ganz alleine. Aber die heutigen Parteien existieren alle auf dieser Grundlage. Ihr ganzer Sinn und Zweck ist, ein paar Posten vom Staat zu ergattern. In Europa gibt es auch ein anderes Parteiverständnis.

Ob HADEP oder DEHAP, bisher hat sich keine von dieser Haltung gelöst. Sie haben sich auch in den Wettbewerb um staatliche Posten begeben. Deswegen wurde so viel über die Stadtverwaltungen diskutiert. Ich lehne diese Haltung ab. Ich bin auch gegen eine Parteigründung auf nationalistischer Basis. Ja zu einer Reform des Staates, nein zur Frontstellung gegen den Staat. Für mich darf es keine Staatsprofitpartei, keine Staatspropagandapartei geben. Das Ziel ist die Gesellschaft, die Demokratisierung der Gesellschaft. Es geht darum, die demokratischen Forderungen der Gesellschaft dem Staat aufzudrängen.

Wie kann das funktionieren? Ich schlage dafür freie Bürgerräte vor. Ich denke an vier Einheiten: Dorfräte, Kleinstadträte, Stadtteil- und Stadträte. Dazu Koordinationen. Ich nenne das Basisdemokratie, Basisorganisierung. Das ist das Wesen demokratischer Gesetze. Das Volk wird diese bilden und durch seine Vertreter dem Staat antragen. Das stellt eine Garantie dar. Keine religiös gefärbte Partei, auch keine national gefärbte Partei. Sie sollte offen sein für Menschen aller Nationen. Das ist der Esprit einer Lösung. Jede und jeder kann sich einer Bewegung anschließen, die für eine demokratische Gesellschaft kämpft. Wer am besten die Demokratie vertritt, soll beitreten. Es soll einen demokratischen Wettbewerb geben, ohne Nationalismus. Alle sind freie Bürger. Auch Atatürk hat Wert auf freie Bürger gelegt, daher nahm er die Bildung so wichtig. Ich habe viel über die Kultur gelesen, die er sich angeeignet hat. Er wollte eine Republik von freien Bürgern schaffen. Allerdings ging er von oben an die Sache heran.

Die Republik ist ein politisches Gebilde. Insofern kann eine Diskussion über eine Parteigründung die Krise der Politik überwinden helfen. Das entspricht dem Wesen der Republik. Mustafa Kemal versuchte, nach den modernsten wissenschaftlichen Erkenntnissen seiner Zeit zu handeln. Er war in diesem Sinne ziemlich modern. Er kannte die gefährlichen Seiten seiner Zeit, er geriet weder in den Sog von Hitler noch der Sowjets. Er war weit blickend. Beide Systeme gibt es heute nicht mehr.

Ich habe dieses Thema bereits in meinen Büchern ausgeführt. Alles was ich sage entspricht der Republik und ihrem Wesen. Die Linie von Mustafa Kemal in den 1920ern war eine moderne Linie. Aber die Linie Mustafa Kemals aus den 1930ern heute 1:1 umzusetzen ist reaktionär. Das ist reaktionäre Politik. Das wird heute sowohl in der Armee diskutiert, als auch im Staat. Ich hoffe, dass diese Diskussionen erfolgreich sein werden. Wenn sie das stört, können wir auch über etwas anderes reden.

Ich bemühe mich um einen sinnvollen Frieden. Ich sage es noch einmal: Wenn ich grünes Licht sehe, werde ich mich weiter um den Frieden bemühen. Das habe ich auch an Leyla Zana gerichtet gesagt. Wenn ich grünes Licht bekomme, werde ich meine Rolle spielen. Wir wollen alle, dass die, die in den Bergen sind, herunterkommen. Wenn es grünes Licht gibt, geht das. Aber Frieden kann natürlich nicht einseitig sein. Wenn es so nicht geht, dann übernehme ich keine Verantwortung."

Zum Tode von Jassir Arafat

„Ich gedenke Jassir Arafats. Ich spreche dem palästinensischen Volk mein Beileid aus. Ich hatte ihn gelegentlich kritisiert. Das ändert nichts an meiner Liebe zu ihm. Das Beste, was man im Gedenken an ihn tun kann, ist, statt auf Nationalismus auf Demokratie und Frieden zu setzen.

Wenn es bei uns nicht aussieht wie in Palästina-Israel und Tschetschenien, so liegt das an unseren Bemühungen für den Frieden und gegen den Nationalismus." ♦

Weitere Auszüge aus Gesprächen der AnwältInnen mit Abdullah Öcalan auf der Internetseite der Informatiosstelle Kurdistan ISKU – www.nadir.org/isku.

Überfallartige Durchsuchung des Büros der ÖcalananwältInnen

Staatlicher Angriff gegen die AnwältInnen Öcalans

Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan"

Am 3. Dezember 2004 wurden in Istanbul die Räumlichkeiten des Asrin Hukuk Büro, das Abdullah Öcalan rechtlich vertritt, von Einheiten des Anti-Terror-Kommandos überfallartig durchsucht. Die Durchsuchung dauerte etwa dreizehn Stunden. Zahlreiche Akten, Unterlagen und Bücher sowie die Computer des Büros wurden beschlagnahmt. Die Polizeiaktion wurde mit den Haftbefehlen begründet, die erst kürzlich gegen zwei der Verteidiger Öcalans, Irfan Dündar und Mahmut Sakar, ergangen waren. Diese Begründung ist mehr als fragwürdig, da die Privatwohnungen der genannten Anwälte von der Durchsuchung ausgespart wurden. Vielmehr deutet alles darauf hin, dass sich die Aktion insgesamt gegen das Büro richtete. Gleichzeitig ist diese Aktion ein Novum. Selbst in der heißen Phase nach der völkerrechtswidrigen Verschleppung des Kurdenführers am 15. Februar 1999, als es zu tätlichen Übergriffen auf seine Verteidiger kam, gab es kein vergleichbares Beispiel. Bisher wurden jedoch einige Hundert Ermittlungsverfahren gegen die Verteidiger Öcalans eingeleitet.

Hintergrund

In den letzten Wochen ist der Druck auf die Rechtsanwälte von Abdullah Öcalan spürbar verstärkt worden. Dem waren verschiedene Äußerungen ranghoher türkischer Militärs vorausgegangen, in denen Öcalans Rechtsvertreter als dessen Handlanger bezeichnet wurden, mittels derer Öcalan seine Organisation führe. Abgesehen davon, dass dies aus der Isolationshaft kaum möglich wäre, stören sich die Militärs an der weiterhin ungebrochenen Sympathie der KurdInnen für Abdullah Öcalan und dem positiven Einfluss, den er nach wie vor auf die Politik des Landes ausübt. Außerdem bemängelten die Militärvertreter, dass bisher sämtliche Verfahren, die gegen die Öcalan-Anwälte eingeleitet wurden, ohne Folgen geblieben seien. Infolgedessen leitete die Staatsanwaltschaft weitere Verfahren gegen die Rechtsanwälte Dogan Erbas, Aysel Tugluk, Okan Yildiz, Bekir Kaya, Devrim Baris Baran und Ayse Batumlu ein. Die „Kampagne" gegen die Rechtsvertreter Öcalans ging sogar so weit, dass der Militärstaatsanwalt beim türkischen Justizministerium die Genehmigung beantragte, die Rechtsanwälte vor einem Militärgericht anklagen zu dürfen.

Was wird mit diesem Vorgehen beabsichtigt?

Im Zusammenhang mit der EU-Beitrittsdebatte in der Türkei erscheint obiges Vorgehen in einem anderen Licht. Nach wie vor bekleiden reformfeindliche Kräfte innerhalb des Staates einflussreiche Positionen. Insbesondere die alte Garde der türkischen Armee kann sich nur schwer mit einem Demokratisierungsprozess des Landes abfinden, in dessen Verlauf sie ihren bisherigen Einfluss und ihre bisherige Macht verlieren würde. Insbesondere die kurdische Frage wird von ihnen als Bedrohung für die Einheit des Landes aufgefasst. Dem liegt eine lange Tradition der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegenüber den KurdInnen zugrunde, welche die Militärs als selbsternannte Hüter des Staates aus der türkischen Verfassung ableiten, die auf dem Territorium der Türkei keine andere Ethnie als die der Türken anerkennt. So werden sämtliche Versuche, aus dem maroden Staatsaufbau des Landes eine moderne Demokratie zu formen, als unmittelbare Gefahr für den Fortbestand der Türkei gesehen. Dies schlägt sich auch in einer scharfen EU-kritischen Haltung der Militärs und einiger kemalistischer Eliten nieder. Hierbei scheint ihnen insbesondere die konstruktive Rolle Abdullah Öcalans bei der Suche nach einer politischen Lösung der kurdischen Frage und der demokratischen Transformation des Landes ein Dorn im Auge zu sein. Die Verschärfung seiner Haftbedingungen, die Ausweitung seiner Isolation und die Diskreditierung seiner Rechtsvertreter ist nur die logische Konsequenz.

Erneute Einschüchterungsversuche gegenüber den KurdInnen

Insbesondere die KurdInnen der Türkei sehen im Beitrittsprozess zur EU eine Möglichkeit, ihre politischen und kulturellen Rechte zu verwirklichen. Aus diesem Grund unterstützen sie mehrheitlich die Beitrittsambitionen der Türkei. So scheint die kurdische Frage zu einem Lackmustest für die Aufnahme der Türkei in die EU zu werden. Eine erneute Verschärfung des türkisch-kurdischen Konfliktes, welche die reform- und demokratiefeindlichen Kräfte innerhalb der Türkei forcieren, würde den Beitrittsprozess der Türkei gefährden. Mit extralegalen Hinrichtungen, wie der des zwölfjährigen Ugur Kaymaz und seines Vaters in Mardin/Kiziltepe vor zwei Wochen sowie der des 19-jährigen Hirten Fevzi Can in Semdinli, als auch mit der „Kampagne" gegen die Rechtsanwälte Öcalans soll die kurdische Öffentlichkeit eingeschüchtert und zu unüberlegtem Handeln provoziert

werden. Gleiches gilt auch für den KONGRA-GEL. So reagieren die KurdInnen insbesondere auf Angriffe gegen die Person Abdullah Öcalans sensibel, da dieser auch nach seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung in weiten Teilen der kurdischen Gesellschaft ein hohes Ansehen genießt.

Die internationale Öffentlichkeit ist gefordert

Als Internationale Initiative unterstützen wir den EU-Beitritt der Türkei, wenn damit die Lösung der kurdischen Frage und eine wirkliche Demokratisierung des Landes verbunden sind. Jedoch vertreten wir die Auffassung, dass der Beitrittsprozess nicht nur eine Angelegenheit von Brüssel und Ankara ist. Vielmehr ist es nötig, mit zivilgesellschaftlichen Initiativen diesen Prozess zu begleiten. Jeder Protest gegen Menschenrechtsverletzungen und Beschneidung von demokratischen Freiheiten in der Türkei gewinnt im Zusammenhang des Beitrittsprozesses an Gewicht. Die internationale Öffentlichkeit ist gefordert.

Seit Jahren arbeiten wir mit den Verteidigern von Abdullah Öcalan zusammen. Neben ihrer anwaltlichen Beschäftigung haben sie sich stets für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts und für die Demokratisierung des Landes eingesetzt. So begreifen sie sich nicht nur als Anwälte, sondern auch als Menschenrechtsaktivisten, die sich um die weitere Zukunft ihres Landes sorgen. Oftmals übermittelten sie der türkischen und kurdischen Öffentlichkeit die Lösungsvorschläge und Friedensangebote ihres Mandanten. Das geschah oft unter hohem Risiko. Viele von ihnen sehen sich massiven staatlichen Repressionen ausgesetzt. Nach jedem Mandantenbesuch müssen sie mit staatlicher Verfolgung rechnen. Unter den jetzigen Bedingungen sind ihnen eine angemessene Ausübung ihres Berufes und eine adäquate Verteidigung ihres Mandanten fast unmöglich. Dies zeigt, dass die Türkei noch weit von Rechtsstaatlichkeit entfernt ist. Deshalb bedürfen die Menschenrechtsaktivisten in der Türkei, und somit auch die Öcalananwälte, des Schutzes und der Unterstützung der internationalen Öffentlichkeit. Diese zu gewähren, dazu laden wir Sie ein. Protestieren Sie gegen das illegale Vorgehen der türkischen Behörden! ♦



Nach der Durchsuchung: Rechtsanwalt Okan Yildiz im Gespräch mit der Presse Foto: DIHA

Protestfax/mail an:

Mr. Cemil Çiçek, Ministry of Justice, Adalet Bakanligi, 06659 Ankara, TÜRKEI
E-mail: cemilcicek@adalet.gov.tr
Telefax: (00 90) 312 417 7113

Mr. Abdullah Gül, Foreign Minister and State Minister for Human Rights, Office of the Prime Minister, Basbakanlik, 06573 Ankara, TÜRKEI
E-mail: abdullah.gul@basbakanlik.gov.tr

Botschaft der Republik Türkei, Rungestraße 9, 10179 Berlin
(S. E. Herrn Mehmet Ali Irtemcelik)
Telefax: 030-2759 0915
E-mail: turk.em.berlin@t-online.de

weitere Informationen:
Internationale Initiative
Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan
Pf.: 100511, D-50445 Köln
Tel: +49 221 130 15 59
Fax: +49 221 139 30 71
E-mail: info@freedom-for-ocalan.com
Url: www.freedom-for-ocalan.com

Zum aktuellen Stand im Fall Öcalan

Internationale Initiative "Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan" / Spezial-Dossier Nr. 1

Seit fast sechs Jahren befindet sich Abdullah Öcalan in der geschlossenen Haftanstalt Imrali in Isolationshaft. Mahmut Sakar, einer seiner RechtsanwältInnen, berichtete über die aktuelle Gesundheitssituation und die Haftbedingungen seines Mandanten sowie über ihre eigenen Arbeitsbedingungen als RechtsanwältInnen:

Gesundheitszustand

„Die Atemprobleme unseres Mandanten haben sich nicht verbessert. Beim letzten Zusammentreffen, am 27. Oktober 2004, trafen meine Kollegen unseren Mandanten in einer müden Verfassung an. Seine Gesichtsfarbe sei sehr blass gewesen, das Gesicht eingefallen. Das Sprechen sei ihm schwer gefallen. Ständig habe der Mandant seinen Mundraum von überflüssigen Sekreten gereinigt. Auch sei der Mandant ständig gezwungen gewesen, in kurzen Abständen Wasser zu sich zu nehmen. Desweiteren wurden meine Kollegen Zeugen der ernsten Atemprobleme unseres Mandanten. So haben meine Kollegen ihre Besorgnis über die zunehmende Vergrößerung der walnussgroßen Geschwulste, die im April 2004 am Hinterkopf von Abdullah Öcalan festgestellt wurden, und über seinen rapiden Gewichtsverlust zum Ausdruck gebracht. Sämtliche Anträge für die Verbesserung der Haftbedingungen, für eine Untersuchung durch unabhängige Ärzte oder für eine Entsendung einer unabhängigen Ärztekommssion sind bisher erfolglos geblieben. Bis jetzt wurde uns lediglich über den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mitgeteilt, dass die Beschwerden unseres Mandaten nicht lebensgefährlich seien; wobei diese Aussage nur auf einigen begrenzten Gesundheitsuntersuchungen basiert. Weder wurden uns die genauen Untersuchungsergebnisse mitgeteilt, noch wurden diese Untersuchungen mit Hilfe moderner medizinischer Geräte durchgeführt. Auch hat man es bis heute versäumt, diese Gerätschaften auf die Gefängnisinsel zu schaffen. Es liegt auf der Hand, dass die bisherige medizinische Behandlung keine Besserung des Gesundheitszustandes unseres Mandanten gebracht hat."

Isolationshaftbedingungen

Ununterbrochen, 24 Stunden täglich, werde die Zelle Öcalans beleuchtet und gänzlich durch Kameras überwacht. Ein bisher als Familienbesuchszimmer genutzter Nebenraum sei als Duschraum für die Wachmanschaft verplant, was eine Erhöhung der ohnehin hohen Luftfeuchtigkeit und damit noch weitere Beeinträchtigung seines Gesundheitszustandes befürchten lasse.

In letzter Zeit seien ihm keine Briefe ausgehändigt worden, habe Öcalan im letzten Mandantengespräch mitgeteilt, Tageszeitungen entweder völlig vorenthalten oder nur sporadisch ausgehändigt worden. Dabei würden alle ihn betreffenden Artikel entfernt.

Ein von den Justizbehörden avisiertes neues Boot zum Übersetzen auf die Insel sei noch nicht zum Einsatz gekommen. Dafür hätte sich die Verweigerung von Mandatsbesuchen aufgrund angeblichen „schlechten Wetters" fortgesetzt.

Angriffe auf das Recht der angemessenen Verteidigung

„Meldungen türkischer Medien zufolge soll im Oktober auf einer ordentlichen Versammlung des Nationalen Sicherheitsrates über Abdullah Öcalans Fall diskutiert worden sein. Demnach wurde erklärt, dass man wöchentliche Anwaltsbesuche für nicht nötig befinde und der Kauf eines neuen Bootes für das Übersetzen auf die Insel nicht richtig sei.

In einer Erklärung des Heereskommandanten Yasar Büyükkanit, die dieser am 29. Oktober im Anschluss an die Versammlung des Nationalen Sicherheitsrates gegenüber den Medien abgab, brachte er seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass Herr Öcalan angeblich bessere Lebensbedingungen habe als zu der Zeit seines Aufenthalts in Syrien. Ähnliche Erklärungen wurden auch von anderen hoch gestellten Militärs abgegeben. Demnach würden die Rechtsanwälte für die Kommunikation Öcalans mit der Außenwelt sorgen. In diesen Erklärungen, die allesamt auf uns Rechtsanwälte direkt abzielen, kritisierten die Militärvertreter, dass wir nicht bestraft worden seien, obwohl gegen uns Verfahren eingeleitet wurden. So wäre die Justiz nicht ihrer Aufgabe nachgekommen. Der interessante Aspekt hierbei ist die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft des Militärgerichts des Generalstabs beim Justizministerium einen Antrag zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen das 'Rechtsbüro des Jahrhunderts' [*Asrin Hukuk Bürosu*] und gegen die darin tätigen Rechtsanwälte gestellt hat. Daraufhin eröffnete die Staatsanwaltschaft gegen sechs Anwälte unseres Büros ein Untersuchungsverfahren wegen 'Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation'. [*Siehe auch: „Überfallartige Durchsuchung ...", S. 32*] Vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sind derzeit drei Beschwerdeverfahren unseres Mandanten anhängig. Zusätzlich ist in der Türkei ein weiteres Verfahren gegen unseren Mandanten eröffnet worden. Die oben genannten Angriffe und Interventionen haben dazu geführt, dass uns kaum noch eine adäquate Wahrnehmung des Rechtes unseres Mandanten auf eine angemessene Verteidigung möglich ist. Letztendlich werden wir in unserer Berufsausübung massiv behindert." ♦

Zur Verschleppung Abdullah Öcalans in die Türkei

Wer nahm Abdullah Öcalan in Kenia gefangen?

Interview mit Bülent Ecevit, RADIKAL September 2004

Interview mit dem ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit über die Hintergründe der völkerrechtswidrigen Verschleppung Abdullah Öcalans, geführt von Murat Yetkin, erschienen in der türkischen Tageszeitung „RADIKAL" am 13. September 2004

Am Morgen des 16. Februar 1999 erfuhr die Weltöffentlichkeit durch die Erklärung des damaligen Ministerpräsidenten, Bülent Ecevit, dass der Führer der illegalen PKK, Abdullah Öcalan, in Kenia gefangen genommen worden sei und sich nun in der Türkei in Haft befinde. Bisher sind verschiedenste Versionen darüber verbreitet worden, auf welche Art Öcalan gefangen genommen worden sei. Heute wissen wir, dass davon ein großer Teil nicht der Wahrheit entspricht.

Bis vor kurzem war jedoch nicht bekannt, inwieweit die USA darin verwickelt waren. Die Annahme einer Involvierung der USA stützte sich mehrheitlich auf reine Vermutung. Eine offizielle Verlautbarung steht weiterhin aus. Durch einen Nebensatz eines amerikanischen Diplomaten erhielten die Vermutungen über eine Zusammenarbeit zwischen den USA und der Türkei neue Nahrung. Während einer Pressekonferenz anlässlich eines Zusammentreffens mit dem Vorsitzenden der DYP, Mehmet Agar, am 18. September 2003 in Ankara fügte der amerikanische Botschafter Eric Edelman in einer seiner Antworten auf die Fragen der Journalisten hinzu, dass „man bei der Auslieferung von Herrn Öcalan an die Türkei zusammengearbeitet habe". Es war nur ein kurzer Satz, der dennoch sehr aufschlussreich war.

Ein weiters Eingeständnis kam vom ehemaligen türkischen Staatspräsidenten Süleyman Demirel. So wurde eine Reportage von mir am 16. August 2004 in der RADIKAL veröffentlicht, in der Demirel eingesteht, dass man Öcalan lediglich beobachtet habe. Die Amerikaner seien es gewesen, die Öcalan gefangen nahmen und ihn der Türkei übergaben. Das war ein Wendepunkt. Diese Erklärung erleichterte die Aufklärung der Umstände der Gefangennahme des PKK-Führers. Sie war aber auch in anderer Hinsicht wichtig. Ohne eine Aufklärung der Umstände der Gefangennahme wäre diese nur ein Beispiel für die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus geblieben. Weitaus wichtiger war jedoch die politische Atmosphäre, die sich nach der Gefangennahme Abdullah Öcalans entwickelte. Sie bereitete den überfälligen politischen und rechtlichen Reformen den Boden, welche durchzuführen die Türkei über Jahrzehnte hinweg versäumte.

Eine Stellungnahme von Bülent Ecevit, der dem amerikanischen Vorschlag einer Zusammenarbeit bei der Gefangennahme Öcalans zustimmte und so eine der risikoreichsten Entscheidungen in der republikanischen Geschichte (die von 1974 zu Zypern nicht zu vergessen) zu treffen hatte, stand bislang jedoch aus.

Das hat Ecevit nun nachgeholt. So gibt er zu, jeder Nachfrage von Journalisten über die türkische Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Geheimdienst bewusst ausgewichen zu sein. Da das Thema nun öffentlich diskutiert werde, sei die Zeit gekommen das Wort zu ergreifen, so Ecevit. Das, was er zu sagen hat, ist für viele, ob Historiker oder Politiker, von Bedeutung. Einerseits zeigt dies die Unbestimmtheit der Entscheidungsprozesse des türkischen Verwaltungssystems auf, anderseits wird dadurch auch klar, dass man nach einer Entscheidung bis zum Letzten zu gehen bereit ist, selbst dann, wenn der Ausgang nicht abzusehen ist. Nachfolgend geben wir nun das Gespräch wieder, das wir mit Bülent Ecevit über die Hintergründe der Gefangennahme des PKK-Führers, Abdullah Öcalan, geführt haben:

RADIKAL: Von wem wurden Sie zuerst über den amerikanischen Wunsch nach Zusammenarbeit bei der Gefangennahme von Abdullah Öcalan unterrichtet?

ECEVIT: Am 4. Februar 1999 vom Chef des türkischen Geheimdienstes, Senkal Atasagun.

Was dachten Sie in diesem Moment?

Ich freute mich natürlich.

Was haben Sie geantwortet?

Wenn sich diese Lösung verwirklichen lässt, sollten wir es versuchen.

Wem haben Sie die Nachricht zuerst mitgeteilt?

Ich informierte umgehend den Staatspräsidenten, Süleyman Demirel, und den Generalstabschef, Hüseyin Kivrikoglu. Außer diesen beiden sagte ich zu niemandem etwas. Denn anders wäre

diese brisante Information nicht zu kontrollieren gewesen. Ich erzählte nicht einmal meiner Frau Rahsan davon. An jenem Abend versammelten wir uns. Sowohl Demirel als auch Kivrikoglu waren der Meinung, dass wir es versuchen sollten. Danach beauftragten wir Atasagun mit der Ausführung.

Führte er persönlich die Operation an?

Ja. Wir standen jeden Tag in Verbindung. Täglich unterrichtete er mich über den Verlauf der Dinge. Unser Einsatzkommando war damals in Afrika. Täglich wechselte es seine Stellung. Zeitweise hatten wir Bedenken, dass es auch diesmal nicht klappen würde. Aber Herr Senkal vertraute seinen amerikanischen Geheimdienstkollegen. Er sagte, wir sollten uns keine Sorgen machen und dass die Sache erfolgreich abgeschlossen würde.

Warum zog sich die Angelegenheit so lange hin? War vorher ein Zeitpunkt festgelegt worden? Warum verzögerte sich die Aktion?

Nein, es gab keinen festgelegten Zeitpunkt. Eigentlich war die Angelegenheit sehr kompliziert. Denn die Amerikaner führten schlussendlich eine inoffizielle Operation durch. Deshalb war es auch für sie wichtig, dass die Angelegenheit vertraulich blieb. Wie Sie vielleicht bemerkt haben, wich ich bis vor kurzem jeder Nachfrage von Journalisten nach der türkischen Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Geheimdienst bewusst aus. Nachdem nun offen darüber diskutiert wird, kann ich darüber auch mit Ihnen sprechen.

Als Atasagun Ihnen den amerikanischen Vorschlag unterbreitete, fragten Sie sich nicht, was die amerikanische Regierung dazu bewegte?

Wir fragten nicht nach. Wir gingen auch nicht auf Einzelheiten ein. Vordringlichstes Interesse war der Erfolg der Operation. Außerdem war auch zu beachten, ob dieser Vorschlag auf Beschluss der amerikanischen Regierung hin unterbreitet wurde oder ob dieser eine Initiative des CIA war, der ein derartiges Vorgehen nicht im Widerspruch zu der Politik der USA und Türkei sah. Das war nicht klar.

Fragten Sie nicht nach?

Nein. Denn dies hätte eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der USA bedeutet. Ich konnte während meiner Amtszeit als Ministerpräsident interessante Beobachtungen über das Vorgehen von Geheimdiensten machen. Dies wird sie wahrscheinlich interessieren. Zwischen den Geheimdiensten einiger Länder bestanden eine engere Beziehung, ein intensiverer Dialog und eine engere Zusammenarbeit als dies zwischen den Regierungen ihrer Länder der Fall gewesen ist. Die am dringendsten benötigte Information kam immer im richtigen Moment von den Nachrichtendiensten einiger Länder, von denen man es nicht erwartet hätte. In diesem Zusammenhang wurden nicht nur Informationen, sondern auch Leute ausgetauscht. Sie belogen sich nicht. Sie hatten eine interessante Atmosphäre der beruflichen Solidarität und des Vertrauens geschaffen. Demzufolge wussten wir nicht, inwieweit der Vorschlag, welcher dem MIT unterbreitet wurde, der Initiative des CIA oder dem direkten Beschluss der amerikanischen Regierung entsprang. Uns blieb nichts anderes übrig als zu vertrauen. Eine Nachfrage hätte zu Komplikationen führen können.

Also, der Geheimdienstchef des MIT, Atasagun, kam zu Ihnen und sagte, die Amerikaner wollen Öcalan übergeben, und fragte, was man ihnen denn antworten solle. Sie haben wiederum im Vertrauen auf Atasagun ihre Zustimmung gegeben. War dem so?

Ja. Dem war so.

Wenn dem so war, haben das der Staatspräsident und der Generalstabschef nicht hinterfragt?

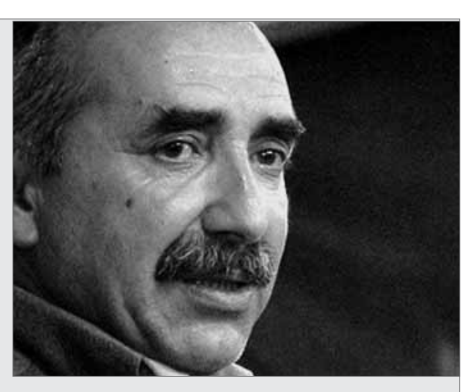
Nein. Wir beschäftigten uns nicht mit den Einzelheiten. Es war klar, was zu tun war. Wie ich schon sagte, wir beauftragten Herrn Senkal mit der Durchfüh-

Türkische Armee setzt auf Eskalation

Stellungnahme von Murat Karayilan, Vorsitzender des Verteidigungskomitees des Kongra-Gel (Volkskongress Kurdistan) anlässlich der Angriffe auf Abdullah Öcalan und seine AnwältInnen sowie der sich ausweitenden militärischen Operationen der türkischen Armee in den kurdischen Gebieten der Türkei

Murat Karayilan kritisierte Äußerungen von General Büyükanit als Kriegstreiberei. Derartige Methoden hätten über zwanzig Jahre hinweg zu keinem Ergebnis geführt und würden dies auch weiterhin nicht tun. In diesem Zusammenhang wies Karayilan auf die zunehmende Zahl und Intensität der Militäroperationen hin. So sei das ein Anzeichen dafür, dass der Krieg offenbar ausgeweitet werden solle.

General Yasar Büyükanit, Oberkommandierender der türkischen Armee, hatte in Äußerungen bei einem Empfang anlässlich des türkischen Nationalfeiertages eine Verbindung zwischen Abdullah Öcalan, seinem Verteidigerteam und den *Volksverteidigungskräften* (HPG) hergestellt. Karayilan interpretierte dies als Versuch, die aktuelle Diskussion über eine Lösung der kurdischen Frage zu verzerren. „Diese Äuße-



rungen, ausgesprochen in einer Zeit, in der die Türkei den EU-Beitritt diskutiert, in der die Geschwisterlichkeit der Völker diskutiert wird, in der man die Gewalt endgültig zu den Akten legen will, riechen förmlich nach Krieg. Die

rung.

Beschlossen Sie damals Öcalan auf Imrali zu inhaftieren, vorausgesetzt, man kann seiner habhaft werden?

Diese Entscheidung musste schnell getroffen werden. Die auf Imrali inhaftierten Gefangenen mussten verlegt und militärische Einheiten dorthin entsandt werden, welche die notwendigen Vorbreitungen zu treffen hatten. Natürlich war dabei auch das Ressort des Justizministeriums betroffen. Trotz der begrenzten Zeit konnten die Arbeiten mit größter Geheimhaltung und hohem Tempo durchgeführt werden. Die Renovierung von Imrali wurde deshalb auch getarnt durchgeführt.

Es wird immer wieder kolportiert, dass die Amerikaner für die Übergabe Öcalans ein Absehen von der Hinrichtung bzw. seine Nicht-Tötung zur Voraussetzung gemacht hatten. War dies bei dem besagten Zusammentreffen ein Thema?

Während meiner Regierungszeit wäre das nicht in Frage gekommen. Im Programm der DSP war auch die Forderung nach der Abschaffung der Todesstrafe verankert. Die DSP war sowieso gegen die Todesstrafe. So war klar, dass wir noch bis zu den Wahlen vom 18. April im Amt bleiben würden. Soweit ich das in persönlichen Gesprächen mit Vertretern der türkischen Streitkräfte beurteilen konnte, war dies auch in ihrem Sinne, auch wenn das so offen nicht gesagt wurde. Später in der Koalitionsperiode wandte sich auch die ANAP gegen die Hinrichtung. Auch wenn die MHP eine andere Sichtweise vertrat, kam sie dennoch an den Punkt, dem nicht mehr im Wege stehen zu wollen.



Frauen demonstrieren auf dem Basar in Istanbul gegen die Isolation Öcalans: „Kein Leben ohne den Vorsitzenden" Foto: DIHA

Hatten Sie nach der Gefangennahme und Auslieferung Öcalans mit der amerikanischen Regierung Kontakt aufgenommen bzw. sich bedankt?

Nein. Haben wir nicht. Das hat Herr Senkal mit seinen Ansprechpartnern getan. Wir hätten dies nicht gekonnt. Denn in diesem Fall hätten wir die Angelegenheit als eine staatliche Politik der USA anerkannt. Das hätte die Amerikaner in Schwierigkeiten bringen können. Nicht nur im sicherheitsrelevanten Sinne, sondern auch im politischen

Völker brauchen jedoch den Frieden." Die in den Äußerungen Buyükanits zum Ausdruck kommende Logik des Generalstabes führe nicht zu einer Lösung, sondern in die Sackgasse, so Karayilan. „Abdullah Öcalan unternimmt seit sechs Jahren alles Mögliche für den Frieden, obwohl er sich verschärften Isolationshaftbedingungen ausgesetzt sieht. Es ist eine Verzerrung der Tatsachen, wenn behauptet wird, er führe trotz seiner Isolationshaft auf Imrali die Organisation."

Karayilan erinnerte daran, dass der Volkskongress Kurdistan (Kongra-Gel) einen Exekutivrat und eine Vollversammlung sowie die *Volksverteidigungskräfte* (HPG) einen Kommandorat und ein Parlament besitzen würden. Diese leiteten auch die Organisation, so Karayilan. Die Angriffe des Oberkommandierenden der Armee gegen Öcalan und seine Anwälte hätten das Ziel, die vorhandenen Spannungen weiter zu verschärfen. Der Kongra-Gel hingegen bemühe sich in jeder Hinsicht um Deeskalation. „Selbst die derzeitige bewaffnete Konfrontation wird seitens der HPG sehr kontrolliert geführt, man bemüht sich, eine Eskalation zu vermeiden", so Karayilan. Er erinnerte daran, dass ein Krieg mit Tausenden von Toten möglich gewesen wäre, hätte Abdullah Öcalan nicht auf einer friedlichen Lösung beharrt.

Karayilan wies auch darauf hin, dass die Diskussionen in der Türkei über Begriffe wie Demokratie und Rechtsstaat u. a. auch ein Ergebnis der Bemühungen Öcalans seien. Die Armee verzerre diese Tatsache und zeige so, dass sie eine Eskalation der Konfrontation wolle. Gleichzeitig habe sie die Operationen in Nordkurdistan verstärkt: Karayilan sagte, dass ein Ignorieren dieser Entwicklung unübersehbare Folgen nach sich ziehen könnte. Für diese wäre dann der türkische Staat und nicht die Guerilla verantwortlich.

(...)

MHA / 31. Oktober 2004

Sinne war es notwendig, dass die Sache geheim blieb. Wir sagten, es soll nur so weit bekannt sein, wie es die Amerikaner selbst öffentlich machen. Wenn sich nun an diesem Punkt ein Staatsmann einmischt, gewinnt die Angelegenheit eine ganz andere Dimension.

Der Bürger fragt sich nun, wenn die Vertreibung Öcalans aus Syrien und seine Gefangennahme möglich war, warum man denn so lange damit gewartet hat bzw. warum noch so viel Blut vergossen werden musste? Hätte dies nicht schon viel früher geschehen können?

Vielleicht wäre es möglich gewesen. Hierfür hätte die Stärke der Türkei ausgereicht. Natürlich müsste man dies die vorherigen Regierungen fragen. Nun ist es aber so, dass sich während meiner Amtszeit als Ministerpräsident die Voraussetzungen für einen Zugriff ergaben. Als eine Umsetzung möglich schien, ergriffen wir die notwendigen Maßnahmen. Natürlich geschah dies mit der Hilfe der Amerikaner. Auf eine andere Art wäre es nicht möglich gewesen.

Was war das politische Interesse, das die Amerikaner zu solch einem Schritt bewog?

Das versuche ich immer noch zu verstehen. Vielleicht waren sie der Meinung, dass eine Bewegung, die nicht unter der Kontrolle der USA steht und zudem terroristisch und separatistisch agiert, sowohl der Türkei als auch den USA großen Schaden zufügen könnte. Denn wenn wir heute das Verhalten der USA im Nordirak betrachten, lässt sich dies als widersprüchlich klassifizieren. Weder unternehmen die USA etwas gegen die PKK noch erlauben sie es der Türkei. So, wie wir es befürchtet hatten, ist für uns die PKK im Nordirak zu einem Problem geworden.

Wenn die USA nichts gegen die kurdische Bewegung unternehmen, ist zu befürchten, dass dies vom türkischen Volk als Unterstützung dieser Bewegung ausgelegt wird, was anti-amerikanische Vorurteile schüren könnte. In dieser Hinsicht war der ehemalige amerikanische Präsident, Bill Clinton, völlig anders. Das Amerika der zweiten Bushperiode strebt nach der Kontrolle über den gesamten Mittleren Osten. Es entwirft ihr eigenes Projekt vom Mittleren Osten. Im Irak kommt Amerika kaum einen Schritt voran. Der palästinensische Staat soll de facto vernichtet werden. Sollen jedoch in der Region demokratische und säkulare Regime dominieren, kann dies nicht mit der Vernichtung des palästinensischen Staates geschehen. So wird nur das Chaos vertieft und der Terror angefacht.

Konnten Sie voraussehen, dass nach der Gefangennahme Öcalans die terroristischen Akte abnehmen werden?

Das war klar. Der Terror hörte auf. Öcalan war in unserer Hand ein wichtiges Faustpfand. So dachten seine Gefolgsleute, wenn sie in der Türkei weiterhin Terror verbreiten würden, könnte das Leben von Apo in Gefahr geraten. Jeder verstand, dass die Türkei gegen den Terror entschlossen und unerbittlich vorgeht.

Was wäre gewesen, wenn Öcalan im Laufe der Operation getötet oder später hingerichtet worden wäre?

Seine Sympathisanten hätten ihn zum Märtyrer ausgerufen. Der Terror hätte nicht aufgehört. Unsere außenpolitischen Beziehungen hätten großen Schaden genommen. Deshalb war eine Verhinderung der Hinrichtung lebenswichtig.

Inwieweit hat die Gefangennahme Öcalans den Reformprozess in der Türkei beeinflusst?

Es hat den Reformprozess erleichtert. Zusammen mit der Neutralisierung des Terrors konzentrierte sich die von mir geführte Regierung auf politische und soziale Maßnamen. Wir haben zwar nicht schnell genug reagiert, dennoch versuchten wir diese Gelegenheit zu nutzen. Herr Devlet Bahceli unterstützte das trotz der heftigen Gegenreaktionen aus seiner Partei. Das war für einen Vorsitzenden der MHP garantiert nicht leicht. Für den genannten Prozess wirkte sich das jedoch sehr konstruktiv aus.

Hat die Gefangennahme Öcalans bei Ihrem Wahlsieg vom 18. April 1999 eine Rolle gespielt?

Zu keiner Zeit hatte ich den Erfolg der Aktion allein beansprucht. Ich sagte stets, dass dies ein Erfolg des Staates war. Das wiederum stieß in der Öffentlichkeit auf ein positives Echo. Auch wenn es nicht der einzige Faktor war, die Gefangennahme Öcalans trug zum Erfolg der DSP bei. Wir erlebten aber auch schon früher derartige Wahlerfolge. Vor dem 12. September 1980 kamen wir zusammen mit der CHP auf 41 Prozent der Stimmen. Wäre der Militärputsch nicht gewesen, wären wir als Sieger aus der Wahl hervorgegangen.

Sie befanden sich an der Spitze der Regierung. Hat dies die amerikanischen Überlegungen hinsichtlich einer Auslieferung Öcalans beeinflusst?

Das habe ich noch immer nicht ganz begriffen. Möglich ist das schon. Unsere Beziehungen zu den USA waren sowohl freundschaftlich als auch kompliziert. Die USA sind ein mächtiges Land. Sie sind unsere Verbündeten. Von Zeit zu Zeit richteten die USA gewisse Ersuchen an uns. Solange diese nicht unseren nationalen Interessen entgegenstanden, bemühten wir uns sie zu erfüllen. In den amerikanisch-türkischen Beziehungen habe ich stets die nationalen Interessen der Türkei offen angesprochen, ich habe die Amerikaner nie angelogen. Diesbezüglich ließ ich die Amerikaner niemals im Unklaren. Deshalb konnte ich mit den Amerikanern entspannter und vertraulicher Beziehungen knüpfen, als dies manchen anderen europäischen Ländern möglich ist. ♦

Das Interview mit Murat Yetkin ist ebenfalls dem Spezial-Dossier Nr. 1 der „Internationalen Initiative Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan“ entnommen.

Kontakt:
Internationale Initiative
Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Pf.: 100511, D-50445 Köln
Tel: +49 221 130 15 59
Fax: +49 221 139 30 71
E-mail: info@freedom-for-ocalan.com
Url: www.freedom-for-ocalan.com

PJAK vertritt eine klare Antikriegs-Position

Die Ungerechtigkeit muss ein Ende finden

Haji Ahmadî, Generalsekretär der "Partei des freien Lebens in Kurdistan" (Partî Jiyanî Azad a Kurdistan, PJAK)

Herr Ahmadî, Sie sind Generalsekretär der PJAK, einer im iranischen Teil Kurdistans aktiven Organisation.
Können Sie den Leserinnen und Lesern bitte Ihre Partei vorstellen: Wann wurde sie gegründet, welche Ziele verfolgt sie und wie hoch ist der Anteil der in ihr organisierten Frauen?

Bei der PJAK handelt es sich zwar um eine neue, aber nicht neu gegründete Partei. Seit etwa 1998 haben kurdische Jugendliche und Intellektuelle des Iran an ihrer Entstehung vorbereitend gearbeitet. Sie wurden in den Bergen Kurdistans ausgebildet und organisiert. Im April dieses Jahres war es dann so weit, die Partei zu gründen. Auf einem Kongress in den Kandil-Bergen, an dem ca. 200 Menschen teilnahmen, kamen ein Viertel der Anwesenden aus Ostkurdistan (West-Iran). Wir waren lange Zeit nicht in der Lage, uns gegen die (All-) Macht der Ayatollahs zu verteidigen. Durch die Entwicklung des militärischen Armes der PJAK, der HAK, Hêza Azadiya Kurdistan [*Befreiungskräfte Kurdistans*], wurde die Möglichkeit geschaffen zu handeln. Ohne Verteidigung hätten wir keinerlei Chance, auch nur einen Schritt weiterzukommen, weil unsere Kader aufgrund ihrer politischen Aktivitäten sehr schnell im Gefängnis gelandet wären. Doch möchte ich deutlich machen: PJAK vertritt eine klare Antikriegs-Position. Die Guerilla existiert ausschließlich zu unserer Verteidigung.

Zu den Zielen: Wir haben auf dem Kongress ein Parteiprogramm verabschiedet, das sämtliche gesellschaftspolitischen Bereiche abdeckt. Es gab einhellige Zustimmung für ein demokratisches föderales System im Iran, weil es sich hier um einen Vielvölkerstaat handelt. Solange die verschiedenen Völker und Minderheiten keine Rechte haben, bleiben sie unfrei, werden gegen Verleugnung kämpfen und ihrer verständlichen Unzufriedenheit Ausdruck verleihen. Nur durch einen Föderalismus sehen wir die Rechte aller im Iran lebenden Völker und Minderheiten gewährleistet. Beispielhaft möchte ich die Schweiz oder Belgien nennen, wo es ja auch eine friedliche Koexistenz gibt. Erst ein gleichberechtigtes Leben kann den Menschen eine würdevolle Existenz und Entfaltung ermöglichen.

Die PJAK fordert für das kurdische Volk (wie für alle anderen Ethnien) das Recht, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Hierfür kämpfen wir mit allen Kräften, die diese Haltung teilen: kurdische, aserbaidschanische, turkmenische oder arabische. Und egal, ob Schah oder Ayatollah, die gerade Herrschenden sehen in derartigen Aktivitäten die Gefahr von Separatismus. Dabei sind es genau die, die durch ihre repressive Politik dazu beitragen, dass der Iran vielleicht eines Tages auseinander bricht wie Jugoslawien. Wenn es keine ökonomische Benachteiligung bestimmter Regionen oder Völker gibt und ein demokratisch funktionierendes System existiert, warum sollten die Menschen den Iran verlassen? Wir kämpfen gegen Unterdrückung und Ungleichheit. So gibt es im kurdischen Gebiet z. B. keine Unternehmen und keinerlei Industrie. Lediglich ein kleiner Zuckerbetrieb kann einigen Menschen ein Einkommen sichern, allerdings saisonbedingt nur für eine kurze Zeit.

Seit kurzem werden kurdisch-sprachige Zeitungen angeboten und TV-Sendungen in Kurdisch gibt es ebenso. Das alles reicht aber für 10–12 Millionen Menschen, die ihre Sprache, Kultur und Tradition leben wollen, bei weitem nicht aus. Wir möchten, dass unsere Kinder in den Schulen in ihrer Muttersprache ler-



Internetpräsenz der PJAK – http://www.pjak.info/

nen. Es ist eine Qual, wenn ein Kind, das nicht persisch versteht, in der Schule diese Sprache lernen muss. Sie wird gelehrt, aber den Inhalt versteht man nicht. Ich kann mich da noch sehr gut an meine Schulzeit erinnern.

Diese Ungerechtigkeit muss ein Ende finden. Die Absicht des iranischen Regimes, uns zu vernichten, wird nicht gelingen. Aus eigener Kraft können wir dieses System allerdings nicht verändern. Das wird nur mit anderen gemeinsam und auf politischem Wege gelingen.

Zur Frauenfrage: Im Vergleich zu anderen kurdischen Organisationen (mit Ausnahme des KONGRA-GEL) in Gesamtkurdistan sind wir ohne Zweifel die fortschrittlichsten. So waren auf dem Kongress im April mehr als ein Drittel der Teilnehmenden Frauen. Das gilt auch für die Präsenz der Frauen im Zentralkomitee der PJAK. Das Politbüro besteht aus 7 Personen, 3 davon sind Frauen. Somit sind sie ein Machtfaktor. Durch die Aktivitäten der Frauen ist beispielsweise die Analphabetenrate bei den iranischen Kurdinnen sowohl in Europa als auch in Iran-Kurdistan erheblich gesunken. Das darf uns aber nicht zur Zufriedenheit führen, auf der wir uns ausruhen könnten. Auf unserem nächsten Kongress wollen wir versuchen, dass Männer und Frauen zu gleichen Teilen mitwirken. Das ist unser Ziel, daran arbeiten wir. Solange es keine Gleichberechtigung von Männern und Frauen gibt, können wir nicht von einer freien Gesellschaft reden. Natürlich stehen wir mit unserem Gesellschaftskonzept zum Teil in erheblichem Widerspruch zum Islam. So ist in unserem Programm eine Gleichbehandlung von Mann und Frau im Erb- und Zeugenrecht festgelegt – eine unglaubliche Forderung in einem Gottesstaat wie dem Iran. Diese Entwicklung ist allerdings nicht vom Himmel gefallen, sondern das Ergebnis des Apoismus. Abdullah Öcalan hat die Basis für ein Bewusstsein geschaffen, das die Zukunft des kurdischen Volkes eng mit der Befreiung der Frau verbindet. Deshalb kann es für die PJAK nur heißen: Wir müssen die Hälfte der Gesellschaft gewinnen!

Welche Resonanz und Unterstützung finden Ihre politischen Vorstellungen und Forderungen in der kurdischen Bevölkerung?

Was wir bisher erleben, stimmt uns sehr positiv. Das Volk ist (wieder) wach geworden und begegnet uns mit Sympathie. Unsere Mitglieder und Kader arbeiten jetzt überall in Kurdistan. Darüber ist die islamische Regierung sehr erschrocken. Seit sie mitbekommen hat, dass sich das Volk, vor allem Jugendliche und Frauen, in Richtung PJAK orientieren und organisieren und es sich nicht nur um 50–60 Aktive handelt, hat sie damit begonnen, gegen uns den Krieg zu eröffnen.



Wie sind die Arbeitsbedingungen für Ihre Partei in Iran-Kurdistan?

Unsere Parteiarbeit muss leider unter klandestinen Bedingungen stattfinden, also im Untergrund. Wegen ihrer Aktivitäten sind unsere Kader ständig von Inhaftierung bedroht. Die PJAK ist inzwischen zum Feindbild geworden. Wir werden in der iranischen Presse des „Separatismus" bezichtigt. Obwohl nichts dergleichen weder in unserem Programm noch in unseren Erklärungen steht. Separatismus ist nicht unser Ziel.

In den vergangenen Monaten gab es häufiger militärische Operationen der iranischen Armee gegen die Befreiungskräfte Kurdistans. Die kurdische Bevölkerung von mehreren Dörfern an der irakisch-iranischen Grenze soll aufgefordert worden sein, ihre Orte zu verlassen. Außerdem heißt es, die iranische Armee operiere mit Unterstützung der Türkei gegen ZivilistInnen und die Guerilla. Was können Sie zur aktuellen Situation sagen? Warum greift die iranische Armee überhaupt die KurdInnen an?

Zwischen dem Iran und der Türkei existieren Hunderte von historisch begründeten Problemen und Konflikten, alleine schon, weil die Türkei laizistisch geprägt und der Iran ein hundertprozentig islamischer Staat ist. Die einzige Gemeinsamkeit bildet die Bekämpfung des „kurdischen Problems". Das derzeitige Bündnis wird dennoch nicht von langer Dauer sein. Die komplexen und komplizierten historischen Hintergründe hier ausführlich darzulegen, würde unser Gespräch sprengen. Die Konflikte gehen vor allem zurück auf die 1923 im Vertrag von Lausanne vorgenommene Besiegelung der Vierteilung Kurdistans unter den Ländern Türkei, Syrien, Iran und Irak. Gegen die damit verbundenen massiven Vernich-

tungs- und Verleugnungsversuche in den jeweiligen Ländern, haben sich die KurdInnen stets widersetzt. Trotz vieler Rückschläge hat sich das kurdische Volk immer wieder organisiert, um gegen die Unterdrückung zu kämpfen. Mit der islamischen Revolution 1979 begannen die KurdInnen ihren Widerstand hiergegen. Fast zur gleichen Zeit formierte sich in der Türkei die PKK, die in der Folge zu einem Machtfaktor geworden ist und großen Einfluss nehmen konnte. Die kurdische Frage ist nach Europa gebracht worden. Seitdem wird der Konflikt weltweit thematisiert, auch, weil KurdInnen wegen politischer Verfolgung in alle Welt emigrieren mussten und dort immer wieder den Finger in die offenen Wunden legen.

Zu den aktuellen Angriffen möchte ich wiederholen, dass das daran liegt, dass sich das iranische Regime 10 Jahre lang sicher gewesen ist, die KurdInnen in ihrem Land mundtot gemacht zu haben. Es fühlte sich sozusagen als Herr der Lage. Als die PJAK ihre Gründung bekannt gegeben hat, wurde man allerdings hellhörig. Erst glaubten sie, dass Aktivitäten lediglich im Norden Ost-Kurdistans stattfinden. Deshalb begann die iranische Armee, Sondereinheiten in dieser Region einzusetzen. Doch als der Kampf von unserer Seite auf die gesamte Region Kurdistans ausgeweitet wurde, reagierte das Militär entsprechend. Tatsächlich wurden Menschen aus ihren Dörfern vertrieben, verhaftet, ins Gefängnis geworfen oder man ließ sie verschwinden. Inzwischen hat sich das iranische Militär allerdings wieder zurückgezogen. Jetzt wird versucht, mit Gewalt, Geld und Unterdrückung Menschen als Dorfschützer gegen ihre Landsleute anzuwerben. Wir klären das Volk über diese Methoden des iranischen Staates auf und versuchen, sie durch Aktivitäten hiervon zu distanzieren. Und das tun wir durchaus mit Erfolg.

Wenn wir angegriffen werden, verteidigen wir uns – überall in Ost-Kurdistan. Wir sind anwesend! Und das weiß der iranische Staat.

Zur gleichen Zeit wollen wir unsere Bemühungen um politische Lösungen fortsetzen.

Von verschiedenen Seiten besteht großes Interesse, die KurdInnen aufzuhetzen und gegeneinander kämpfen zu lassen. Zur Verhinderung dieser Spaltungsversuche und einer Teile-und-herrsche-Politik wollen wir eine Plattform organisieren, was zugegebenermaßen recht schwierig ist. Als „neugeborenes Kind" stehen wir hier noch am Anfang. Zuerst einmal müssen wir als Fundament eines solchen Zusammenschlusses Vertrauen aufbauen.

Im Iran müssen unbedingt ähnliche Reformschritte begonnen werden wie in der Türkei.

Wie bewerten Sie die zunehmenden Drohungen der USA und Europas gegen den Iran?

Für die USA wäre ein militärischer Einmarsch in den Iran nicht so einfach durchzuführen wie in den Irak. Das Land ist sehr viel größer und es müssten Millionen von Soldaten mobilisiert werden. Außerdem ist der Iran ein Vielvölkerstaat.

Die Ayatollahs wissen, dass, sollte der Irak zur Ruhe kommen, der Iran an der Reihe ist. Weil das Regime das verhindern will, unterstützt es Kräfte der Destabilisierung, um den Krieg im Irak aufrechtzuerhalten.

Wir KurdInnen wollen jedenfalls auf freundschaftlicher Basis politisch arbeiten. Wenn der Iran unsere Rechte akzeptiert, werden wir uns gegen jegliche Angriffe auf das Land wenden. Doch im Augenblick gibt es leider keinerlei Signale in diese Richtung. Im Gegenteil: Durch die militärischen Angriffe gegen die PJAK wird Unruhe gestiftet. Alleine können wir KurdInnen eine Veränderung oder Demokratisierung nicht schaffen. Das ist einzig möglich mit allen fortschrittlichen Kräften des Iran.

Wie ist das Verhältnis Ihrer Partei zu den südkurdischen Parteien KDP und PUK?

Wir wollen normale Beziehungen zu **allen** kurdischen Organisationen und versuchen in einen Dialog zu kommen. Allerdings haben wir bisher noch keine Schritte unternommen. Das Verhalten der beiden Organisationen ist kontraproduktiv. Es erzürnt mich, dass eine wirkliche Einigung zwischen den Beiden nicht stattfindet. Immer noch gibt es zwei Regierungen: in Erbil und Süleymania. Es wäre besser, sie würden sich zusammenschließen, um nicht zum Spielball von fremden politischen Interessen zu werden bzw. zu bleiben. Anfang Oktober hat die PJAK einen Offenen Brief an alle kurdischen Organisationen gerichtet. In ihm rufen wir dazu auf, eine Plattform zu gründen, um Pläne der Türkei, des Iran und Syriens abzuwehren, die gegen die KurdInnen gerichtet sind.

Gibt es an den Lebensbedingungen der iranischen KurdInnen einen Unterschied zwischen der Zeit vor und nach dem 11. September 2001 bzw. vor und nach der US-Invasion in Irak?

Nach dem 11.9. hat sich für die KurdInnen im Iran eigentlich nichts wesentlich geändert. Allerdings haben die Feindseligkeiten zwischen den USA und dem Iran zugenommen und die Konservativen konnten gegenüber den Gemäßigten die Oberhand gewinnen. Ein Reformprozess ist weit und breit nicht sichtbar.

Was erwartet die PJAK von Europa bzw. von Deutschland?

Die EU sollte ihre Doppelmoral nicht länger fortsetzen, sondern eine an der Realität orientierte Politik verfolgen, um die Probleme lösen zu können. Es gibt nahezu 40 Millionen KurdInnen. Wir brauchen endlich einen Namen und wollen anerkannt werden. Solange das nicht geschieht, wird es keine Ruhe geben. Es gibt nur eine Möglichkeit: eine politische Lösung und die Aufnahme eines Dialoges mit allen kurdischen Organisationen, einschließlich des KONGRA-GEL.

Weil Deutschland der wichtigste Partner der Türkei ist, sollte es auch eine Schlüsselrolle übernehmen und zwischen den Konfliktparteien moderieren. Es sollte sich verantwortlich fühlen, damit es nicht eines Tages zu spät ist – für Deutschland und die EU. ♦

Das Interview mit Haji Ahmadî führte Monika Morres im November 2004.

Zur aktuellen Situation von Nuriye Kesbir

Keine Auslieferung Nuriye Kesbirs an die Türkei!

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.

Nach der Bestätigung des Auslieferungsurteils durch den niederländischen Justizminister Jan Piet Hein Donner hatte am 1. November das höchste Gericht positiv über den Widerspruch der AnwältInnen Nuriye Kesbirs entschieden und die Auslieferung für rechtswidrig erklärt.

Im Vorfeld des Prozesses fanden in vielen Städten Europas Aktionen und Hungerstreiks vor niederländischen Konsulaten und Botschaften statt. Am 30. Oktober gab es eine Demonstration gegen die Auslieferung Nuriye Kesbirs, die europaweit von Tausenden unterstützt wurde.

Der niederländische Justizminister hat jedoch das Urteil vom 1. November sofort wieder angefochten und damit seinen unbedingten Willen zur Auslieferung Nuriye Kesbirs einmal mehr unter Beweis gestellt.

Die Warnungen vieler kurdischer Frauen- und Menschenrechtsinstitutionen, darunter Amnesty International, die Vereinten Nationen und der türkische Menschenrechtverein IHD, scheinen für ihn keine Bedeutung zu haben.

Piet Hein Donner beharrt weiterhin auf seiner rein politischen Entscheidung, welche die Menschenrechtsverletzungen und die Situation in den Gefängnissen der Türkei, den durch die türkische Regierung boykottierten Friedensprozess wie auch die Nichtumsetzung der auf Druck der internationalen Öffentlichkeit kürzlich erfolgten Gesetzesänderungen völlig außer Acht lässt.

Infolgedessen wurde Nuriye Kesbir auch nicht freigelassen. Am 22. November wurde entschieden, dass sie bis zur nächsten Verhandlung am 20. Dezember 2004 in Haft bleiben müsse.

Angesichts dieser Entwicklung schätzen die AnwältInnen und FreundInnen Nuriye Kesbirs nach der ersten Freude über die positive Gerichtsentscheidung ihre Aussichten doch eher negativ ein.

Das bedeutet, dass die Aktionen und Proteste gegen die Auslieferung so lange weitergehen müssen, bis die Freilassung und der sichere Aufenthalt Nuriye Kesbirs garantiert sind.

Wenn wirklich Gerechtigkeit gewollt ist, dann rufen wir den niederländischen Justizminister dazu auf, sich ernsthaft für die Verbesserung der Haftbedingungen und der Menschenrechtssituation und den Frieden in der Türkei einzusetzen.

Wir rufen die niederländische Justiz auf, sich nicht von Politik und Wirtschaft unter Druck setzen zu lassen und die Unabhängigkeit der demokratischen Justiz zu verteidigen.

Wir rufen die Öffentlichkeit auf, nicht in ihrer Aufmerksamkeit nachzulassen und weiterhin auf jede Art und Weise ihren Protest zum Ausdruck zu bringen.

Informiert Eure NachbarInnen, FreundInnen, Gruppen und Organisationen. Auch in Eurer Gegend finden Aktionen gegen die Auslieferung Nuriye Kesbirs statt. Ihr politisches Asyl muss anerkannt werden. Dieses Menschenrecht darf nicht politischen und ökonomischen Interessen zum Opfer fallen.

Freiheit für Nuriye ist ein Schritt zur Freiheit aller. ♦

Cenî, 1.12.2004







Freiheit für Nuriye Kesbir, Demonstration in Den Haag — Foto: A. Bender

Frauen-Seminar auf dem Europäischen Sozialforum

Schön war die Teilnahme der Frauen aus vielen Ländern

Mit Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. sprach Eva Erle

Ihr habt auf dem Europäischen Sozialforum ein Seminar angeboten, was war das genaue Thema?

Der Titel unseres Seminars war in diesem Jahr „Frauen in Südostasien, im Mittleren Osten und Europa im Widerstand gegen patriarchale, staatliche und religiöse Gewalt." Dieser Titel hat sich im Laufe der Vorbereitungen so ergeben. Wir wollten auf dem Europäischen Sozialforum (ESF) die zunehmende fundamentalistische Gewalt gegen Frauen thematisieren und wie diese Gewalt durch staatliche Kräfte genutzt wird.

Wie viele Frauen haben daran teilgenommen?

Insgesamt waren knapp 100 Frauen anwesend. Obwohl wir natürlich noch mehr Beteiligung erhofft haben, war das für uns schon ein Erfolg. Beim letzten ESF hatten wir einen Workshop zu dem Entwurf der kurdischen Frauenguerilla für einen neuen Gesellschaftsvertrag und damals kamen ungefähr 20 Frauen. Es ist auch schwierig, sich in diesen vielen parallel laufenden Veranstaltungen durchzusetzen.

Das Thema fundamentalistischer Gewalt ist also schon auf einiges Interesse gestoßen. Es hat einige Veranstaltungen in dem Themenbereich gegeben, die sich aber vor allem mit der rassistischen Hetze gegen Muslime nach den Anschlägen vom 11. September beschäftigt haben.

Schön war auch, dass Frauen aus ganz unterschiedlichen Ländern teilgenommen haben. Leider ist die Diskussion zu kurz gekommen, wie meistens auf solchen Podiumsveranstaltungen und die Veranstalter haben uns nach den offiziellen drei Stunden rigoros rausgeschmissen, weil sie Feierabend machen wollten. Wir konnten aber noch eine gemeinsame Resolution beschließen, in der z. B. der Aufbau eines Netzwerkes von Frauengruppen aus ganz Europa angeregt wurde, um Kampagnen gegen die rassistischen und sexistischen Immigrationsgesetze und Vorgehensweisen zu starten.

Mit welchen Organisationen habt Ihr das Seminar durchgeführt?

Ursprünglich hatten wir das Seminar zusammen mit der *Internationalen Freien Frauenstiftung* aus den Niederlanden IFWF vorbereitet, während der Vorbereitungstreffen zum ESF ging es dann darum, thematisch ähnliche Veranstaltungen zusammenzulegen, um weniger, aber inhaltlich reichere Seminare anbieten zu können. So sind wir auf die South Asia Solidarity Group (SASG) und die Gruppe Asian Women Unite! gestoßen, die in ganz ähnlicher Richtung wie wir arbeiten, und daraus hat sich eine ganz fruchtbare Zusammenarbeit ergeben. Diese Gruppen haben dann insbesondere über die Situation in einigen indischen Bundesstaaten und in Pakistan und über die Bedingungen von Migrantinnen in England berichtet.

Welche Probleme wurden besonders betont?

Wir haben die Auswirkungen des Fundamentalismus diskutiert, und zwar des christlichen, hinduistischen, jüdischen und moslemischen Fundamentalismus. Wir haben festgestellt, dass seit der Entstehung der patriarchalen Religionen diese von den Herrschenden





Freiheit für Nuriye Kesbir, Demonstration in Den Haag und vor dem niederländischen Konsulat in Hamburg Foto: A. Bender

immer dazu benutzt worden sind, ihre Macht zu sichern und zu legitimieren. Viele Religionen sind als Protestbewegungen gegen soziale Ungerechtigkeit entstanden, aber mit ihrer Institutionalisierung haben sie schließlich nur zur weiteren Festigung der Macht der Herrschenden beigetragen.

Auch heute werden viele der großen Religionen zur Durchsetzung patriarchaler, kriegstreiberischer, asozialer Interessen und vor allem zur Aufstandsbekämpfung gegen das Befreiungsinteresse der Frauen und Völker benutzt. Die indische und pakistanische Regierungspolitik, Bushs Amerika und die AKP in der Türkei waren Beispiele für diese reaktionäre politische Religiosität, als die der Fundamentalismus charakterisiert wurde.

Gab es Ergebnisse, und wenn, welche?

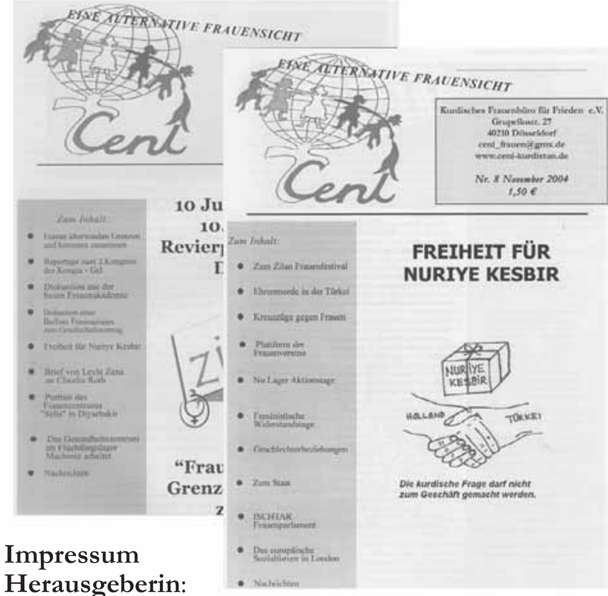
Wie schon gesagt haben wir eine Resolution verabschiedet, in der wir unter anderem von der niederländischen Regierung die Freilassung Nuriye Kesbirs gefordert haben und von der indischen Regierung die Rücknahme ihres Gesetzes zur Unterstützung der Streitkräfte (Special Powers), welches zur Zeit in Manipur in Kraft ist und aufgrund dessen massive Menschenrechtsverletzungen stattfanden.

Von den europäischen Regierungen forderten wir die Beendigung der rassistischen und sexistischen Migrations- und Abschiebungspolitik und von der türkischen Regierung u. a. die Einstellung ihrer Angriffe auf Frauen, einschließlich der systematischen Anwendung von Vergewaltigungen und sexualisierter Folter durch staatliche Kräfte. Das wichtigste Ergebnis ist aber der Wille zur kontinuierlichen weiteren Zusammenarbeit zu diesen Themen.

Für die Zukunft müssen wir unter uns auch diskutieren, inwieweit die Beteiligung am offiziellen ESF-Rahmen für uns noch sinnvoll ist. Sowohl die Vorbereitung als auch die Durchführung dieses Sozialforums waren eine Katastrophe, was demokratische Strukturen als auch sexistisches und rassistisches Verhalten angeht. Wir haben das ESF in die Hände staatstragender und systemtreuer Gruppierungen fallen lassen, die ihre finanziellen und personellen Möglichkeiten ausgenutzt haben um ihre Interessen durchzusetzen. So faszinierend und mobilisierend die Idee dieser internationalen Mammuttreffen auch sein mag, insgesamt war das ESF eher demoralisierend und darf sich so nicht noch mal wiederholen.

Wir haben uns an dem autonom organisierten Frauentag beteiligt, der auf dem offiziellen ESF nicht durchgesetzt werden konnte und auch die Organisierung der autonomous spaces (vom offiziellen ESF unabhängige, selbstbestimmte Räume) ist eine spannende und aufgrund unserer Erfahrungen spätestens bei diesem ESF notwendige Entwicklung. ♦

Kontakt:
CENÎ – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Grupellostr. 27, 40210 Düsseldorf
Tel. +49 (0) 211 / 1 71 10 80
Fax +49 (0) 211 / 1 71 10 78
E-mail: info@ceni-kurdistan.de
www.ceni-kurdistan.de



Wir über uns

Als die kurdischen Friedensbemühungen mit der Beendigung des bewaffneten Kampfes in Kurdistan einen Höhepunkt erreichten, haben wir uns als kurdische Frauen in Europa dazu entschlossen, einen Beitrag zur Gestaltung des Friedens zu leisten und im Jahr 2002 das Kurdische Frauenbüro für Frieden eröffnet. Damit der Krieg dauerhaft beendet wird, wollen wir uns mit Frauen aus aller Welt gemeinsam organisieren. Im männlichen Herrschaftssystem kommen Herz und Kopf der Frau nicht vor. Es hat den Menschen vor allem Kriege, Hunger, Verelendung und ökologische Katastrophen eingebracht. In der heutigen Zeit, in der die Weltordnung erneut vor einem Umbruch steht, ist es wichtiger als je zuvor, dass wir als Frauen eingreifen und das entstehende weltweite System nach unseren Vorstellungen und zum Wohl der Menschheit prägen.

Impressum
Herausgeberin:
Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. – Cenî –
Redaktion:
Sabiha Erbas (V.i.S.d.P.), Agnes von Alversleben, Meike Yasar
Kontaktadresse:
Grupellostr. 27, 40210 Düsseldorf
Tel.: +49 (0) 211 / 171 10 80. Fax: +49 (0) 211 / 171 10 78
Ceni_frauen@gmx.de, www.ceni-kurdistan.de

11 Jahre PKK-Verbot – Wo ist das Licht am Horizont?

Probleme wurden nicht gelöst



1995: Hungerstreik in vielen Städten der BRD gegen das PKK-Verbot. Wie in Frankfurt/M. wird der Protest durch zumeist brutale Einsätze der Polizei aufgelöst. Foto: Archiv

Monika Morres

Am 26. November 1993 trat das vom damaligen CDU-Bundesinnenminister Manfred Kanther erlassene Betätigungsverbot für die PKK in Kraft und gilt bis heute fort – trotz Beendigung des bewaffneten Kampfes, trotz Auflösung der PKK im Jahre 2002 und Gründung des *Kongresses für Frieden und Demokratie in Kurdistan* (KADEK), trotz Weiterentwicklung des friedenspolitischen Kurses durch den KONGRA-GEL. Zu dem unversöhnlichen Festhalten an dieser Verbotspolitik und der Notwendigkeit eines Wandels einige Stimmen:

Rechtsanwältin Edith Lunnebach, Köln:

Das Betätigungsverbot gegen die PKK aus dem November 1993 hat zu Recht in den kurdenfreundlichen Kreisen Proteste hervorgerufen, die bis heute nicht verstummt sind. Mit diesem Verbot wurden populistische Interessen der Politik befriedigt, ohne dass man dem Ziel, nur den friedlichen Protest gegen die politischen Bedingungen für die KurdInnen in der Türkei in Deutschland zuzulassen, näher gekommen wäre. Unzählige Ermittlungsverfahren und Verurteilungen eben auch wegen friedlicher Proteste und politischer Betätigungen waren die Folge. Das PKK-Verbot muss weg. Die Konflikte müssen im demokratischen öffentlichen Raum ausgetragen werden.

Dr. Rolf Gössner, Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, Berlin:

Das Betätigungsverbot für die PKK in der Bundesrepublik hat viel Unheil gestiftet: Es hat zu Kriminalisierung, Ausgrenzung und Diskriminierung von Tausenden von Kurdinnen und Kurden geführt und ihre Grundrechte massiv eingeschränkt. Sie wurden nicht selten pauschal zu Gewalttätern und „Terroristen" gestempelt, sind lange Zeit zu innenpolitischen Feinden erklärt worden. Wie immer man zur PKK und ihren Aktivitäten stehen mag: Mit solchen Verboten werden jedenfalls keine Probleme gelöst, sondern weitere produziert. Längst ist das Betätigungsverbot zum Anachronismus geworden und muss schon deshalb schnellstmöglich aufgehoben werden, zumal sich die PKK vor vielen Jahren zu einer friedlichen Lösung der Kurden-Frage bekannt und mittlerweile ohnehin aufgelöst hat.

Pater Wolfgang Jungheim, Pax Christi, Lahnstein-Nassau:

Wer in der Wüste lebt, dem muss ich den Weg zur Oase ebnen und darf ihm nicht den Schrei nach Wasser verbieten. Ich darf mich nicht wundern, wenn ich genügend Wasser habe und es ihm vorenthalte, dass er mir dies entreißen will. Wer nur Gewalt erlebt, greift auch zur Gewalt. Wer auf Gewalt verzichtet, dem muss dankbar aufgezeigt werden, dass dies der bessere Weg ist. Notwendig ist: Nicht Auslieferung zur Einlieferung in neue Gewalt, nicht Verbot politischer Betätigung, sondern Förderung demokratischer Gesinnung und Legalisierung von Verbands- und Parteiarbeit. Besonders eine Versöhnungspolitik, die das Unrecht auf türkischer, deutscher und kurdischer Seite aufarbeitet, ermöglicht ein echtes Miteinander – in der Türkei und in Deutschland.

Thomas Schmidt, Generalsekretär der Europäischen Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt e.V., Düsseldorf:

Der 11. Jahrestag des PKK-Verbots gibt Veranlassung, den Bundesinnenminister bzw. die Bundesregierung insgesamt aufzufordern, daran mitzuwirken, die Voraussetzungen für eine Legalisierung der PKK zu schaffen. Ziel sollte es sein, der PKK bzw. dem KONGRA-GEL die Gelegenheit zu geben, seine politischen Vorstellungen auf legalem Weg zu verfolgen. Hierfür müssen in Deutschland, in anderen europäischen

Ländern wie auch in der Türkei die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Eine zeitlich unbegrenzte und sachlich nicht gerechtfertigte Stigmatisierung einer politischen Organisation wird den vom Gesetz mit Organisationsverboten verfolgten Zwecken nicht gerecht und ist daher verfassungsrechtlich bedenklich, wenn nicht gar verfassungswidrig. Auch der Hinweis auf die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahre 1994 kann die Haltung des Bundesinnenministeriums nicht rechtfertigen. Die Rechtskraft einer gerichtlichen Entscheidung findet zumindest dann ihre Grenze, wenn wesentliche Umstände, welche seinerzeit das Urteil getragen haben, heute so nicht mehr gegeben sind.

Darüber hinaus ist es Aufgabe der Bundesregierung – ungeachtet der rein formalrechtlichen Seite – politische Lösungen zu entwickeln, welche im Ergebnis dazu führen, dass die vermuteten Risiken für die innere Sicherheit auf ein tolerierbares Maß zurückgeführt werden. Ein wesentlicher Schlüssel für eine solche Lösung liegt in der Türkei und nicht in Deutschland. Ebenso wie für den türkischen Staat der Weg in ein rechtsstaatliches und demokratisches Europa geebnet werden soll, muss dies auch für die politischen Gegner dieses Regimes geschehen. Es sollte dabei nicht übersehen werden, dass die Bedingungen, welche letztlich den militanten Widerstand ausgelöst haben, ungeachtet der wichtigen Gesetzesreformen, bis zum heutigen Tag nicht überwunden sind. Die im Rahmen eines möglichen EU-Beitritts der Türkei geführten Vorverhandlungen sollten daher mit genutzt werden, um die Rechte der KurdInnen in der Türkei ausreichend abzusichern.

In diesem Zusammenhang ist auch die Terror-Liste der Europäischen Union zu erwähnen [*auf die der KONGRA-GEL am 2. April 2004 aufgenommen wurde, Anm.*], welche schon insofern rechtsstaatlichen Anforderungen nicht gerecht wird, als sie den Grundsatz des rechtlichen Gehörs verletzt. Es wird weder eine Begründung für die Aufnahme einzelner Personen oder Organisationen in die Liste geliefert, noch besteht für die Opfer dieser staatlichen Willkürmaßnahme die Möglichkeit der Verteidigung, insbesondere der gerichtlichen Überprüfung. Auf keinen Fall kann es ausreichen, wenn Regierungen, die selber noch weit entfernt von rechtsstaatlicher und demokratischer Machtausübung sind, ihre politischen Gegner der Europäischen Union benennen, damit diese sie auf die Terror-Liste setzt.

YEK-KOM für die Aufhebung des Verbots und Bereitschaft zum Dialog

Auch die *Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland*, YEK-KOM, nahm unter dem Titel „11 Jahre deutsche Verbotspolitik" Stellung und beklagte, dass „nach diesen vielen Jahren immer noch zahlreiche Razzien gegen kurdische Vereine und Institutionen, kurdische Arbeitsstätten, Privatwohnungen und -häuser durchgeführt" werden. Das Verbot habe dazu geführt, „dass die kurdische Bevölkerung in Deutschland diskriminiert und kriminalisiert" werde und ihr fundamentale Grundrechte entzogen worden seien. Obwohl die „Freiheitsbewegung der kurdischen Bevölkerung bedeutsame Veränderungen und Umwandlungen erlebt" habe, würden diese faktischen Veränderungen von den Verantwortlichen in Deutschland „bewusst nicht beachtet". Nach Auffassung von YEK-KOM sei die Grundlage, die zum Betätigungsverbot der PKK in Deutschland geführt habe, „nicht mehr gegeben". Es könne nicht als Lösung betrachtet werden, „Probleme auf Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste abzuwälzen". Die KurdInnen seien Angehörige „einer aufgeklärten Nation" und würden versuchen, sich in Deutschland „innerhalb des demokratischen Rahmens" zu artikulieren. Deshalb fordert YEK-KOM die Bundesregierung auf, das PKK-Verbot aufzuheben und den „Dialog mit allen Kurdinnen und Kurden" zu führen, „um den gesellschaftlichen Frieden weiter zu festigen". ♦

aus: Azadî – Infodienst 24 / Dezember 2004



infodienst nr. 24

november 2004

In eigener Sache:

Der AZADI *infodienst* erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den *infodienst* kostenlos. Herausgeber ist AZADI e.V. Der Verein ist als gemeinnützig und mildtätig anerkannt, Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden.
AZADI e.V. unterstützt diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Strafverfolgung bedroht werden.
Die praktische Arbeit von AZADI ist die finanzielle und politische Unterstützung kriminalisierter Kurdinnen und Kurden.

So können Sie uns unterstützen:

- wenn Sie von Kriminali-

11 Jahre PKK-Verbot — Wo ist das Licht am Horizont?

Am 26. November 1993 trat das vom damaligen CDU-Bundesinnenminister Manfred Kanther erlassene Betätigungsverbot für die PKK in Kraft und gilt bis heute fort – trotz Beendigung des bewaffneten Kampfes, trotz Auflösung der PKK im Jahre 2002 und Gründung des Kongresses für Frieden und Demokratie in Kurdistan (KADEK), trotz Weiterentwicklung des friedenspolitischen Kurses durch KONGRA-GEL. Zu dem unversöhnlichen Festhalten an dieser Verbotspolitik und der Notwendigkeit eines Wandels, einige Stimmen:

Edith Lunnebach, **Rechtsanwältin (Köln):**

Das Betätigungsverbot gegen die PKK aus dem November 1993 hat zu Recht in den kurdenfreundlichen Kreisen Proteste hervorgerufen, die bis heute nicht verstummt sind. Mit diesem Verbot wurden populistische Interessen der Politik befriedigt, ohne dass man dem Ziel, nur den friedlichen Protest gegen die politischen Bedingungen für die Kurden in der Türkei in Deutschland zuzulassen, näher gekommen wäre. Unzählige Ermittlungsverfahren und Verurteilungen

Seit 2002 bietet der Rechtshilfefonds AZADI einen «AZADI-infodienst» an und versenden diesen als e-mail. Wer nicht über einen Zugang zu elektronischen Medien verfügt, erhält auf Wunsch gegen Porto- und Kopierkosten eine Kopie des Dienstes. Ausserdem sind alle Ausgaben auf der Internetseite von AZADI zu finden:
www.nadir.org/azadi

AZADI e.V.
Graf-Adolf-Straße 70A
40210 Düsseldorf
Tel. 0211-830 29 08
azadi@t-online.de

Bundesgerichtshof zum Revisionsverfahren gegen OLG Celle

Das schriftliche Urteil:

Nach der mündlichen Verhandlung am 19. August 2004 hat der Bundesgerichtshof (BGH) am 21. Oktober 2004 in dem Revisionsverfahren von Hasan Adir/Ali Kiran entschieden. Danach wird das Urteil des Oberlandesgerichts (OLG), das die beiden Kurden wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) zu Freiheitsstrafen verurteilt hatte, im Strafausspruch aufgehoben. Ein neuer Senat des OLG muss nunmehr neu verhandeln. Das wird voraussichtlich im Frühjahr 2005 der Fall sein.

Zur Bewertung "kriminelle Vereinigung"

In seinem Urteil vom 20. Oktober 2003 hatte das OLG Celle behauptet, die PKK würde sich die Möglichkeit einer Rückkehr zu demonstrativen Gewaltstraftaten **in Deutschland** vorbehalten, sollte sich eine Verschlechterung der Bedingungen für die kurdische Bewegung ergeben, zum Beispiel bezogen auf den in Isolationshaft auf der Insel Imrali gefangen gehaltenen damaligen Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan. Diese spekulative Sichtweise, die vor allem von Bundeskriminalamt und Bundesanwaltschaft in jedem § 129-Verfahren vertreten wird, wurde vom BGH ausdrücklich missbilligt. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Revisionsverfahren um den Zeitraum 2000/2002 handelt, in dem die beiden kurdischen Politiker der PKK-Führungsebene angehört haben sollen.

In seinem schriftlichen Urteil führt der BGH aus, dass „die Organisation der Vereinigung auf den Zweck der gemeinschaftlichen Begehung von Straftaten hin konzipiert sein" müsse. Nur dann könne „die Betätigung der Vereinigung die ihre besondere Gefährlichkeit begründende Eigendynamik entfalten". Der gemeinsame „Wille zur Begehung von Straftaten" müsse „fest gefasst" und dürfe „nicht nur vage" sein. Der BGH mochte nicht an der Auslegung des Wortlautes einer Entscheidung des „Reichsgerichts vom 23. Januar 1920" (!) festhalten, nach der es ausreiche, wenn sich die in einer Vereinigung zusammengefassten Mitglieder dessen bewusst seien, „dass es bei der Verfolgung ihrer Pläne zur Begehung von Straftaten kommen **kann**".

Ferner solle sich der Senat des OLG Celle in dem neuen Verfahren damit auseinander setzen, inwieweit der Friedenskurs der PKK als ernst zu nehmende Neuorientierung zu werten oder lediglich taktischer Natur gewesen sei. In dem Urteil von 2003 sei das Thema widersprüchlich bzw. nicht eindeutig behandelt worden.

Zur Kursänderung der PKK

In seinem Urteil stellt der BGH weiter fest, dass sich der „Charakter einer Gruppierung durch die Änderung ihrer Zwecke und Tätigkeit wandeln" könne. Aus einer Vereinigung, die ursprünglich „legalen Zwecken diente", könne eine kriminelle Vereinigung werden wie umgekehrt ein Personenzusammenschluss, der seine Ausrichtung ändert und „einen legalen Kurs verfolgt". Wenn sich allerdings eine Vereinigung „die Rückkehr zu früher begangenen Straftaten vorbehält", müsse regelmäßig besonders sorgfältig geprüft werden, „ob die bislang in ihren Aktivitäten kriminelle Organisation nunmehr ernsthaft einen straftatenfreien Kurs verfolgt oder nur vorübergehend ihre strafbaren Aktivitäten unterbricht".

Nach Auffassung der Richter habe „die Führungsebene der PKK in Deutschland" nach dem Kurswechsel 1999 jedenfalls „keine demonstrativen Gewaltstraftaten auf den Weg gebracht", die „noch im Tatzeitraum auf die Begehung solcher Delikte ausgerichtet war".

Im Urteil des OLG Celle seien hierzu „widersprüchliche Feststellungen" getroffen worden, „die eine Verletzung des Zweifelssatzes besorgen lassen [*im Zweifel für den Angeklagten, Anm.*] sowie einer unzureichenden und deswegen rechtsfehlerhaften Beweiswürdigung".

Zur Gewaltoption

Das OLG habe nicht klären können, „ob die Führungsebene der PKK in Deutschland diese Änderung in der ernst gemeinten – wenn auch nicht vorbehaltlosen – Absicht einer künftig friedlichen Verfolgung ihrer Ziele eingeleitet" habe oder diese Wandlung lediglich aus taktischen Gründen „mit Rücksicht auf ihren bedrohten Führer Öcalan" erfolgt sei. Eine solche spekulative Bewertung sei im Rahmen einer Beweisführung nicht vereinbar.

Es habe – so der BGH – „an der erforderlichen festen Ausrichtung der Zwecke der Führungsebene der PKK in Deutschland auf die Begehung von demonstrativen Gewalttaten" gefehlt.

Kritik an einseitiger Interpretation

Darüber hinaus habe das OLG zum Beweis seiner Auffassung Verlautbarungen [*zum Beispiel „in einem Artikel der Zeitschrift Serxwebun", Anm.*] angeführt, die lediglich „allgemeine politisch-programmatische Erklärungen" beinhalten, „bei denen teilweise die Urheberschaft ebenso unklar wie ihre Aussagekraft für den Willen gerade der Mitglieder der in Frage stehenden kriminellen Vereinigung" sei. Außerdem stehe bei ihnen

„ersichtlich die Situation der PKK in Kurdistan im Vordergrund", bei dem ein konkreter Bezug zum Verhalten in Deutschland nicht zu erkennen sei. Hierzu der BGH: „Denn selbst wenn die PKK im kurdischen Kampfgebiet zur Anwendung von Gewalt zurückkehren würde, wäre dies nicht gleichbedeutend mit einer Wiederaufnahme der Begehung demonstrativer Gewalttaten in Deutschland."

Es wäre geboten gewesen, „diese Erklärungen nicht einseitig im Sinne einer Gewaltoption zu interpretieren, ohne erkennbar andere Erklärungsmöglichkeiten zu erörtern".

Zur Identitätskampagne

Der in allen § 129-Prozessen erhobene Vorwurf der Anklage, die PKK strebe weiterhin eine „Mobilisierung der Massen" an, besagt nach Auffassung des BGH „für eine Gewaltorientiertheit wenig, da auch ein friedlicher Kurs es erfordern mag, die ‚Masse' der Anhänger für politische Aktionen wie Demonstrationen u. ä. zu gewinnen". Nichts anderes gelte für die im Frühsommer 2001 gestartete Identitätskampagne („Auch ich bin PKK'ler"). Es sei nicht erkennbar, dass diese Aktion der Vorbereitung von demonstrativen Gewalttaten gedient habe.

Erklärungen für Kurdistan

Dass das OLG auch Erklärungen der kurdischen Bewegung aus dem Jahre 2003, also nach dem in Frage kommenden Tatzeitraum, zur Bewertung herangezogen und interpretiert habe, um die Auffassung vom Charakter der kriminellen Vereinigung zu stützen, ist nach Auffassung des BGH „nicht frei von Bedenken". Zum einen, weil sich diese Verlautbarungen auf das „Vorgehen in Kurdistan" beziehen, und zum anderen, weil aus ihnen „nicht hinreichend deutlich" werde, „dass der Friedenskurs tatsächlich endgültig aufgegeben worden" sei. In besagter Erklärung vom Juli 2003 sei die Rede davon gewesen, dass man sich „weiterhin" an die Feuerpause halten wolle, wenn der [*einseitig von der kurdischen Bewegung vollzogene, Anm.*] Waffenstillstand auch von der Gegenseite eingehalten werde, und in der die Rückkeh zum Guerillakampf „lediglich angedroht wird".

Rückläufig, aber nicht nebensächlich
Geringere Strafen wären möglich gewesen

Bestätigt hat der BGH allerdings die in dem OLG-Urteil getroffenen „rechtsfehlerfrei" festgestellten Straftaten in den Bereichen „Heimatbüro" und „Strafsystem" [*s. hierzu AZADI-infodienst Nr. 22/23*]. Zwar wiesen diese in Zahl und Schwere „eine rückläufige Tendenz", doch könnten sie „nicht als nebensächlich bewertet" werden.

Schlussendlich entschieden die Karlsruher Richter, dass der „Strafausspruch keinen Bestand" habe. Es sei nicht auszuschließen gewesen, „dass das Oberlandesgericht bei einem geringeren Schuldumfang auch zu einer niedrigeren Strafe" gegen Hasan Adir und Ali Kiran hätte gelangen können.

Die vom OLG Celle vorgenommene Einstufung der kurdischen Bewegung als „über die allgemeine Gefährlichkeit hinaus besonders gefährliche kriminelle Vereinigung", sei „bedenklich". Die Angeklagten hätten nicht mit Vorkommnissen aus der Vergangenheit belastet werden dürfen. Vielmehr hätte für die Strafzumessung einzig eine Bewertung für den Zeitraum ausschlaggebend sein müssen, in dem die beiden Kurden für die PKK aktiv gewesen seien.

(Urteil des BGH vom 21. Oktober 2004 – Aktenzeichen: 3 StR 94/04)

Verfolgung nach § 129 geht weiter

Zum Beispiel Taylan S.:

Weil von Seiten der PKK bzw. des KONGR-GEL immer noch gewaltsam gegen so genannte Abweichler vorgegangen werde und weiterhin Urkunden gefälscht und ausländerrechtliche Delikte begangen würden, um Führungskader mit falschen Pässen und Aufenthaltspapieren auszustatten, müsse nach Auffassung der Karlsruher Richter die Funktionärsebene der Organisation weiterhin als kriminelle Vereinigung gelten.

Diese Haltung findet sich bestätigt in der jüngsten Verhaftung des Kurden Taylan S. Er wurde aufgrund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters des BGH am 12. November in Rüsselsheim festgenommen. Laut Pressemitteilung des Generalbundesanwalts vom 19. November 2004 werde der 27-jährige „dringend verdächtigt, seit November 2003 dem Funktionärskörper der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) angehört und sich als Mitglied an der dort bestehenden kriminellen Vereinigung beteiligt zu haben". Taylan S. soll „von Mitte November 2003 bis Juni 2004 verantwortlich für das PKK-Gebiet Darmstadt" gewesen sein und anschließend das „PKK-Gebiet Mainz" übernommen haben.

Somit steht fest, dass mit einer fundamentalen Wende der deutschen Politik und Behörden im Verhältnis zu bestimmten kurdischen Organisationen und deren Angehörigen auch in nächster Zeit nicht zu rechnen ist. Dennoch ist die Missbilligung des Bundesgerichtshofes von Teilen des Celler Urteils ein deutlicher Hinweis an Bundesanwaltschaft und Gerichte, sich in künftigen Verfahren mehr an den realistischen Gegebenheiten zu orientieren, statt mit vagen Vermutungen, einseitigen Interpretationen und schablonenhaften Rückgriffen auf alte Gerichtsurteile und vergangene politische Ereignisse zurückzugreifen. Natürlich kann die Entscheidung des BGH auch bedeuten, dass den Strafverfolgungsbehörden und der Bundesanwaltschaft Anleitungen an die Hand gegeben werden, künftige Verfahren geschickter zu führen. Warten wir es ab: im Frühjahr wird ein neuer Prozess gegen zwei Kurden nach § 129 eröffnet werden. ♦

aus: Azadî – Infodienst 24 / Dezember 2004

Zu den kommenden palästinensischen Wahlen

Verpasste Möglichkeiten?

Uri Averny

Meine spontane Reaktion auf Marwan Barghoutis Kandidatur für die Präsidentschaft der Autonomiebehörde war positiv. Zuallererst bin ich immer für die Benachteiligten. Und wer könnte benachteiligter sein als ein Gefangener. Zweitens respektiere ich den Mann. Ich habe ihn auf Vorbereitungstreffen für gemeinsame Friedensaktionen getroffen. Ich habe für ihn in Tel-Aviv demonstriert und wurde mit Gewalt aus dem Gerichtsgebäude gedrängt, wo ein rechter Lynchmob im Hintergrund lärmte. Drittens, die Kandidatur Marwan Barghoutis bringt das Schicksal der palästinensischen Gefangenen auf die Tagesordnung – die Kriegsgefangenen, die von Israel wie gewöhnliche Kriminelle behandelt werden. Viertens, seine Kandidatur (so er sie denn ausübt) öffnet die Bühne für ein noch nicht dargebotenes Stück in der arabischen Welt: eine Wahl, bei der der Sieg eines Kandidaten nicht von vornherein feststeht. Die Teilnahme von Marwan Barghouti an der Wahl böte einen richtigen Kampf.

Nach einigem Nachdenken nahm ich die entgegengesetzte Position ein. Die ganze Welt verfolgt diese Wahlen, um zu sehen, ob die Palästinenser in Zeiten der Krise zur Einigkeit fähig sind nach dem Tod des Vaters der Nation. In seinen 45 Jahren als Führer im Befreiungskampf schaffte es Yasser Arafat die Einheit seines Volkes zu verkörpern – eine nahezu unmögliche Aufgabe. Viele haben prophezeit, dass nach seinem Tod die Nation in hundert Teile zerbrechen würde. Die Einmütigkeit für Abu-Mazen hat – zumindestens bis jetzt – diese Hoffnungen (oder Befürchtungen) widerlegt.

Ich bin kein fanatischer Verfechter von „Einheit„. Dispute und Debatten sind das Lebenselixier einer Demokratie und wenn die Zeit kommt, werden die Palästinenser gründlich über die Zukunft ihres Befreiungskampfes diskutieren müssen. Aber: Ist das der richtige Zeitpunkt?

Einigkeit jetzt notwendig

Ich denke nein. Uneinigkeit unter den Palästinensern im jetzigen Moment würde den Friedensgegnern in der israelischen und amerikanischen Führung einen Vorwand geben. Sie würden mit großer Freude ausrufen: „Seht! Da ist niemand, mit dem wir sprechen können.“ Es ist wichtig für das palästinensische Volk der Welt zu zeigen, dass es tatsächlich einen Ansprechpartner gibt. Und da sowohl Präsident Bush als auch sein Führer und Mentor, Ariel Sharon, Abu Mazen bereits für „moderat“ und „pragmatisch“ erklärt haben, wird es für sie schwer werden, zu der verlogenen Parole „Wir haben keinen Partner!“ zurückzukehren (Copyright: Ehud Barak).

Daher ist es wichtig, dass Abu Mazen gewählt wird und zwar von einer großen Mehrheit. Er muss eine Chance kriegen. Nicht nur er persönlich, sondern der ganze Ansatz, den er vertritt: Der Glaube daran, dass ohne Selbstmordattacken und bewaffnete Intifada die Palästinenser jetzt ihre minimalen Ziele erreichen können: einen palästinensischen Staat in der West Bank und im Gaza-Streifen, die Anerkennung der grünen Grenze (mit möglicherweise geringem Austausch von Territorium), Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten, Räumung der Siedlungen und einer praktischen Lösung für das Flüchtlingsproblem.

Vielleicht ist es naiv, daran zu glauben. Vielleicht hat dies überhaupt keine Chance, vielleicht sind es aktuell die Palästinenser, die „keinen Ansprechpartner“ haben. Aber es ist wichtig für die Palästinenser – und für die restliche Welt –, dass dieser Glaube einem Test unterzogen wird. Nach einem Jahr, Ende 2005, wird es möglich sein, Schlüsse zu ziehen – und die Zeit wird reif sein für die große Debatte unter den Palästinensern. Wenn Abu Mazen eindrucksvolle Fortschritte vorweisen kann, wird er gewinnen. Wenn nicht, wird wahrscheinlich die dritte Intifada ausbrechen. Diese Debatte wird für Marwan Barghouti die große Gelegenheit sein, sich einzubringen und seine Vorschläge zu präsentieren. Bis dahin, glaube ich, wäre er gut beraten, Abu Mazen zu unterstützen. Alles in allem sah er das bis diese Woche genauso.

Haben die Hoffnungen von Abu Mazen eine realistische Grundlage? Diese Woche forderte der ägyptische Präsident, Husni Mubarek, die Palästinenser auf, Sharon zu vertrauen. Er kann Frieden machen, sagte er, um direkt darauf hinzuzufügen: „Wenn er will“. Mubareks Interessen sind klar. Jedes Jahr bekommt er große Subventionen von den Vereinigten Staaten. Ein Geschenk, das für die Stabilität seines Regimes lebenswichtig ist. Diese Zuweisungen hängen vom US-Kongress ab, von dem böse Zungen behaupten, er wäre „israelisch besetztes Gebiet“. Es ist in seinem Interesse, mit Sharon freundlich umzugehen und ihm aus der Zwangslage zu helfen. Sharon befindet sich in der Mitte eines delikaten politi-

schen Manövers. Er hat die Shinui-Partei, seinen einzigen verbliebenen Koalitionspartner, aus der Regierung geschmissen. Das mächtige und einflussreiche Zentralkomitee seiner Partei wird ihm keine rein „säkulare“ Koalition mit der Shinui und Labour erlauben, so dass er die Ultra-Orthodoxen anstatt der Shinui-Partei ins Boot holen muss. Nun gleicht er einem Trapez-Künstler, der, nachdem er einen Bügel losgelassen hat, durch die Luft fliegend einen neuen Halt finden muss. Da gibt es viele in seiner eigenen Partei, die versuchen, ihm diesen neuen Halt wegzuziehen, so dass er auf den Boden fällt und sich das Genick bricht. Wenn Sharon sich nicht durchsetzt, wird es Neuwahlen geben. Das bedeutet, dass für viele Monate das ganze politische System lahm gelegt ist, der Rückzug aus dem Gaza nicht stattfinden wird und Frieden nicht auf der Tagesordnung steht. Das könnte das Ende von Abu Mazens politischer Karriere sein. Wenn, auf der anderen Seite, Sharon seine neue Koalition mit der Labour-Partei und den Ultra-Orthodoxen zusammenbekommt und den Ultra-Orthodoxen ihre Zustimmung zum Gaza-Rückzug abkauft, wird es der Anfang eines Hindernislaufes. Wird es der Regierung gelingen, die Öffentlichkeit vom Rückzug aus dem gesamten Gaza-Streifen zu überzeugen? Wird sie in der Lage sein, die Siedler ohne Blutvergießen zu räumen? Wird sie auf die „Philadelphia-Achse“ verzichten, die den Streifen vom Rest der Welt abschneidet? Wird sie der Wiedereröffnung des Gaza-Hafens und Flughafens zustimmen? Wird es eine „sichere Passage“ zwischen dem Gaza Streifen und der West Bank geben? (Das war eine wesentliche Vereinbarung des Oslo-Abkommens, welche bisher von allen israelischen Regierungen nicht eingehalten wurde).

Optimismus oder Pessimismus?

All das sind nur kurze Zwischenspurts verglichen mit dem Marathon der West Bank. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Sharon den „Rückzugsplan“ nicht nur ausgeheckt hat, um die Verantwortung für 1,25 Millionen Palästinenser im Gaza-Streifen loszuwerden, sondern vor allem, damit er heimlich 58 % der West Bank annektieren kann. Wird er seinen Traum aufgeben? Optimisten glauben, dass der Rückzug aus dem Gaza-Streifen – so er denn mit Gottes Hilfe überhaupt stattfindet – eine eigene Dynamik freisetzen wird. Dass da ein „Fenster der Möglichkeit“ existiert. Bush und Sharon haben Yasser Arafat über Jahre hinweg dämonisiert und vom orchestrierten Hass profitiert, indem sie jeden Schritt in Richtung Frieden sabotierten. Dieses Alibi ist nun zusammen mit dem palästinensischen Führer selbst verschwunden. Außerdem wird Bush seine letzte Amtszeit nutzen wollen, um etwas Dauerhaftes zu erreichen. Dies gilt für Shimon Peres ebenfalls. Die Weltöffentlichkeit wird es verlangen. Europa wird einbezogen werden. Möglicherweise wird Sharon von dem Strom fortgespült, den er selbst losgetreten hat. Wie ein altes jüdisches Sprichwort sagt: „Wenn Gott es will, kann auch ein Besenstiel Schüsse abfeuern.“

Andere sind da sehr viel pessimistischer. Sie verweisen auf Sharons legendäre Hartnäckigkeit. Er wird es rauszögern, über die West Bank zu diskutieren, bis sein Gaza-Plan vollzogen ist. Das dauert dann bis Ende 2005. Das Jahr darauf, 2006, wird im Zeichen der israelischen Wahlen stehen. Und so weiter. In der Zwischenzeit schafft er „bodenständige Fakten“.

Wer wird Recht behalten, die Optimisten oder die Pessimisten? In Wirklichkeit kann zurzeit keiner voraussagen, was passieren wird. Das hängt von vielen Faktoren ab, einschließlich des israelischen Friedenslagers. Es ist nicht nötig darauf hinzuweisen, dass wir mit jeder vom Volk gewählten palästinensischen Führung kooperieren müssen und uns in diesen Prozess nicht einzumischen haben.

Es wird ein Jahr vergehen, bevor wir wissen, ob es tatsächlich ein „Fenster der Möglichkeiten“ gibt – oder nur verpasste Möglichkeiten. ♦

(Übersetzung aus dem Englischen: Elmar Millich)

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
Fax: (32) 2 647 68 49
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
Fax: (32) 2 647 27 75
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
KNK - Kurdistan National Kongress Deutschlandvertretung
Scharnhorststr. 25
10115 Berlin
Tel: (49) 30 - 97 00 54 26
Fax: (49) 30 - 97 00 54 27

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
Fax: (49) 211 - 17 11 453
E–mail: yekkom@gmx.net

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
Fax: (43) 1- 5455821
e-mail: feykom@chello.at
http://members.chello.at/feykom/

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
Fax: (41) 22 32 81 983
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0033 1 42 81 22 71
Fax: 0033 1 40 16 47 23
email: knkparis@wanadoo.fr

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
Fax: (39) 06 - 39380273
e-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com/

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 – 61 41 816
Fax: (31) 20 – 61 43 468
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 – 22 89 98
Fax: (45) 33 – 22 59 23
E-mail: feykurd@mail.dk

USA:
American Kurdish Information Network (AKIN)
2722 Connecticut Ave. NW 42
Washington, DC 20008-5316
Tel: (202) 483 - 6444
e-mail: akin@kurdistan.org
http://www.kurdistan.org

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 – 96 76 72 45
Fax: (61) 2 – 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 – 37 42 16
Fax: (357) 2 – 37 44 04
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
e-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ukraine:
Assoziaziya Kurdskich Obšestvanych Organisazii "Midiya"
01033 Kiew
vul. Jilyanskaya 62/64, of. 6
Tel: (38) 044 - 2201906
e-mail: midiya@ukr.net

Ungarn:
Magyarország Kurdisztani Információs és Kulturális Egyesület
Baross u. 86 I. em. 1
1028 Budapest
Tel: (36) 1 - 210 1137
Tel./Fax: (36) 1 - 30 36 650
e-mail: kurdinfo@freemail.hu

AZADI e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600



Şehîd namirin





Gedenkfeier in Maxmur

Im Gedenken

an Meysa Baki (Silan Kubani), Vorstandsmitglied des KONGRA-GEL, Himmet Tokmak (Fuat), Funktionär der Demokratischen Einheitspartei (PYD), Zekeriya Ibrahim (Zekeriya), Nebo Ali (Cemil) sowie Haci Cumali (Ciwan), die am 20. November auf der Straße Mossul–Sangal in Südkurdistan von „unbekannten Tätern" ermordet wurden

ISSN 0935-5375